

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, R. Holtzmann, P. Joachimsen, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, F. Schneider, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von
Dr. Emil Ebering.

===== Heft 214 =====

(Nr. 1 der Schriftenreihe: **Forschungen zur Geschichte des ancien regime und der großen Revolution**, hrsg. von Prof. Dr. Otto Becker)

Die Gesellschafts- und Staatslehren des Abbés Mably und ihr Einfluß auf das Werk der Konstituante

Von

Dr. Georg Müller

=====

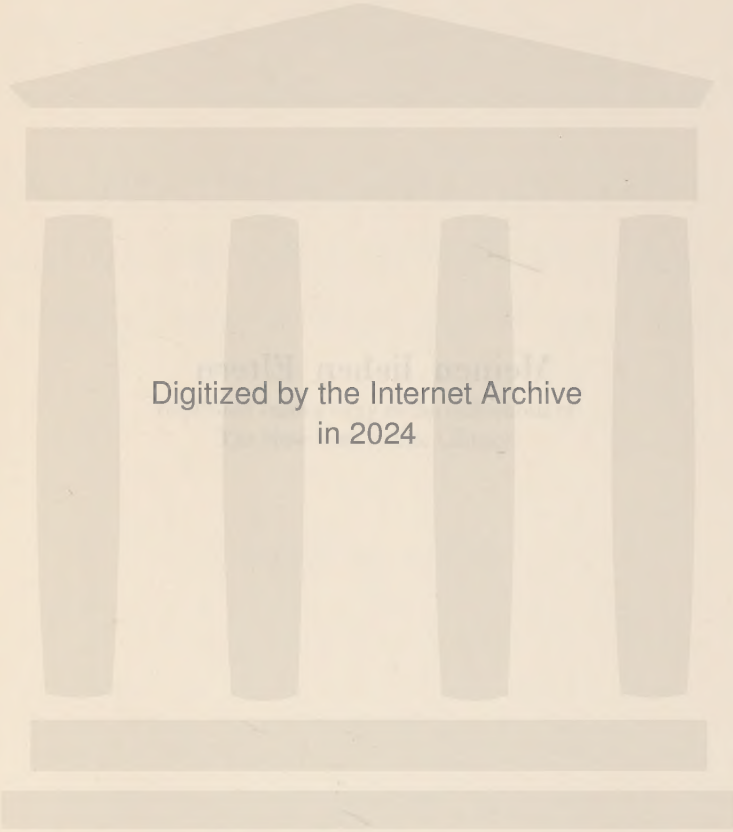
BERLIN

Verlag Dr. Emil Ebering
1932

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Meinen lieben Eltern



Digitized by the Internet Archive
in 2024

Inhalt.

	Seite
Verzeichnis der gebrauchten Abkürzungen	6
Einleitung	7
I. Leben, Werke und Persönlichkeit	13
II. Mablys Gesellschaftslehren	28
III. Mablys Staatslehren	45
IV. Mablys Verhältnis zu den Zeitgenossen und den Quellen	62
V. Mablys Einfluß auf die Konstituante	88
Schluß	105
Anmerkungen	109
Literatur	120

Verzeichnis der gebrauchten Abkürzungen.

Mably I, 1 = Mably: Oeuvres complètes. Lyon 1792. Bd. 1, Seite 1. (Für die Bände XIII—XV gilt die Ausgabe Paris An III.)

AP. I, 1 = Archives parlementaires, 1. Série, 1. Bd., Seite 1.

Pl. 1. B. 1, Abs. 1 = Platons Gesetze, 1. Buch, Abschnitt 1, 1. Absatz.

Mont. 1, I. Abs. 1 = Montesquieu: Esprit des lois, 1. Buch, 1. Kapitel, Absatz 1.

2. Disc. 1 = Rousseau: Discours sur l'inégalité, Seite 1.

GV. 1. B. 1. K. 1. Abs. = Rousseau: Der Gesellschaftsvertrag, 1. Buch, 1. Kapitel, 1. Absatz.

Sidney I, 1 = Sidney: Discourses concerning government, 1. Kapitel, 1. Section.

Locke I, 1. K. 1. = Locke: Zwei Abhandlungen über Regierung, 1. Abhandlung, 1. Kapitel, 1. Abschnitt.

Einleitung.

Acer et indomitus, libertatisque magister
(Juvenal 2. Satire, V. 78.)¹

Zu seinen Lebzeiten galt der Abbé Mably als einer der bedeutendsten Männer seiner Zeit.² In ganz Europa kannte man seinen Namen. Sein Ruf war sogar nach Amerika gedrungen. Man pflegte ihn mit Rousseau in einem Atemzuge zu nennen. Seinen wissenschaftlichen Ruf hatte sein „Staatsrecht Europas“ begründet, seinen philosophischen Ruf verdankte er den „Unterhaltungen mit Phocion“. Diese Bücher erwarben ihm solches Ansehen, daß die Konföderation von Bar zugleich von Rousseau und ihm Ratschläge für eine Reform Polens erbat und ihn der Fürst Potocky am 2. 9. 1777 brieflich aufforderte, für die polnischen Schulen ein Lehrbuch der Logik zu verfassen oder ihm einen geeigneten Verfasser zu nennen.³

Sein Ruhm stieg noch nach seinem Tode im Jahre 1785. Zum ersten Male schrieb die französische Akademie einen Preis für die beste Lobrede auf einen Mann aus, der ihr nie angehört hatte. Dieser außerordentliche Preis wurde von der Herzogin d'Enville gestiftet, deren Salon Mably besucht hatte.⁴ Der Preis wurde unter zwei Freunde des Toten, die Abbés Brizard und Lévesque, geteilt.⁵ Lévesque zog eine nüchterne, aber schmeichelhafte Parallele zwischen Rousseau und Mably, in der er Rousseau den Preis der Einbildungskraft, Mably den der Weisheit zuerkannte. Brizard dagegen feierte seinen Helden in überschwenglichen Ausdrücken: „Ein Mann ist gekommen, der, an der Lektüre der Alten gebildet, in ihren Schriften die Spuren jenes himmlischen Vorbildes wiederfand, jenes Schönen, für das wir jedes Gefühl verloren hatten. Er studierte seine Bestandteile und enthüllte uns als einer der ersten

unter den Neueren den innigen Bund der Moral und der Politik und bewies, daß die Sitten Quelle und Grundlage der öffentlichen Glückseligkeit sind. Er rief alle Menschen und alle Gesellschaften zu diesem einfachen und in seiner Einfachheit erhabenen Gedanken zurück. Sein ganzes Leben, alle seine Schriften, die er im Verlaufe von 40 Jahren veröffentlichte, wurden dazu benutzt, diese nützliche und fruchtbare Wahrheit zu entwickeln. Das Beispiel aller Zeiten und aller Völker kam unter seiner Feder seinen Grundsätzen zu Hilfe: es gibt in allem, was er geschrieben hat, eine Einheit, ich möchte nicht sagen des Systems, aber der Lehre, von der er niemals abgewichen ist. Seine Grundsätze waren sicher; er hielt hartnäckig daran fest; man sah ihn niemals veränderlich oder schwankend der Volksmeinung zu Gefallen. Er sagte ernste Wahrheiten; er sagte sie mit Kraft, mit Nachdruck und manchmal mit einer gewissen Schroffheit, die nur der Unwille der Tugend ist, die der Anblick des Lasters und der Ungerechtigkeit erregt; und in einem in hohem Grade leichtfertigen und verdorbenen Jahrhundert fand er dennoch Freunde und Leser.“⁸

Dann kam die Revolution von 1789. Eine neue Biographie⁷ und zahlreiche Gesamtausgaben seiner Werke in wenigen Jahren⁸ bezeugten seinen Ruhm. Immer wieder wurde sein Name in den Sitzungen der Revolutionsversammlungen, in Zeitungen, Briefen und Flugschriften mit Montesquieu, Rousseau und Raynal zugleich und oft vor ihnen genannt.⁹

Seine Testamentsvollstrecker, die Abbés Chalut, Mousnier und Arnoux, überreichten am 30. August 1790 der Konstituante die Handschriften von zwei nachgelassenen Werken mit folgendem Begleitbriefe: „Herr Präsident, erlauben Sie den Testamentsvollstreckern des Herrn Abbé Mably durch Ihre Hände der Nationalversammlung die Handschriften der „Rechte und Pflichten des Bürgers“ und die Fortsetzung der „Bemerkungen über die Geschichte Frankreichs“ anzubieten; sie sind von diesem berühmten Schriftsteller eigenhändig geschrieben worden, dessen Grundsätze in euren Beschlüssen verewigt sind....“ Der Präsident Henry Jessé erwiderte hierauf am 8. September 1790: „Meine Herren, die Nationalversammlung ist für das Geschenk sehr empfänglich gewesen, das Sie ihr mit den eigenhändig geschriebenen Handschriften des Herrn Abbé Mably gemacht haben. Alle

Werke von seiner Hand sind für alle Sammlungen von großem Wert; aber die „Rechte und Pflichten des Bürgers“, niedergeschrieben von einem mit solchem Recht berühmten Verfasser, sind besonders kostbar für die Archive der Nationalversammlung, die diese Rechte und diese Pflichten in ihren Beschlüssen verewigt hat; dort sollen sie niedergelegt werden: das ist eine dem Genie des Herrn Abbé Mably geschuldete Huldigung“¹⁰

Solche Ehrungen mehrten sich in den ersten Jahren der Revolution.¹¹ Am 30. Mai 1791 beantragte der Abgeordnete Chabroud die Ueberführung seiner Asche nach St.-Geneviève. Der Abbé Arnoux bot am 9. Juni 1795 dem Konvent das erste Exemplar seiner Ausgabe der Werke Mablys dar. Er betonte dabei, daß dieser im Laufe der Revolution als Fackel gedient habe, und verlangte seine Aufnahme ins Pantheon. Ein andermal rief der Abbé Gregoire im Konvent von der Tribüne herab, daß seine unsterblichen Schriften diesen Philosophen in die Reihe der Wohltäter der Menschheit stellten.

Als dann Napoleon der Revolution den Stempel seines Geistes aufdrückte, geriet Mably in Vergessenheit. Auch die Restauration ließ keinen Gedanken an diesen Wegbereiter der Revolution aufkommen. Man erinnerte sich seiner erst wieder, als in der Periode von 1830 bis 1848 die republikanische Partei versuchte, sich auch auf seine Lehren zu stützen. Die Folge waren Schriften für und wider ihn.¹² Franck verfolgte mit seiner Kritik die Stütze des Sozialismus, Rochéry erhob dagegen den Republikaner, Sozialisten und Revolutionär bis zu den Wolken. Doch dann geriet er rasch in erneute Vergessenheit. Nur seine sozialistischen und kommunistischen Gedanken fanden neben denen anderer Utopisten noch einen bescheidenen Platz. Aber an seine politischen Lehren und ihren Einfluß auf die Revolution dachte niemand mehr.

Erst am Ende des 19. Jahrhunderts wurde seine geschichtliche Bedeutung wiederentdeckt. Die historische Forschung versuchte die Ideen des 18. Jahrhunderts zum Verständnis der Ereignisse der Revolution heranzuziehen, und mußte hierbei notwendig auch auf seine Lehren stoßen. Genau 100 Jahre nach seinem Tode widmete ihm Guerrier, Professor an der Moskauer Universität, eine ausführliche Darstellung.¹³ Er machte darauf aufmerksam, daß die Ge-

schichtsforschung die Gedanken Mablys bis dahin vernachlässigt habe, und versuchte, diesen den Platz anzuweisen, der ihnen in der geistigen Entwicklung ihrer Zeit zukam. Er erkannte die Eigenart seiner Moral- und Gesellschaftslehren neben denen der Materialisten und Physiokraten und die Verschiedenheit seines politischen Systems von dem Montesquieus und Rousseaus. Er kritisierte seine Lehren scharf, betonte aber nachdrücklich, daß die französische Revolution ohne den Einfluß seiner Gedanken nicht zu verstehen sei, und daß daher diese neben denen seiner berühmteren Zeitgenossen nicht vernachlässigt werden dürften.

Es vergingen wieder einige Jahre, bevor Guerrier Nachfolger fand. Um die Jahrhundertwende faßten zwei kleinere Arbeiten die politischen und sozialen Theorien Mablys kurz zusammen.¹⁴ Allix hob hervor, daß dieser den Rationalismus gegenüber dem historischen und biologischen Naturalismus in der Staatslehre verteidigt habe, indem er der physiokratischen Lehre von der „natürlichen Ordnung“, der Klimalehre Montesquieus und dem Gesetz der Antagonismen von Mandeville die Freiheit des menschlichen Willens bei der Bildung der Gesellschaft gegenüberstellte. Er betonte auch besonders die praktische Seite der Lehren Mablys. — Michoud dagegen wies in seiner Rede hauptsächlich auf die historische Bedeutung dieser Lehren hin, verglich sie mit denen der Zeitgenossen und verfolgte ihren Einfluß auf die Revolution.

Die Forschung wandte sich nun Einzelheiten der Lehren Mablys zu. In kurzen Abständen erschienen 3 umfangreiche Thesen.¹⁵ Die Untersuchung Mettriers über Steuern und Miliz bei Rousseau und Mably zeigte besonders, wie sehr diese Denker in der Frage des Volksheeres und der allgemeinen Dienstpflicht auf die Folgezeit gewirkt haben. — Vom Standpunkte des bürgerlichen Liberalismus aus kritisierte Mellis Mablys Verfassungslehren. Er verglich sie mit denen Rousseaus, Montesquieus und der Physiokraten und verfolgte ihren Einfluß auf die Verfassungen der Revolution. — Serve schließlich stellte Mably und die Physiokraten einander gegenüber und charakterisierte außerdem seine Mittelstellung zwischen Montesquieu und Rousseau. Er betonte nachdrücklich seine isolierte Stellung in seiner Zeit.

Diese wenigen Werke sind das bisherige Ergebnis der Mably-Forschung. Die kurzen Untersuchungen, die ihm im Rahmen allgemeiner Werke gewidmet wurden, brachten keine neuen Ergebnisse.

Sonderbarerweise fehlt bis jetzt eine gründliche deutsche Untersuchung. Die allgemeinen Werke, die ihn erwähnen, geben meist einen falschen oder einseitigen Eindruck von seiner Persönlichkeit, seinen Lehren und ihrer Wirkung. So behandelt Girsberger nur seine sozialistischen und kommunistischen Lehren, Eva Hoffmann-Linke seine allgemeine Stellung zum Staat und zur Nation und Hedwig Hintze seinen Föderalismus.¹⁶ Die Bedeutung Mablys für die Geschichte der französischen Revolution hat von den deutschen Forschern besonders Wahl erkannt: „Stärksten Einfluß gewann auf seine Zeit und die Revolution ein politischer Schriftsteller, eben weil er wenig über dem Durchschnitt seiner Leser stand, der Abbé Mably. Seine zahlreichen Werke waren außerordentlich weit verbreitet. Unselbständig, wie er war, vermischte er die Lehren Montesquieus mit denen Rousseaus, unter starker Bevorzugung des letzteren, der ihn sogar des schamlosen Plagiats bezichtigte Er verbreitete das Wort und den Begriff, wenn man es so nennen will, „republikanische Monarchie“, womit er sein Verfassungsideal bezeichnete Zweifellos kamen seine Ideen denen der Mehrzahl der Mitglieder der Konstituante am nächsten; wie sie, hatte auch er genug der Grobheit des Denkens, um von Montesquieu, wie von Rousseau das Beste und Feinste wegzulassen.“¹⁷ Die Berechtigung dieser scharfen Kritik, die Mably jede Originalität abspricht, muß einmal eingehend untersucht werden. Die vorliegende Schrift möchte dazu beitragen, Mablys Leben und Lehren in Deutschland bekannter zu machen, und sein Verhältnis zu den Zeitgenossen klar zu stellen.

Freilich, auch die verdienstvollen Arbeiten der französischen Forscher fordern zu einer kritischen Stellungnahme heraus. Ueberschätzen diese nicht doch den Einfluß der Ideen auf die Revolution? Zwar wird man ihn mit Taine kaum zu den „verlorenen Posten der Partei“ zählen oder die alte Ansicht teilen, daß er nur ein „Träumer“ und „Utopist“ gewesen sei.¹⁸ Aber darf man ihn ohne Vorbehalt mit Aulard „Prophet und Ratgeber der Revolution“ nennen oder das folgende Urteil Sée's voll unterschreiben?: „Es

ist also nicht eine Uebertreibung zu sagen, daß die Ansichten Mablys oft prophetisch gewesen sind, und daß er bewundernswert die Richtung der öffentlichen Meinung erfaßt hat; es gibt wenig Schriftsteller, die genauer gesehen haben, bis zu welchem Grade man des Despotismus und seiner Mißbräuche müde war, wie lebhaft die Gährung der Geister war, mit welcher Schnelligkeit die Nation von liberalen und demokratischen Gedanken durchdrungen wurde. Die revolutionäre Lehre durchtränkt schon sein ganzes Werk.¹⁹ Und wird man die folgenden Sätze Guerriers rückhaltlos unterschreiben können? „Die politischen Theorien haben sozusagen den Lauf der Ereignisse von 1789 im voraus geregelt und wenigstens das Ziel bezeichnet, zu welchem die vorherrschenden Leidenschaften strebten. Beim Studium dieser Leidenschaften haben wir gefunden, daß die Rolle und der Einfluß des Abbé Mably zu sehr vernachlässigt wird. Ein gründlicheres Studium seiner Werke wird den Leser überzeugen, daß für diesen Utopisten neben den großen politischen Schriftstellern des 18. Jahrhunderts ein wichtiger Platz in der Geschichte der politischen Theorien vorbehalten werden muß, welche die Revolution von 1789 gelenkt haben; er hat sich in seiner Theorie mehr dem politischen Typ genähert, den der Nationalgeist Frankreichs schließlich angenommen hat, als seine berühmteren Zeitgenossen, deren Namen auf immer mit dem Ruhm der Ereignisse von 1789 verbunden sind.“²⁰ Eine Untersuchung des Verhältnisses der Konstituante zu Mably soll die Berechtigung dieser Ansichten prüfen und uns eine eigene Stellungnahme ermöglichen.²¹

I. Leben, Werke und Persönlichkeit.

Es ist nicht leicht, nach der spärlichen Angaben seiner ersten Biographen ein treffendes Lebens- und Charakterbild Mablys zu entwerfen. Man muß daher versuchen, durch seine leider meist sehr nüchtern und unpersönlich geschriebenen Werke zum Verständnis des Verfassers vorzudringen.

Seine Familie stammte aus Briançon.¹ Sein Vater, Gabriel Bonnot de Mably, war königlicher Sekretär am Parlament in Grenoble und starb im Jahre 1726. Ueber ihn und seine Gattin, Cathérine de la Coste, wissen wir sonst nichts.

Um so bekannter sind zwei der 6 Geschwister Mablys. Im Hause seines älteren Bruders Jean Bonnot de Mably, grand-prévôt von Lyon, war J.-J. Rousseau von 1740 bis 1741 einige Monate hindurch Erzieher und verfaßte damals für den Unterricht eines seiner Zöglinge eine kleine Schrift, „Plan für die Erziehung des jungen Sainte-Marie“. Damals lernte der noch unbekannte Rousseau den bereits berühmten Mably kennen und erhielt von ihm einige Empfehlungen für Paris.² Seitdem unterhielten beide Männer sehr gute Beziehungen, die erst später durch die wachsende Menschenfeindschaft und das ungerechte Mißtrauen Rousseaus getrübt wurden.

Sein jüngerer Bruder Etienne lebt in der Geschichte der Philosophie als Abbé Condillac fort. Sein Sensualismus beeinflusste seinen Bruder stark und bildete auch die Grundlage für dessen philosophische Lehren.

Gabriel Bonnot de Mably, der spätere Abbé Mably, wurde am 14. März 1709 in Grenoble geboren und verlebte hier seine Kindheit.³

Frühzeitig verließ er seine Vaterstadt und trat in das berühmte Jesuitenkolleg in Lyon ein. Er erhielt so die gleiche scholastische

Erziehung wie viele andere berühmte Männer seiner Zeit, wie Diderot, Helvétius, Lamettrie, Condorcet und Voltaire. Eine Vorliebe für die Klassiker, besonders für Platon und Cicero, bewahrte er sich sein ganzes Leben hindurch. Sie übten auf sein Denken später einen merklichen Einfluß aus. Seine angeborene Neigung zum scharfen, nüchternen Denken fand hier neue Nahrung. Sein Geist erhielt damit die Grundlage, die ihn zu einem Kinde des „rationalen Zeitalters“ machte. Klare Logik und nüchterner Verstand beherrschen alle seine Werke.

Nach Abschluß seiner Gymnasialbildung ging er nach Paris und trat in das Seminar von Saint-Sulpice ein. Aus diesem pflegten damals die französischen Bischöfe hervorzugehen. Da ihn jedoch nicht eigene Neigung, sondern der Wunsch seiner Familie zum geistlichen Stande bestimmt hatte, blieb er im Verfolg einer seinem Charakter eigentümlichen Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit sein Leben hindurch beim Subdiakonat stehen. Die ständige Auseinandersetzung mit der christlichen und anderen Morallehren seiner Zeit in seinen späteren Werken scheint zu beweisen, daß der junge Seminarist von Anfang an tief in die seinem Geiste so verwandte Luft in der Hochburg der Aufklärung eindrang und sich mit ihren Idealen erfüllte.

Er verzichtete nach dem Verlassen des Seminars — wahrscheinlich um 1735 — auf Fortsetzung seiner kirchlichen Laufbahn. Eine kleine Pfründe sicherte ihm anscheinend ein bescheidenes Auskommen. So widmete er sich in Muße seinen Neigungen. Durch verwandtschaftliche Beziehungen begünstigt erhielt er Zutritt zu einem der größten Pariser Salons, dem der Madame de Tencin, in dem auch Montesquieu regelmäßig verkehrte. Hier wurde er vielleicht zu seinen historischen und politischen Studien angeregt, deren Frucht sein erstes Werk bildete, die „Parallele der Römer und Franzosen“,¹ das im Jahre 1740 erschien. Der Verfasser lobte unter dem Einflusse monarchistischer und merkantilistischer Gedanken in diesem Werke gerade das, was er später am heftigsten bekämpfte: die absolute Monarchie und den Handel. Daher tadelte er es später so bitter, daß seine Testamentsvollstrecker es nicht unter seine gesammelten Werke aufnehmen. Es ist das Jugendwerk eines Mannes, der noch ohne eigene politische Erfahrung sich den herrschenden Zeitströmungen überlies. Er machte sich jedoch bald

frei von traditionellen Bindungen und kam zu selbständigen Ansichten. Zur Zeit seines Erscheinens brachte ihm das Buch indessen einen unerwarteten Erfolg beim Publikum.

Dieser Erfolg und die Verwandtschaft mit der Familie Tencin öffneten ihm den Weg zu einer aussichtsreichen diplomatischen Laufbahn. Im August 1742 trat der Kardinal Tencin als Leiter der auswärtigen Politik in das Ministerium ein. Er selbst war in politischen Dingen unerfahren und wählte Mably zu seinem Sekretär und Ratgeber. Er wurde seine rechte Hand und scheint auf seine Politik erheblichen Einfluß ausgeübt zu haben. Er verfaßte die Berichte und Denkschriften des Ministers und bearbeitete auch die Instruktionen und Berichte der Gesandten. Wichtige politische Handlungen werden ihm zugeschrieben: Er habe mit dem Gesandten Friedrichs des Großen in Paris über den Vertrag verhandelt, den Voltaire 1743 nach Berlin brachte; er habe im Gegensatz zum gesamten Kabinett, gefordert, daß der Feldzug von 1745 aus strategischen Gründen nicht am Rhein, sondern in den Niederlanden geführt werde; er sei auch der Verfasser der Denkschrift gewesen, die im Jahre 1746 den Verhandlungen des Kongresses zu Breda zur Grundlage dienen sollte. Weiter verfaßte er damals für den Kardinal einen „Abriß der Verträge vom westfälischen Frieden bis auf unsere Tage“. Daraus entstand später sein „Staatsrecht Europas“.

Seine diplomatische Laufbahn schien gesichert zu sein. Als Günstling des Kardinals hätte er einer der einflußreichsten und mächtigsten Männer Frankreichs werden können. Da erfolgte plötzlich ein Umschwung, der sich schwer erklären läßt: er überwarf sich mit dem Kardinal. Eine nicht nachprüfbare Anekdote erzählt, daß der Grund eine protestantische Heirat gewesen sei, die dieser als Priester verhindern wollte, während Mably als Staatsmann sie zu fördern verlangte. Vielleicht waren doch sachliche Gegensätze für sein Ausscheiden maßgebend. Der erbitterte Gegner Habsburgs konnte sich wohl mit der Beendigung des Krieges nicht einverstanden erklären. Sicher ist auch, daß er nie die von ihm scharf getadelte Schwenkung der französischen Politik mitgemacht hätte, die schließlich zum Bündnis mit Oesterreich führte. Er verließ den Minister im Jahre 1748 und gab damit seine politische Laufbahn für immer auf. In Zukunft lebte er als Privatmann in

äußerster Zurückgezogenheit. Er verkehrte jetzt viel im Salon der Madame Dupin, in dessen Kreise man bezeichnenderweise den „Geist der Gesetze“ scharf kritisierte.

Aber die wenigen Jahre seiner diplomatischen Tätigkeit scheinen sein Denken grundlegend beeinflußt zu haben. Hier erwarb er sich nicht nur seine gründliche Kenntnis der europäischen und besonders der französischen Politik seiner Zeit und der Verfassungen der europäischen Staaten, sondern er erhielt auch einen tiefen Einblick in die Reformbedürftigkeit Frankreichs und in die Schwäche seines Absolutismus. Aus dieser politischen Einsicht erklärt sich seine nunmehrige geistige Entwicklung, wie sie sich an Hand seiner Werke verfolgen läßt. Wir finden in der Folge bei ihm eine fruchtbare literarische Tätigkeit. Er schrieb zunächst historische und staatsrechtliche Werke, deren Zweck es war, seiner Zeit und seinem Lande einen Spiegel vorzuhalten und die Franzosen zu warnen, auf dem abschüssigen Wege weiterzugehen, den sie beschritten hatten. Die nächsten vier Werke richteten sich daher gegen die verfehlte innere und äußere Politik des französischen Absolutismus, gegen seinen Luxus und seine Sittenlosigkeit. Eine unüberbrückbare Kluft trennte sie und sein erstes Buch von 1740. Der Historiker wandelte sich hier von einem überzeugten Anhänger des Absolutismus zu seinem erbitterten Gegner. Von nun an bekämpfte er mit äußerster Heftigkeit Handel und Luxus, verwarf er Absolutismus und Demokratie und rühmte ihnen gegenüber die „gemischte Regierung“ Spartas und Roms.

Gleich das erste Buch dieser Periode machte ihn weltberühmt. Es war sein „Staatsrecht Europas“ vom Jahre 1748.⁵ Es mußte im Auslande gedruckt werden, und nur der Schutz des Marquis d'Argenson verhinderte die Beschlagnahme. Es erregte ungeheures Aufsehen. Das Buch gehörte zu den klassischen Schriften der Politik. Mably stellte auf einer Reise im Jahre 1776 selbst fest, daß es ihn zu einer bekannten Persönlichkeit gemacht habe.⁶ Er reiste damals durch Deutschland nach Polen und wurde zu seiner Ueberraschung in Deutschland von hochstehenden Persönlichkeiten aufgesucht, die den Verfasser des „Staatsrecht“ mit einer wichtigen diplomatischen Sendung betraut glaubten. — Er wollte in seinem Werke „die Politik Europas vom westfälischen Frieden bis auf diesen Augenblick bekanntmachen, ihre Grundsätze, ihren

Lauf, ihre Umwälzungen auseinanderzusetzen“.⁷ Das Buch war tatsächlich eine Geschichte der auswärtigen Politik der europäischen Kabinette von 1648 bis 1748. Der Verfasser zeigte eine eingehende Kenntnis der Staatsverträge dieser Epoche und bewies in der Beurteilung der Lage der europäischen Staaten, insbesondere Frankreichs einen politischen Scharfblick, der ihn oft über die Mehrzahl seiner Zeitgenossen hinaushob. Daneben ergriff er jede Gelegenheit, um seine Lieblingsgedanken zu entwickeln. Er legte besonders in einem Kapitel über Handels- und Schiffahrtsverträge zwischen den Hauptmächten Europas bis zum Jahre 1740 seine Gedanken über die Schädlichkeit von Handel, Luxus und Gewerbe und über die Vorzüge des Ackerbaues dar, er verwarf daher Handels- und Kolonialpolitik, er tadelte die Herrschaft von Luxus, Geld und Leidenschaften in den heutigen Staaten, und er lobte vor allem die schwedische Verfassung von 1720, die dem Könige jede wirkliche Macht nahm, gegenüber der englischen, die dem Monarchen zuviel Vorrechte ließ.

Kurz hintereinander erschienen dann zwei Werke über die Geschichte des Altertums: „Bemerkungen über die Griechen“ und „Bemerkungen über die Römer“.⁸ In ihnen wollte er wie Montesquieu, aber abweichend von ihm, die Ursachen der Blüte und des Verfalls eines Volkes schildern. Die Ursachen der Blüte sah er in der weisen „gemischten Regierung“ Spartas und Roms, die zugleich Elemente der Monarchie, der Aristokratie und der Demokratie enthielt, in ihrer Mäßigung und ihren guten Sitten. Dementsprechend erblickte er die Ursachen des Verfalls in der Herrschaft einzelner oder der Masse, in maßloser Eroberungssucht und Sittenlosigkeit. Beide Male benutzte er die alte Geschichte, um Beispiele zum Beweise seiner staatsphilosophischen Ueberzeugungen zu gewinnen: Die Staaten sind nur glücklich, wenn die Tugenden in ihnen herrschen; die Leidenschaften, an ihrer Spitze Habsucht und Ehrgeiz, sind die Hauptfeinde unseres Glückes; die „gemischte Regierung“ ist deshalb am besten, weil in ihr die Leidenschaften der Beamten und der Bürger sich gegenseitig die Wage halten. Daneben verfolgten beide Bücher noch ein anderes Ziel: Sie sollten dem Frankreich Ludwigs XV., das in Luxus und Sittenlosigkeit versunken war, ein warnendes Beispiel vor Augen halten. In diesen beiden Erscheinungen erkannte Mably

eine der Ursachen des französischen Niederganges seit der Zeit Ludwigs XIV. Die Geschichte lieferte ihm nur lehrhafte Beispiele. Das Schicksal der antiken Staaten sollte das moderne Frankreich warnen. Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen! „Die Vergangenheit ist ein Bild oder vielmehr eine Vorhersage der Zukunft.“⁹

Die „Grundsätze der Verhandlungen“ vom Jahre 1757 schlossen diese Periode im Schaffen Mablys ab.¹⁰ Sie sollten das „Staatsrecht“ einleiten und einige dort ausgesprochene Gedanken weiter ausführen. Der Verfasser gab Regeln für die Politik der Mächte 1., 2. und 3. Ordnung, für Bündnisse, Verhandlungen und Verträge und griff außerdem die macchiavellistische Gegenwartspolitik an. Aber auch die ständigen Angriffe gegen Handel, den Luxus und die unglückliche französische Politik der letzten Jahrzehnte treffen wir hier wieder. Der Politik der Leidenenschaften und des Ehrgeizes stellte Mably seine Politik der Tugenden und der Mäßigung gegenüber. Der unfähigen französischen Diplomatie warf er das unnatürliche Bündnis mit Oesterreich und den verhängnisvollen Handels- und Kolonialkrieg mit England vor und wies ihr gegenüber auf Friedrich den Großen als Vorbild hin.

Er hatte sich in diesen 4 Werken hauptsächlich mit der Rolle des Kritikers begnügt. Nun entwickelte er sich weiter zum sozialen und politischen Reformers. Bereits im Jahre 1758 hatte er diese Wendung vollzogen. Bis zu seinem Tode wurde er nicht müde, seine Reformpläne zu wiederholen und sie unter den verschiedensten Gesichtspunkten darzustellen und zu begründen. Diese Entwicklung vom Kritiker zum Reformschriftsteller lag sicherlich in seinem tatkräftigen Charakter begründet. Aber immerhin mögen die äußeren Ereignisse sie beschleunigt haben. Die innere, wie die äußere Lage Frankreichs drängte immer stärker einer Katastrophe zu. Tiefe Besorgnis um die Zukunft seines Volkes ergriff sein Herz, das von starker Vaterlandsliebe erfüllt war. Der unglückliche Ausgang des siebenjährigen Krieges und der immer schärfere Konflikt zwischen Königtum und Nation entlockten ihm den Ruf nach dem weisen, liberalen, philosophischen Fürsten und die Forderung nach Einberufung der Generalstände. Nur diese, meinte er, könnten dem Elend des französischen Volkes ein Ende machen, Dazu gesellte sich der Einfluß Platons, Ciceros und Lockes, die Mably inzwischen gründlich studiert haben muß. In der Form der platonischen Dialoge

schrieb er fast alle späteren Werke. Unter diesen Einflüssen gewannen seine Gesellschafts- und Staatslehren ihre eigenartige Form, die ihnen eine durchaus eigentümliche Stellung in der Ideengeschichte des 18. Jahrhunderts sichert.

Zum ersten Male entwickelte er seine Ideen im Jahre 1758 in der kleinen Schrift „Von den Rechten und Pflichten des Bürgers“.¹¹ Dieses wundervolle kleine Werk, das allerdings erst nach seinem Tode im Jahre 1790 veröffentlicht wurde, ist in seiner Bedeutung für die Geschichte der französischen Revolution leider noch nicht genügend erkannt und untersucht worden. Mably appellierte hierin, gestützt auf die Lehren vom Staatsvertrage, von der Volkssouveränität und vom Widerstandsrecht, an das Parlament, die Einberufung der Generalstände zu erzwingen, und zeichnete für diesen Fall eine Verfassung, die der der Konstituante sehr ähnlich ist.

Es vergingen wieder mehrere Jahre in stiller Arbeit. Dann aber veröffentlichte er ein Buch, das mehr als alle andern seinen Ruhm verbreitete. Im Jahre 1763 erschienen anonym die „Unterhaltungen mit Phocion“.¹² Der Verfasser gab sich erst zu erkennen, als die Berner Akademie ihn aufforderte, seinen Namen zu nennen, und das Werk mit einem Preise für das der Gesellschaft nützlichste Buch krönte. Als einziger außer ihm erhielt denselben Preis 1765 Beccaria für die „Abhandlung über die Vergehen und Strafen“. Das zeigt, welch tiefen Eindruck auf die Zeitgenossen dieses Buch machte, das den engen Zusammenhang zwischen Moral und Politik zum Gegenstande hatte. Mably wandte sich hier ganz entschieden gegen die Lehren des Helvétius („Ueber den Geist“, 1758), daß die Leidenschaften die Politik befruchten und daher zu pflegen seien. Genau so erbittert bekämpfte er später die ähnlichen Lehren Holbachs. Nach seiner Meinung müssen die Gesetze nicht nur die Leidenschaften dauernd im Zaume halten, sondern vor allem die Tugenden pflegen, um die Staaten und die Menschen glücklich zu machen. Das Buch durchglüht eine warme Vaterlandsliebe, die den Verfasser von so manchem seiner Zeitgenossen unterscheidet. Sie unterscheidet ihn auch von Rousseau, der ihn hinsichtlich dieses Werkes im 12. Buche der „Bekenntnisse“ des Plagiaten beschuldigte. Dieser Vorwurf ist unhaltbar. Nicht von ihm hat Mably seine Gedanken entlehnt, sondern von Platon

Auch Algernon Sidney hatte schon in Anlehnung an diesen ähnliche Gedanken ausgesprochen.

Die „Bemerkungen über die Geschichte Frankreichs“ vom Jahre 1765 mußten wieder im Auslande gedruckt werden.¹³ Zunächst erschien nur der erste Teil bis auf Philipp von Valois. Erst in der neuen Auflage von 1788, nach dem Tode Mablys, wurde die Fortsetzung bis auf Ludwig XIV. hinzugefügt. Das Buch wurde vom Pariser Parlament heftig bekämpft, da der Verfasser, der eine Art französische Verfassungsgeschichte schrieb, in ihm nachwies, daß dessen Macht ebenso angemäßt sei wie die des Königtums und daß weder von diesen beiden Gewalten noch von Adel oder Klerus die Rettung Frankreichs zu erwarten sei. Er lehrte dagegen, daß die Souveränität rechtmäßig dem Volke zustehe, das sie bereits zweimal ausgeübt habe, in der ursprünglichen freien „Republik“ der Franken und in der liberalen Monarchie Karls des Großen.¹⁴ Das rechtmäßige Organ dieser souveränen Gewalt seien allein die Generalstände und diese daher so schnell wie möglich einzuberufen. Mably setzte sich also in scharfen Gegensatz zum Standesegoismus der Privilegierten. Man ahnt bereits am Horizont die Schatten des kommenden Ständekampfes. — Mably beweist in den Anmerkungen zu diesem Werke, daß er die Geschichtsquellen gründlich studiert hat. Er basiert seine historischen Behauptungen stets auf Quellenzeugnisse. Aber er sichtet sie seinen vorgefaßten Ideen entsprechend und wertet sie demgemäß aus. So findet er in ihnen nur das, was er finden will: die Bestätigung seiner eigenen politischen Anschauungen. Das setzt sicherlich den wissenschaftlichen Wert seiner historischen Werke beträchtlich herab oder macht ihn selbst hinfällig. Umso größer aber wird ihr Zeugniswert für die Art der Ideen, die die Geister Frankreichs auf die Revolution vorbereitet haben. Besonderes Interesse erlangen die Anmerkungen noch durch die Polemik, die Mably hier gegen andere zeitgenössische Historiker, vor allem gegen Dubos, Boulainvilliers und Montesquieu führt.

Ungefähr in dieser Zeit, vermutlich im Jahre 1767, schrieb Mably das Buch „Ueber das Studium der Geschichte“.¹⁵ Die Veröffentlichung des Werkes wurde zunächst verboten und erfolgte erst im Jahre 1778 als Teil des Unterrichtslehrganges, den sein Bruder Condillac für den Infanten Ferdinand

von Parma und Piacenza verfaßte. Dieser, ein Enkel Ludwigs XV., war im Jahre 1765 noch unmündig Herzog geworden. Mit erstaunlichem Mute entwickelte Mably in diesem fürstlichen Lehrbuche seine Gedanken über die Volkssouveränität und die Herrschaft der Gesetze über den Fürsten. Er benutzte hier die Geschichte, um seinen Schüler nach gründlicher Kritik der bestehenden Regierungsformen allmählich zu seinem Staatsideal hinzuführen. Er malte dem jungen Herzog das Bild des liberalen Fürsten, des fürstlichen Philosophen, und mahnte ihn, das Verfassungsideal der „gemischten Regierung“ durchzuführen. Dies mutige Festhalten an seinen Grundsätzen bei einer solchen Gelegenheit ist ebenso bezeichnend für seinen Charakter, wie es der Inhalt des Werkes für seine Geschichtsbetrachtung ist.

Im Jahre 1768 schrieb er eine Kampfschrift gegen ein politisches System, das seinen Lehren und seinem Verfassungsideal völlig entgegengesetzt war: die „Zweifel über die natürliche und wesentliche Ordnung der politischen Gesellschaften“.¹⁶ Das Buch enthielt eine scharfe Kritik der Lehren der Physiokraten (vor allem folgender Schriften: *Mercier de la Rivière*: „Ueber die natürliche und wesentliche Ordnung der politischen Gesellschaften“, 1767; *Quesnay*: „Der Despotismus Chinas“, 1768). Als Antwort auf die Angriffe Merciers auf seine Lehren führte Mably diese näher aus und machte seinen Gegensatz zu den Physiokraten vollkommen deutlich. Dem Eigentum und dem „legalen Despotismus“ stellte er den Kommunismus und die „gemischte Regierung“ gegenüber und erschütterte durch seine Angriffe den Glauben an die Allmacht der „Evidenz“, d. h. der unmittelbar überzeugenden Vernunft Einsicht. Er erkannte scharf die schwachen Stellen ihrer Lehren: die Willkürlichkeit und Unbewiesenheit ihrer „natürlichen Ordnung“ und ihrer „Evidenz“ und die Fragwürdigkeit des chinesischen Vorbildes. Manche Ähnlichkeiten, — die Wertschätzung der Landwirtschaft, die einzige Bodensteuer, — können den schroffen Gegensatz nicht mildern. Aber auch der Gegensatz zu Montesquieu tritt in der Beschränkung der Exekutive und der zu Rousseau in der Verwerfung der direkten Demokratie hervor.

Der Philosoph war mit 60 Jahren auf der Höhe seines Ruhmes. Man stellte ihn mit Rousseau gleich. Daher bat im Jahre 1769 die

Konföderation von Bar beide Männer gleichzeitig, ihr einen Reformplan für Polen auszuarbeiten. Beide kamen diesem Wunsche nach. Mably schrieb in den Jahren 1770 und 1771 für den Grafen Wielhorsky, den Bevollmächtigten der Konföderation in Paris, 2 Denkschriften „Ueber die Regierung und die Gesetze Polens“, die aber erst 1781 gedruckt wurden.¹⁷ Der Verfasser erkannte klar die Gründe der polnischen Anarchie und versuchte, sein Ideal der „gemischten Regierung“ den gegebenen Verhältnissen anzupassen. Bei aller Ideologie zeugt der Plan von der Einsicht, daß Politik die Kunst des Möglichen ist. Mably verstand es, da, wo er sich nicht um ein Gesellschaftsideal, sondern um eine praktische Verfassung handelt, mit den wirklichen Gegebenheiten zu rechnen und das Doktrinäre zurücktreten zu lassen.

Seine Reformwünsche und -mahnungen schienen ungehört zu verhallen. Polen wurde im Jahre 1772 zum ersten Male geteilt; in Schweden vernichtete der Staatsstreich Königs Gustavs III. im gleichen Jahre die von Mably so bewunderte Verfassung. In Frankreich waren der Enttäuschungen noch mehr. Das Parlament wurde 1771 aufgelöst, freilich von Ludwig XVI. bald wieder hergestellt; die Reformen Turgots bewegten sich in dem von ihm so getadelten physiokratischen Fahrwasser; die auf Ludwig XVI. gesetzten Hoffnungen erfüllten sich nicht. So war es nicht erstaunlich, daß des 65jährigen Mannes sich der Zweifel am endlichen Siege der menschlichen Vernunft bemächtigte.

Zwei neue Werke faßten noch einmal seine gesamten moral-, staats- und gesellschaftsphilosophischen Lehren zusammen. Die „Moralgrundsätze“ erschienen zwar erst im Jahre 1784, wurden aber gewiß schon gegen 1774 geschrieben.¹⁸ Sie riefen einen Sturm der Entrüstung und eine Anzahl von Gegenschriften hervor, auf die Mably niemals antwortete. Mit erstaunlichem Mute ließ er dieses Werk drucken, ohne die Aenderungen zu machen, die der Zensor verlangt hatte. Der unaufmerksame Zensor wurde seines Amtes enthoben. Durch rechtzeitigen Widerruf erlangte Mably eine milde und wohlwollende Zensur, konnte aber die Verdammung durch die Sorbonne nicht verhindern. Er wandte sich in erster Linie gegen Holbach („System der Natur“, 1771), griff aber auch die anderen Morallehren seiner Zeit und die christliche Moral an und entwickelte seine eigene, auf die Identität des Sonder- und

Gemeininteresses gegründete Ethik. Die „Moralgrundsätze“ unterscheiden sich von dem um 10 Jahre älteren „Phocion“ durch die Wendung zum Pessimismus. Im „Phocion“ hoffte er noch auf eine Rettung des Staates durch Befolgen seiner Gedanken, in den „Moralgrundsätzen“ hat er eingesehen, daß die Leidenschaften die Herrschaft über die Vernunft gewonnen haben und die Rückkehr zur Tugend nur noch wenigen Auserwählten möglich ist. Er sucht sein Glück nur noch im Persönlichkeitsideal: fern von der Welt als maßhaltender, sich selbst genügender Philosoph zu leben.

Die Anwendung seiner Morallehren auf Gesellschaft und Staat erfolgte in dem nächsten Werke „Von der Gesetzgebung, oder Grundsätze der Gesetze“ vom Jahre 1776.¹⁹ In diesem Hauptwerke bemühte er sich, die platonischen Ideen des „Staat“ und der „Gesetze“ den Verhältnissen seiner Zeit anzupassen. In engem Anschluß an Platon stellte auch er den allein möglichen zweitbesten Staat des Eigentums neben sein eigentliches kommunistisches Ideal. Freilich war er sich über die Schwierigkeit, diesen zweitbesten Staat durchzuführen, ebenso klar wie über die Unmöglichkeit seines Kommunismus. Sein Ruf als Utopist beruht hauptsächlich auf dem weltfremden Gesellschaftsideal dieses Buches. Bei Betrachtung seiner anderen, schon besprochenen Schriften erhält man ein ganz anderes Bild von ihm.

In dieser Zeit trat ein wichtiges Ereignis in der äußeren Lebensführung Mablys ein. Er war seit seinen Denkschriften in nahen Beziehungen zu dem Grafen Wielhorsky geblieben. In dessen Begleitung unternahm er im Jahre 1776 eine Reise nach Polen und weilte dort über ein Jahr auf den Gütern des Grafen in Wolhynien.²⁰

In den Jahren 1775 bis 1781 nahm er am Kampfe der Meinungen durch kleine Gelegenheitsschriften teil, die in seinen nachgelassenen Werken im Jahre 1790 abgedruckt wurden.²¹ Für seine Staatsanschauung sind diese Schriften besonders wichtig, da er in ihnen seine staatsphilosophischen Lehren auf Tagesfragen der Politik anwandte, z. B. im Jahre 1775 auf die Reformen Turgots, 1776 auf das Verhalten der Polen, auf die außenpolitische Lage in den Jahren 1779 und 1780 und im Jahre 1781 auf die Person Neckers.

Der mehr als 70jährige Greis wurde immer pessimistischer und bitterer. Alle Reformversuche in Frankreich waren fehlge-

schlagen. Die äußere Politik zeitigte ebenfalls nur Mißerfolge. Er fühlte, daß alle seine Mahnungen umsonst gewesen waren, daß niemand auf ihn gehört hatte und niemand auf ihn hören würde. Dazu mußte er es erleben, wie Voltaire, in seinen Augen ein oberflächlicher Modephilosoph, nach seinem Tode vergöttert wurde. Sein Zorn über die Torheit der Welt riß ihn zu ungerechter Bitterkeit und scharfer Kritik hin.

Das zeigte sich besonders in seiner Schrift vom Jahre 1783 „Ueber die Art, die Geschichte zu schreiben“.²² Der sachliche Teil dieses Werkes enthielt eine Fülle goldener Regeln für den Historiker und eine Verherrlichung seines Berufes, so wie Mably ihn sich dachte und in sich selbst erfüllte. Das Werk entfesselte jedoch einen ungeheuren Sturm durch seine übertriebene Kritik an älteren und neueren Geschichtschreibern. Besonders Voltaire wurde heftig getadelt: er habe die Leidenschaften verkannt, die Quellen nicht gründlich studiert, er sei nicht wahrheitsliebend, prunke mit seiner Gelehrsamkeit und erlaube sich unpassende Scherze. Aber auch fast alle anderen modernen Historiker verstießen nach seiner Ansicht gegen die allein wahren Grundsätze aller Geschichtschreibung, die man in den Schriften des Livius, Sallust, Thucydides, Plutarch, Tacitus und Grotius verwirklicht finde, und die er als allein vorbildlich ansah. Trotz seiner Schattenseiten behält dieses Werk seinen Wert: Der sittliche Ernst, den Mably vom Historiker forderte, bezeugt uns, wie erhaben er seinen Beruf auffaßte. Er selbst erfüllte diese Forderung in allen seinen Werken, hatte sie doch ihren letzten Grund in dem sittlichen Ernst seiner Persönlichkeit. Er beweist außerdem in diesem Werke eine gute Kenntnis der historischen Literatur. Er kennt alle griechischen, lateinischen und spätlateinischen Historiker, ebenso die meisten modernen Geschichtschreiber, allerdings Nichtfranzosen nur, soweit sie in seine Sprache übersetzt worden waren.

Im Jahre 1783 schrieb er auch sein letztes Werk „Bemerkungen über die Regierung und die Gesetze der Vereinigten Staaten von Amerika“,²³ wie er behauptet, weil John Adams, damals Bevollmächtigter, später zweiter Präsident der Vereinigten Staaten, ihn um seine Ansicht über die Verfassungen seiner Heimat gebeten hatte. Adams bestritt nach Mablys Tode diese Behauptung sehr entschieden, während

dessen Biograph Brizard ihre Richtigkeit bezeugte. Der Verfasser bewies auch in diesem Werke einen oft recht scharfen und richtigen Blick für die Entwicklungstendenzen der amerikanischen Staaten. Er hat die Herausbildung der gewaltigen sozialen Kluft zwischen der Geldaristokratie und der Masse des Volkes, die Möglichkeit einer maßlosen Korruption der Beamtenschaft und den starken Zug zum Zentralismus richtig vorausgesehen.

Mablys Leben neigte sich seinem Ende zu. Am 23. April 1785 starb er im Alter von 76 Jahren.²⁴ In aufrichtiger Trauer suchten seine Freunde sein Gedächtnis zu ehren. Sie verfaßten ihm ein äußerst lobendes Epitaph. Die geistliche Obrigkeit verbot ihnen jedoch, ein Denkmal in der Kirche anzubringen, in der ihr Freund begraben wurde. Er hatte zu seinen Lebzeiten nie ein Porträt von sich herstellen lassen. Nun ließen seine Freunde durch Pugas einen Kupferstich anfertigen und setzten so dem Toten ein dauerndes Denkmal.

Leider wissen wir sonst sehr wenig über Mablys Persönlichkeit. Aus den paar Anekdoten, die uns Brizard berichtet,²⁵ ergeben sich mit Sicherheit nur die beiden Hauptcharakterzüge Mablys: Bescheidenheit und Stolz. Bescheiden und sittenstreng lebte er zurückgezogen und fast unbekannt von einem mäßigen Einkommen. Aber stolz schlug er alle Aemter aus, die Aufnahme in die Akademie das Amt eines Prinzenerziehers, um seine Grundsätze nicht verleugnen zu müssen. Dazu gesellte sich eine allesumfassende Menschenliebe, die ihn sogar zu persönlichen Einschränkungen zu Gunsten seines Dieners veranlaßte.

Deutlicher ist das Bild des Mannes, das uns beim Studium seiner Werke entgegentritt. Vor unseren Augen steht da ein kühler und klarer Kopf, ein scharfer und folgerichtiger Denker, ein Herüber seine Leidenschaften, ein Apostel der Vernunft, in einem Wort ein Aufklärer! Und wie alle seine berühmten Zeitgenossen unterschätzt er die realen und irrationalen Kräfte des politischen wirtschaftlichen und geistigen Lebens und überschätzt er die Macht der Vernunftseinsicht. Darum erscheint uns heute seine Lehre so häufig „utopistisch“. Aber er erkannte ganz gut, — und darauf erklärt sich die Eigenwilligkeit seiner Lehren, — die schwachen Punkte in den Doktrinen seiner Zeitgenossen und bemühte sich sie zu vermeiden. Wieweit ihm das gelang wird die Darstellung seine

Lehren zeigen. Wenn es ihm nicht gelang, wird man dem „optimistischen“ Jahrhundert einige Schuld geben dürfen.

Auch er glaubte zunächst voll Optimismus an die Macht der Vernunft. Aber die Erfahrungen seines Lebens wandelten ihn vom optimistischen Weltverbesserer zum pessimistischen Weltverächter. Ursprünglich war er Optimist. „... man muß die Welt nehmen wie sie ist? Keineswegs,, man muß sie besser machen.“²⁶ Alle seine Studien dienten nur dem Zwecke, das wahre Glück der Gesellschaft zu ergründen und ihr zu übermitteln. Doch dann kam die Enttäuschung. Das Volk zeigte sich seiner edlen Absicht nicht wert. Er mußte erkennen, „wie unvorsichtig und kühn es in einem Lande ohne Sitten, ohne Gesetze und ohne Grundsätze ist, sich in die Angelegenheiten eines Volkes zu mischen, das nicht glücklich sein will, und das unwürdig ist, es zu sein“.²⁷ Eine tiefe Verachtung der Masse bemächtigte sich seiner. Sie durchzog alle seine Werke und machte ihn zum erbitterten Gegner der „reinen Demokratie“

Daher stellte ihm seine Vernunft allmählich ein anderes Ideal vor Augen, das des weltabgewandten Weisen. Welches Leben sollte ein weiser Mensch in einem Staate führen, der dem Untergange geweiht war? „Er wird den hellen Tag fliehen, er wird sich nicht verwickeln in die Kabalen der kläffenden Philosophen, um sich herausstreichen zu lassen und seinen Ruf auszubreiten, er wird den Umgang mit den Großen meiden, in einem Worte, er wird sich beiseite halten.“²⁸ Ihm, der geboren war, „sein Vaterland als Republikaner zu lieben“, mußte es schwer werden, auf seine Reformabsichten zu verzichten und sich zu freuen „über alles Uebel, das geschehen konnte und nicht geschieht“.²⁹

Ciceros Verhalten nach der Schlacht bei Pharsalus wurde sein Vorbild. Er floh die Staatsämter, tröstete sich mit seiner Philosophie und beschränkte sich darauf, Mensch zu sein. Die Philosophie klärte ihn über das Elend der Menschheit auf und machte ihn gegen Schicksalsschläge unempfindlich. Sie machte ihn streng gegen sich selbst, aber nachsichtig gegen die andern. Er lernte, diese als große Kinder zu betrachten, die weniger böse wären, wenn sie aufgeklärter wären.³⁰ Er war eine jener edlen Naturen, denen ihre Machtlosigkeit, die Welt zu bessern, so zu Herzen ging, daß sie zuletzt im völligen Abwenden von ihr und im Erreichen einer strengen und erhabenen Lebensauffassung ihr Ideal erblickten. Er

beschloß, nur noch von fern Zuschauer in der Welt zu sein. Er wußte sich in dieser Rolle allein mit den wenigen Auserwählten, die fähig waren, im Zustande des Maßhaltens zu leben und selbständig zu denken. Liebe zum Studium, zur Wahrheit und zur Gleichheit erhob ihn zu dieser Philosophie. Seine Vernunft überzeugte ihn mit Leichtigkeit von der Nichtigkeit dessen, was die andern Menschen bewunderten. Er erkannte den Wert des Maßhaltens und fand sein Glück darin, sich mit dem zu begnügen, was er hatte.⁸¹

So tritt uns Mably als ein eigenwilliger Charakter in einem an eigenartigen Persönlichkeiten reichen Zeitalter entgegen. Er war ein Kind der Aufklärung und des Rationalismus, aber er gehörte nicht zu ihren blinden Bewunderern. Er erkannte die Schwäche der Vernunft und wies in seinen Lehren, wie wir noch sehen werden, Wege, die über das Zeitalter bereits hinausführten.

II. Mablys Gesellschaftslehren.¹

Mably basiert im Einklang mit seinen Zeitgenossen seine Gesellschaftslehre auf die Identität des allgemeinen und privaten Interesses. Auch für ihn ist die Selbstliebe die beherrschende Leidenschaft, von der der Mensch sich niemals trennen kann, ohne sich selbst aufzugeben. Gerade in dieser anscheinend antisozialen Leidenschaft findet er das Band, das die Gesellschaft am stärksten zusammenhält. „Wenn ich mich nicht liebte, wie sollte ich fähig sein, meinesgleichen zu lieben?“² Die Menschen brauchen einander und werden durch dieses gegenseitige Bedürfnis vereinigt.

Das Ziel der Gesellschaft, wie das des Menschen ist das Glück. Aber Mably weicht von allen Zeitgenossen in der Bestimmung dieses Glückes ab. „Vielleicht gibt es für die Gesellschaften, ebenso wie für die einfachen Bürger falsche Güter, denen man mißtrauen muß, die unter einem verführerischen, aber täuschenden Aussehen ein wirkliches Unglück verbergen; vielleicht ist das Glück, das ihr euch einbildet, nicht dasjenige, das die Natur euch bestimmt; vielleicht genügt es nicht, um ein guter Gesetzgeber zu sein, ein guter Finanzmann oder ein guter Kaufmann zu sein; vielleicht soll ein Staat sich nicht gefürchtet machen, weil er sich der Gefahr aussetzt, sich verhaßt zu machen; vielleicht ist es schädlich, Eroberungen zu machen.“³ Für ihn ist, in einem Wort, die gute Politik nicht unterschieden von der ausgezeichneten Moral.

Auch in der Ansicht über die Bedingungen, die Gesetze, die dieses Glück bestimmen, weicht er von seinen Zeitgenossen wesentlich ab. Er verwirft besonders heftig die Ansicht Montesquieus, daß das Klima einen entscheidenden Einfluß auf das Glück eines Volkes habe.⁴ Er nennt diejenigen „Charlatane“ und Anhänger einer „vorgeblichen Philosophie“, die an die Macht des Klimas glauben. Er leugnet, daß er ein verschiedenes Glück für

verschiedene Zeiten, Völker und Länder gebe. Er bestreitet, daß die Natur des Klimas die Natur des menschlichen Herzens ändere, dessen Triebfedern überall Freude und Schmerz seien. Er räumt aber ein, daß an einem Orte die Leidenschaften herrschsüchtiger, an einem andern lenkbarer sein mögen. Das ist aber auch alles, was er hinsichtlich der Macht des Klimas zugibt.

Ebenso lächerlich nennt er es, an die „natürliche Ordnung“ der Physiokraten zu glauben, deren „Evidenz“ gar nicht bestehe. Wenn Cicero und Sokrates heute wiedergeboren würden, fänden sie uns ihren Lehren gegenüber noch ebenso unfolgsam, wie die Römer und Athener. Die menschliche Vernunft, auf die wir so stolz sind, sei seit Erschaffung der Welt im Besitz ganz weniger Menschen gewesen. In der übrigen Masse lebe nur eine Art Instinkt, der etwas weniger grob sei, als der der Tiere. „Ich möchte zu meinem Troste Träumer genug sein, um an den Zauber der Evidenz zu glauben.“⁵

Weder das Klima, noch die Vernunft bestimmen das Glück der Gesellschaft, sondern die Leidenschaften. „Sind nicht überall diese Leidenschaften die Quelle unseres Glückes oder unseres Unglückes, je nachdem sie gut oder schlecht geregelt sind? Ueberall brauchen sie also einen Zügel und einen Lenker; das Gesetz muß also anfangen, sie rechtschaffen zu machen.“⁶

Mably bekämpft daher die Stoiker, die die Leidenschaften ausrotten wollen. Auch sie dienen uns zu unserem Glücke. Ohne ihre Hilfe würde die Vernunft erstarren und zu einem groben Instinkt herabsinken. Sie sind ein Werk des Schöpfers und unsterblich wie dieser. Er befiehlt uns nur, sie durch unsere Vernunft zu mäßigen, zu regeln und zu leiten, damit sie ihre schädliche Kraft verlieren und zu unserem Glücke beitragen.⁷

Aber er tadelt auch die Materialisten, die in ihrer Herrschaft die eigentliche Ursache alles Glückes und alles Fortschrittes der Menschheit sehen. Die Geschichte beweist ihm das Gegenteil: Zu Beginn der Menschheit herrschten die Leidenschaften. Aber die Menschen waren unglücklich. Sie begannen erst glücklich zu werden, als Gesetze und Beamte die Leidenschaften zügelten und die Tugenden, besonders Klugheit, Gerechtigkeit, Mäßigkeit und Mut, förderten. „..... ihr werdet stets die Völker mehr oder weniger glücklich sehen, je nachdem die

mehr oder weniger geschickte Politik die Sitten mehr oder weniger anständig gemacht hat.“⁸

Die Hauptaufgabe der Gesellschaft ist daher für ihn die Pflege der Tugenden. Um zu verhindern, daß die Bande der Gesellschaft sich lockern, fordert er vor allem die Pflege der geselligen Eigenschaften: Mitleid, Dankbarkeit, Liebesbedürfnis, Ruhmesliebe und Wetteifer! Er überweist den Gesetzen die Aufgabe, sie zu stärken und ihren Verfall zu verhindern. Er bekämpft daher die Physiokraten, die die Aufgabe der Gesellschaft in der Pflege der Landwirtschaft erblicken. „... die Kultur der Menschen, d. h. die sozialen Tugenden, sollen dem Glücke der Gesellschaft zur Grundlage dienen: das ist das erste Ziel der Politik; unsere Felder werden nachher kommen.“⁹

Er betrachtet also als die Aufgabe der Gesellschaft die Pflege der Moral. Die guten Sitten sind die Grundlage der Gesellschaft. Nur mit ihnen kann ein Staat glücklich sein. Das Glück der Staaten ist die sichere Belohnung für ihre Tugenden, das Unglück die unfehlbare Strafe für ihre Laster.¹⁰

Neben die Forderung der Glückseligkeit stellt Mably als zweite alles beherrschende Forderung die Gleichheit. Zu ihr hat die Natur uns bestimmt. An ihrer Erhaltung hängt die Bewahrung der sozialen Tugenden und des Glückes. Unter gleichen Bürgern ist es leicht, den Lastern zuvorzukommen und die Herrschaft der Gesetze zu befestigen. Die Gleichheit einigt die Menschen und erfüllt sie mit Wohlwollen und Freundschaft füreinander. Die Ungleichheit dagegen entwürdigt und teilt sie. Ihre Folge ist die Herrschaft der Leidenschaften im Staate.

Mably stützt die Gleichheitslehre durch die Behauptung ihrer Naturgegebenheit. Die Menschen gehen aus den Händen der Natur vollkommen gleich hervor, erhalten von ihr gleiche Organe, Bedürfnisse und Vernunft. Alle Güter der Erde gehören ihnen ursprünglich gemeinsam. Nirgends findet sich eine Spur der Ungleichheit im Naturzustande, nirgends Grenzen auf den Feldern. Die Natur will somit keinen Reichen und keinen Armen.

Die Freiheit sollte nach Mablys Ansicht nur die Gleichheit erhalten. Andererseits sind die Menschen erst dadurch zu Sklaven geworden, daß sie das Gefühl der Gleichheit, das zugleich das

Gefühl ihrer Würde ist, verloren. Nur durch Wiederherstellung der Gleichheit könnten sie noch einmal frei werden. So tritt die zweite große Idee der Zeit, die der Freiheit, bei ihm hinter der Gleichheitslehre zurück.

Man kann nun einwenden, daß die Gleichheit zwar im Naturzustande vorhanden war, allmählich aber wegen der U n g l e i c h h e i t der N e i g u n g e n , K r ä f t e u n d T a l e n t e verloren ging. Mably versucht diesen Einwand zu widerlegen. Die U n g l e i c h h e i t der N e i g u n g e n spielte im Naturzustande überhaupt keine Rolle. Die Bedürfnisse der ersten Menschen waren so einfach, daß sie alle dieselben Neigungen haben mußten. Die V e r s c h i e d e n h e i t der T a l e n t e oder Geisteskräfte bildete sich überhaupt erst infolge der Verschiedenheit der Erziehung. Auch die Verschiedenheit der K ö r p e r k r ä f t e konnte die soziale Ungleichheit nicht erzeugen, denn vor der Errichtung der Gesellschaft konnte der Plan einer Herrschaft sich nicht bilden, da überhaupt noch niemand wußte, was herrschen bedeutete. Nachher aber sollte die Gesellschaft doch gerade eine öffentliche Macht schaffen, um die Gewalttätigkeit und Ungerechtigkeit einzelner zu verhindern. Gegen einen Bürger, der sich zum Herrscher aufschwingen wollte, hätte sich sofort das Bündnis aller gebildet. Im Gegenteil wollte die Natur durch die Ungleichheit der Körperkräfte die Menschen noch enger unter die Herrschaft der Gesetze zwingen. Da ihre Eigenliebe es nicht zuließ, daß sie sich über die ungerechte Verteilung der Gaben der Natur beklagten, schlossen die Schwächeren sich gegen die Stärkeren zusammen. Außerdem aber wurden sie gerade durch diese natürliche Ungleichheit einander nützlicher, da für die verschiedenen Bedürfnisse der Gesellschaft verschiedene Gaben verlangt werden. Die Vorsehung verteilte nur deshalb ihre Gaben ungleich, damit die Menschen geeignet wurden, die für die Gesellschaft gleich wichtigen und unentbehrlichen erhabenen und einfachen Verrichtungen zu erfüllen.¹¹ Hierdurch gelangten die Menschen zu einem notwendigen Austausch der Dienste und Wohltaten. Gerade die verschiedenen Gaben der Natur bringen also die Gesellschaft zur Blüte und sind ein Anlaß zu ihrer Bildung. Die Ungleichheit entstand aus einem Fehler der Politik, die den Beamten gegenüber nicht mißtrauisch

genug war. Daher machten sich diese allmählich zu Herren der Staatsgewalt.

Der nächste Einwand behauptet, daß die Menschen ihre Gleichheit zusammen mit ihrer U n a b h ä n g i g k e i t bei der Bildung der Gesellschaft aufgeben hätten. Mably bestreitet, daß der Verlust der Unabhängigkeit zugleich den Verlust der Gleichheit erfordere. Die Menschen wurden nicht gleich geschaffen, um unabhängig zu bleiben, sondern umgekehrt. Da es sich als notwendig erwies, Staaten zu gründen, mußten sie auf ihre Unabhängigkeit verzichten, aber behielten ihre Gleichheit. Denn da diese die Ursache des Glückes ist und ihr Verlust alle Uebel nach sich zieht, darf der Mensch nie auf sie verzichten. Die Aufgabe der Unabhängigkeit erfordert nicht den Verlust der Gleichheit, denn die Beamten sind genau so den Gesetzen unterworfen, wie die Bürger. Nur in einem despotischen Staate ist die Gleichheit mit der Unterordnung unvereinbar. In anderen Staaten dagegen unterwirft der Mensch sich nur den Gesetzen. Er erkennt damit eine Souveränität an, an der er selbst teil hat, und bleibt den anderen Bürgern völlig gleich.

Am ernstesten erscheint Mably der Einwand, daß die U n g l e i c h h e i t des Verstandes, des Fleißes, der Arbeitslust und der Kinderzahl bald die des Vermögens und damit auch die der Stände erzeugen müsse. Er schließt daraus, daß die Gleichheit mit dem Eigentum nicht zusammen bestehen könne. Es bleibt ihm nur ein Ausweg übrig, um sie in der Gesellschaft zu bewahren: er verkündet die Natürlichkeit und Notwendigkeit der G ü t e r g e m e i n s c h a f t in der idealen Gesellschaft.¹²

Das E i g e n t u m, genauer gesagt das Grundeigentum, macht er für das Unglück der Gesellschaft verantwortlich. Seitdem es in der Welt ist, gibt es Reichtum und Armut und deren Laster und Leidenschaften.

Er verwirft daher die Lehre der Physiokraten, daß die Gesellschaft zum Schutze des Eigentums entstanden sei. Sie ist nicht gebildet worden, um den Genuß des Besitzes zu sichern, sondern weil die moralischen Eigenschaften den Menschen dazu einluden.¹³

Er stützt den Kommunismus durch die Geschichte.¹⁴ Die Gesellschaft bildete sich bereits, als die Menschen noch Jäger und

Fischer ohne Eigentum waren. Sie waren Nomaden, da die Erde noch nicht so bevölkert war, daß ihre Erzeugnisse nicht mehr zur Ernährung ausreichten. Der Boden war infolgedessen wertlos und der Gedanke des Eigentums konnte daher gar nicht auftauchen. (Mably übersieht völlig das bewegliche Eigentum.) Als die Menschen sich vermehrten, mußten sie sesshaft werden und den Boden bestellen. Es erscheint ganz natürlich, daß sie an den ursprünglichen Gewohnheiten festhielten und alles gemeinsam taten und benutzten, d. h. die Gütergemeinschaft einführten.

Mably kann daher nicht begreifen, wie die Menschen diese ursprüngliche Gütergemeinschaft aufgeben konnten. Nicht Habsucht und Ehrgeiz haben sie zerstört, denn diese sind Töchter und nicht Mütter der Ungleichheit. Er nimmt an, daß die Menschen zur Teilung schritten, weil einige Drohnen mühelos auf Kosten der anderen hatten leben wollen. Vielleicht hatten auch einige ungerechte Beamte, die das gemeinsame bewegliche Eigentum ungerecht verteilten, dazu beigetragen. Die Einführung des Eigentums wäre allerdings keineswegs nötig gewesen. Es hätte genügt, die Arbeitslust durch Belohnungen anzureizen und die ungerechten Beamten abzusetzen. Der Fehler, das Land zu teilen und das Grundeigentum einzuführen, läßt sich nur durch die politische Unerfahrenheit der Menschen erklären.

Er weist auch den Einwand zurück, daß die Gütergemeinschaft alle Tätigkeit ersticke und unfruchtbar sei, da ein Antrieb fehle. Die Menschen werden im kommunistischen Staate arbeiten, um Ruhm, Auszeichnungen und Ehren zu gewinnen.¹⁵ Außerdem hält er es für viel vorteilhafter für die Gesellschaft, einige Tugenden, als viele Früchte zu haben. Auch ein Bevölkerungsrückgang schreckt ihn nicht. Eine Million glücklicher Menschen auf der Erde sind mehr wert als unzählige Unglückliche.

Als weiteren Vorteil betrachtet er es, daß die Gütergemeinschaft nur in kleinen Staaten durchführbar ist. Die großen Staaten müssen möglichst in *B u n d e s s t a a t e n* zerlegt werden. Diese würden durch ihre maßvolle Politik und die größere Anteilnahme der Bürger am Staatsleben allen Feinden überlegen sein.

Der Beamte hat in Mablys Staate nicht nur die bescheidene Aufgabe zu erfüllen, Verteiler der Früchte und Kleider zu sein, er erhält darüber hinaus noch die Aufsicht über die Sitten, um deren

Entarten zu verhindern. Das ist der I d e a l s t a a t, „in dem alle gleich, alle reich, alle arm, alle frei, alle Brüder sind, und in dem unser erstes Gesetz sein würde, nichts zu eigen zu besitzen. Wir würden die Früchte unserer Arbeiten in die öffentlichen Magazine tragen; das wäre der Staatsschatz und das Erbgut jedes Bürgers. Alle Jahre würden die Familienhäupter Wirtschaftler wählen und sie beauftragen, die für die Bedürfnisse jedes einzelnen nötigen Dinge zu verteilen, ihm die Arbeitsaufgabe zuzuweisen, die die Gemeinsamkeit von ihm fordern würde, und die guten Sitten im Staat aufrechtzuerhalten.“¹⁶

Mably sieht aber ein, daß an eine Wiedereinführung des Kommunismus nicht mehr zu denken ist, da ihm Habsucht und Ehrgeiz unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen. Er bezweifelt ferner, daß die Elenden und Armen der Gleichheit noch gewachsen seien. Auch ist der Kommunismus nur bei Bescheidenheit und guten Sitten möglich, die nur noch bei den Wilden zu finden sind.

Er versucht daher, die Menschen auf einem andern Wege wieder dem Glücke zuzuführen. Er kämpft gegen die Leidenenschaften nicht mit offener Gewalt, sondern mit List. Er betrachtet im heutigen Staate das Eigentum als die Grundlage der Gesellschaft. „Ich weiß, daß es kein heiligeres Gesetz als das des Eigentums gibt, seitdem die Gütergemeinschaft nicht mehr besteht und die Menschen zu einer Teilung übereingekommen sind.“¹⁷

Er stellt nun nach dem Vorbilde Platons ein zweites Gesellschaftsideal auf Grundlage der Ungleichheit neben das ursprüngliche kommunistische Ideal. In diesem Staate ist das G e s e t z der unumschränkte Herrscher. Die Gesetze sollen unsere allmähliche Rückkehr zum Glück bewirken. Allerdings müssen sie im Einklange mit dem N a t i o n a l c h a r a k t e r stehen, der einen beherrschenden Einfluß auf die Geschicke des Staats ausübt. „Der Gesetzgeber kann also auf neue Gesetze nur zählen, sofern sie einige Uebereinstimmung mit dem Charakter der Nation haben, die er reformieren will.“¹⁸

Er glaubt, daß wenige Gesetze genügen würden, da nicht gegen jedes Laster ein besonderes Gesetz erlassen zu werden braucht.¹⁹ Die Gesetze sollen daher nur danach streben, Habsucht und Ehrgeiz zu beseitigen und die Gleichheit zu fördern.

Er bekämpft zunächst die **Habsucht im Staate**. Das Beispiel Spartas und Roms beweist, daß nur bei geringen Staatsbedürfnissen die Bescheidenheit der Sitten erhalten bleibt, da nur in einem bedürfnislosen Staate die Beamten nicht in Versuchung geführt werden, sondern gerecht bleiben. Die Gesetze sollen daher die möglichste Verminderung der Staatsbedürfnisse und -einkünfte bezwecken. Ihr Ziel ist die Senkung der Steuern und die Abschaffung der Staatsschätze.²⁰ Da man aber seit der Einführung des Eigentums nichts mehr umsonst tut, braucht der Staat Einnahmen, um die öffentlichen Arbeiten und Dienste zu bezahlen.²¹ Woraus soll er diese gewinnen? Frondienste widersprechen der Gleichheit. Domänen bringen wechselnde Erträge, die bald den Bedürfnissen des Staates nicht genügen, bald die Habsucht der Beamten erregen. Infolgedessen verlangt Mably Steuern, die jährlich festgesetzt werden, keine Ueberschüsse ermöglichen und vorsichtshalber durch junge Leute verwaltet werden, die noch nicht habüchtig sind. Welcher Art sollen nun diese Steuern sein? Menschen, die nichts besitzen als die Arbeit ihrer Hände, dürfen zu keiner Steuer herangezogen werden. Indirekte Steuern haben den Nachteil, daß sie vom Volke nicht kontrolliert werden können. Mably will daher wie die Physiokraten eine einzige Steuer, eine **direkte Bodensteuer**.

In seiner Furcht vor der **Habsucht der Beamten** fordert er, daß Reichtum keinen Anspruch auf ein Amt gewähre. Aber er möchte die Aemter möglichst ohne Entgelt verwalten lassen, da er befürchtet, daß sonst auch gemeine Seelen nach ihnen streben würden. Er bezeichnet es als Sklavenansicht, daß jede Mühe ihren Lohn verdiene, und als Händleransicht, daß der Beamte für die Verluste durch Vernachlässigung seiner häuslichen Angelegenheiten entschädigt werden müsse. Er beweist weiter durch das Beispiel Jan de Witts, daß der Beamte auch kein Gehalt für Repräsentationszwecke brauche, da die wahre Würde ihm stets das nötige Ansehen verleihe.

Gegen die **Habsucht der Bürger** ergreift er besondere Vorsichtsmaßnahmen. Da nur unter bescheidenen Bürgern sich die geselligen Eigenschaften entwickeln, ist sein Ziel die Verringerung der Bedürfnisse. Er verlangt, daß die Erzeugnisse des Handwerks und der Industrie eine gewisse Grobheit

bewahren sollen, und bekämpft den Luxus. „Man darf nicht Dinge vereinigen wollen, die durch ihre Natur unvereinbar sind, den Luxus und die guten Sitten. Die Werke eurer Manufakturen sollen daher solide und nicht schön sein.“²² — Ebenso verwirft er die s c h ö n e n K ü n s t e. „Wozu kann uns eine Malerakademie gut sein? Lassen wir die Italiener glauben, daß ihre Kindereien die Völker ehren. Möge man bei uns Vorbilder für Gesetze, Sitten und Glück und nicht für Malerei suchen.“²³ „Wozu brauchen wir ausgezeichnete Maler, ausgezeichnete Schauspieler, ausgezeichnete Bildhauer? Unglücklich ist die unsinnige Nation, die unter dem Vorwande des Genies, das ihre Kunst erfordert, sie neben den großen Feldherrn oder den großen Beamten stellt und ihnen dasselbe Lob zollt.“²⁴ — Die Hauptgefahr sieht er jedoch im H a n d e l, der die Menschen vaterlandslos und unmoralisch mache. „Es ist schon lange her, daß man gesagt hat, daß die Kaufleute kein Vaterland haben und daß sie es mit ihrer Freiheit dem verkaufen werden, der es wird kaufen wollen.“²⁵ Er fürchtet, daß der Handel den Staat zu Unternehmungen verlocke, die seine Kräfte übersteigen und zu seinem Untergange führen. Er sei so eine Art Ungeheuer, das sich selbst vernichtet. Der innere Handel ist für Mably am wichtigsten. Nur will er der Industrie aus Furcht vor dem Luxus eine gewisse Grobheit lassen. Die Landwirtschaft dagegen erhält sein Hauptaugenmerk. Der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen soll durch den Staat geregelt werden. Die Freiheit im Getreidehandel der Physiokraten würde inmitten des Ueberflusses zu Armut und Elend führen. Eigentümlich ist seine Stellung zum äußeren Handel. Einmal bezeichnet er ihn als niemals nötig, aber stets gefährlich, ein andermal erkennt er an, daß er bis zu einem gewissen Grade notwendig ist. „... der Handel ist für alle Völker nötig, die nicht wild sind und die aus ihrer Barbarei herauswollen. Ich werde ihn loben, wenn er ohne Prunk und Luxus einfachen Bedürfnissen dient und unsere Leidenschaften nicht reizt. Der Handel, der ermutigt werden muß, um bis zu einem gewissen Ziele zu kommen, das lobenswert ist, will in seinem Fortschreiten angehalten werden, sobald er dieses überschreitet und nur noch geeignet ist, die Bande der Gesellschaft durch die Verderbnis zu lockern, die er in die Sitten einführt.“²⁶ Er bezweifelt jedoch, daß der Staat den Handel in dieser Bescheidenheit wird halten können. Die Anhäufung

großer Vermögen durch *Erb schaft* will er verhindern, indem er die Verteilung der Erbschaft staatlich regelt und ein besonderes Testament nur hinsichtlich der Bedienten gestattet. *Acker-gesetze* sollen die Vereinigung großer Ländereien in einer Hand unmöglich machen. Die Güter des einzelnen dürfen nur so groß sein, daß er sie selbst bestellen kann. Eine Vernachlässigung des Bodenbaues befürchtet Mably von dieser Regelung nicht, da die kleinen Güter besser als die großen bestellt werden würden. Doch würde er auch diese in den Kauf nehmen, um ein größeres Uebel zu verhindern. Da in der Gegenwart die Durchführung dieser Acker-gesetze unmöglich ist, findet er einen anderen Ausweg. Er gibt jedem Stande des Staates einen gleich großen Teil des Bodens. Niemand darf Land aus dem Besitztum eines anderen Standes erwerben, damit auf diese Weise das Gleichgewicht der Stände stets aufrechterhalten wird. — Mably verbietet auch, daß die Bürger im Auslande Reichtümer sammeln, durch die sie dann in der Heimat das Gleichgewicht des Staates zerstören könnten. — Seine Politik mißtraut also allem und sucht alles zu verhindern, was die Habsucht unterstützen könnte. Hierzu beschränkt er die Freiheit des einzelnen Bürgers in stärkster Weise. Freilich zeugen seine Maßnahmen dafür, daß seine wirtschaftlichen und finanziellen Ansichten utopisch sind.

Die weiteren Gesetze Mablys richten sich gegen den *Ehrgeiz*. Er bekämpft zunächst wieder den *Ehrgeiz des Staates*, weil sich dieser den Bürgern mitteilt, allmählich die Tugenden verdirbt und den Staat zugrunde richtet. Der Staat soll daher nicht nach Vergrößerung streben. Die Natur hat uns nicht dazu bestimmt, große Reiche zu bilden, und daher unserer Aufmerksamkeit und Wachsamkeit so enge Grenzen gesetzt. „Die großen Mächte sind bestimmt, unter ihrem eigenen Gewichte zusammenzubrechen.“²⁷ Die Leidenschaften können in ihnen nur schlecht gezügelt werden. Sein Ideal ist eine *föderalistische Verfassung*. Er will die großen Staaten auflösen und aus ihren Provinzen einen Bundesstaat bilden, der die Gliedstaaten nach außen sichert, während ihre Kleinheit sie gegen die Leidenschaften im Innern schützt. Er sieht das Vorbild einer solchen Bundesverfassung im Staate Karls des Großen. „Die Generalversammlungen einer Nation, die mehrere große Provinzen besitzt, sind

wenig geeignet, sie aufzuklären. Man sieht hier notwendig alles in einer zu ungewissen, zu verwirrten, zu gedrängten, zu unbestimmten Art. Karl der Große fürchtete mit Recht, daß die Gesetze schon in ihrem Entstehen kraftlos wären oder bald in Vergessenheit fielen, wenn er die Franzosen nicht in die Notwendigkeit versetzte, ihre Bedürfnisse selbst im einzelnen kennenzulernen. Er teilte daher alle Länder seiner Herrschaft in verschiedene Distrikte oder Legationen, von denen jede mehrere Grafschaften enthielt,²⁸ Er billigt deshalb auch, daß die Amerikaner keinen Einheitsstaat gegründet haben.²⁹ Er hält aus dem gleichen Grunde auch auswärtige Besitzungen und Kolonien für schädlich, zumal sie ein zweifaches Interesse in den Staat tragen und mehr kosten, als sie einbringen. Die höchste Vollendung der Staatskunst scheint ihm eine Art **Völkербund**.³⁰ Die Staaten sollen miteinander ein enges Bundesverhältnis nach Art der Schweiz eingehen. So soll eine allgemeine Gesellschaft entstehen, in der die Staaten dasselbe Verhältnis zueinander haben wie die Familien in einem Staate. Sein Staat ist durchaus **pazifistisch**. Der Angriffskrieg gilt ihm als Verbrechen. Nur den Verteidigungskrieg gestattet er. Den Urheber eines Angriffskrieges will er als Verbrecher zur Verantwortung gezogen wissen. Er verwirft Präventivkriege und verlangt sorgfältige Beratung der Kriegserklärung. Zur Erhaltung des Friedens sieht er ein besonderes Kollegium ständiger Friedensbeamter vor. Sein Staat soll nirgends intervenieren, alle fremden Mächte gleichmäßig als Freunde behandeln und seine Freundschaft nicht verkaufen.

Im **Ehrgeiz der Beamten** sieht er die größte Gefahr für den Staat. Er will sie hauptsächlich durch folgende Maßnahmen in Schranken halten: Teilung der ausführenden Gewalt, damit die Beamten sich gegenseitig die Wage halten; Begrenzung des Aufgabenkreises, damit jeder Beamte seine Pflichten richtig erfüllen kann; kurze Amtsdauer, damit er sich nicht an seine Macht gewöhnen kann; eine feste Aemterlaufbahn mit schrittweisem Aufsteigen, um ungeeignete Elemente auszuschalten, denn der Staat erhält so durch den Einfluß des Wettbewerbes gute Beamte und das umso mehr, als die Verwaltung eines Staates, in der Habsucht und Ehrgeiz nicht herrschen, keine außergewöhnlichen Talente erfordert.

Großen Wert legt er auch auf die Gesetze, die den Ehrgeiz der Bürger unterdrücken sollen. Er glaubt, dem Ehrgeize des Pöbels genüge zu tun, wenn er durch soziale Gesetzgebung Bettelei und Armut beseitigt und die Masse zu Bürgern erzieht. Ferner will er jedem Bürger die Möglichkeit geben, alle Stellen zu erreichen; er verwirft daher die Klasseneinteilung Solons und möchte die Aemter nur als Lohn für Verdienste verteilen. Die Neubesetzung soll auch nicht durch die Beamten erfolgen, sondern durch das Volk in öffentlicher Wahl, die einen gesunden Wetteifer an die Stelle dunkler Ränke setzen soll, die die geheime Wahl zur Folge hätte. — Er bestreitet, daß die erblichen Standesunterschiede seit Anfang der Gesellschaft bestanden hätten, und erklärt sie aus persönlichen Auszeichnungen, die allmählich erblich wurden.³¹ Aber er will sie trotzdem nicht abschaffen. Die Erniedrigung und Demütigung der unteren Schichten ist so weit fortgeschritten, daß man ihnen keine Würde mehr einflößen könnte, selbst wenn die Großen auf ihre Vorrechte verzichteten. Aber er will alle Privilegien abschaffen, die von den bürgerlichen Pflichten durch Geburt oder Titel befreien. Er will auch niemanden von den Ständen ausschließen und verlangt Achtung der Menschenwürde in allen Bürgern. Die oberen Stände sollen im übrigen heilige und unverletzliche Vorrechte, die er auf gewisse Höflichkeitsbezeugungen beschränkt, behalten. Besondere Aufmerksamkeit schenkt er dem dritten Stande, der als Träger aller schaffenden Kräfte nicht vernachlässigt werden darf. „Tatsächlich entwickelt sich nur in dieser Mittelklasse das Genie, das ein zu großes oder zu elendes Vermögen in den andern Bürgern erstickt“³² Er will daher dem Bürgertum an der Verwaltung des Staates einen seiner Bedeutung entsprechenden Anteil gewährt wissen. — Er befürchtet von einer völligen Einheitlichkeit des Volkes die Bildung von Parteien. Ihm erscheint die Teilung in viele Stände wünschenswerter, weil sie die Standesunterschiede verringern und die Macht der einzelnen Stände einschränken würde. Um die Herrschaft einer Aristokratie zu verhindern, regt er an, die Macht gleichmäßig zu verteilen, indem Würdengesetze jedem Stande gewisse Aemter vorbehalten, die nicht durch Angehörige anderer Stände besetzt werden dürfen. Er will nur einer Kaste keinen Anteil am Staate gewähren, den Söldnern. Er sieht in der Trennung des Soldaten vom Bürger das größte Uebel der Ge-

sellschaft, denn entweder habe der Staat schlechte Truppen, oder die Freiheit der Bürger sei stets bedroht. Er erkennt, daß Bürgerheere Söldnerheeren an Mut und Manneszucht überlegen sind und die militärische Ausbildung für den künftigen Bürger großen sittlichen Wert besitzt. Daher fordert er ein Volksheer und die allgemeine Dienstpflicht. „Unser Staat sei also militärisch; jeder Bürger sei dazu bestimmt, sein Vaterland zu verteidigen; jeden Tag möge er darin geübt werden, die Waffen zu handhaben, damit er in der Stadt die Gewohnheit und die Manneszucht erwerbe, die in einem Lager nötig sind.“³³ — Die letzte und wichtigste Sicherung gegen den Ehrgeiz ist die V e r f a s s u n g. Diese muß die Gewalten viel gründlicher als die englische teilen. Hier hat der König die ganze Exekutive allein, verfügt über beträchtliche Einkünfte, ernennt die Beamten, hat das Vetorecht und ist unverletzlich. Das alles sind große Sünden wider den Geist des Mißtrauens, der die Verfassung beherrschen müßte. Die schwedische Verfassung von 1720 mit ihrer scharfen Trennung von Exekutive und Legislative und ihrer Abschaffung des Vetos entspricht den Forderungen Mablys schon eher.

In seinen Maßnahmen gegen den Ehrgeiz tritt das Utopische wieder stark hervor, wenn er sich auch bemüht, dem tatsächlich Gegebenen Rechnung zu tragen. Wir treffen hier die später wirkenden Gedanken des Föderalismus, des Volksheeres, der Beschränkung der Exekutive. Mablys Ziel ist Gleichheit und nicht Freiheit. Er läßt die politische Freiheit ebensowenig abschranken wie die wirtschaftliche. Sein Staat soll das Glück der Bürger erreichen und kann das unter Umständen auch gegen deren Willen erzwingen. Das Gesetz ist der einzige Herrscher im Staat. Es greift dauernd in die Verhältnisse des gesamten privaten Lebens ein und beschränkt die Freiheit, wenn sie ihm geeignet erscheint, die Gleichheit zu zerstören.

Mably regelt ebenso das geistige Leben der Bürger durch Erziehung und Religion. Diese bilden die Grundlagen für die guten Sitten. „Weder durch pedantische Vorschriften, noch durch langweilige Reden, noch durch Auferlegen einer Menge ins einzelne gehender Pflichten gelangt man dazu, die Sitten bei einem Volke zu bewahren; sondern indem man den Kindern eine Erziehung gibt, die sie darauf vorbereitet, gerechte

und mäßige Menschen zu sein; indem man sie frühzeitig durch die Hilfe der Religion daran gewöhnt, daß wir unter den Augen und in der Hand eines Richters sind, dessen Wachsamkeit und Gerechtigkeit zu täuschen unmöglich ist.³⁴

Die Erziehung soll die Schwäche der Leidenschaften in der Jugend ausnutzen, um ihre Herrschaft in den Entwicklungsjahren zu verhindern und die Gerechtigkeit und Wohltätigkeit zu entwickeln.³⁵ Die erste grundlegende Erziehung überläßt Mably den Eltern. Im Jünglingsalter greift dann sein Staat ein und hält den Jüngling zu nützlichen Vergnügungen an, besonders zu gymnastischen Uebungen mit strenger Manneszucht. Die Erziehung ist öffentlich und allgemein, damit der einzelne seine häuslichen Vorurteile nicht behält. Sie besteht hauptsächlich in körperlicher Erthüchtigung durch Sport und Waffenübung. Mably wendet sich gegen die Vernachlässigung der Erziehung der Frauen. Der Staat soll sie entweder wie in Sparta zu Männern machen oder — noch besser — zur Zurückgezogenheit verdammen und zur Bescheidenheit und Arbeitsliebe erziehen, damit sie ihren größten Ruhm darin sehen, Familienmütter zu werden. — Zur Abwechslung soll man die Schüler zeitweise zur Verstandesbildung in die Schule führen. Als Grundlage dieser geistigen Erziehung dient die Moral. Diese soll den Schülern die Folgerungen eines einzigen Grundsatzes entwickeln: „Was du nicht willst, daß man dir tu', das füg' auch keinem andern zu.“ Das weitere Studium umfaßt das Naturrecht oder das Recht der Gleichheit, das über die Pflichten jedes einzelnen unterrichtet. Hieran schließt sich das Studium der Geschichte, die die Beispiele für die Moral liefert, und das der Verfassungen. Der Schüler soll die eigene Verfassung lieben lernen, ohne ihren Fehlern gegenüber blind zu sein. Diese Erziehung soll die volle Gleichheit unter den Kindern herstellen. Um das zu erreichen, gibt Mably also alle Fortschritte preis, die der menschliche Geist in Jahrtausenden erzielt hat, und vernachlässigt die gesamte übrige wissenschaftliche Bildung.

Da die Erziehung allein die Leidenschaften der Bürger nicht dauernd in Schranken zu halten vermag, muß die Religion ihnen einen allgegenwärtigen, allwissenden und allmächtigen Richter zur Seite stellen. „ . . . mögen die Bürger überzeugt sein, daß die Götter die Herren aller Dinge sind, daß ihre Vorsehung

allem vorsteht, daß sie die Quelle aller unserer Güter ist, und daß sie eine genaue Rechnung über alle unsere Handlungen halten. Das ist das erste, wichtigste und notwendigste aller Gesetze; denn wenn es keinen Gott gibt, gibt es keine Moral. Es ist unmöglich, dem Menschen genügend Beweggründe zu bieten, um ihn anzuhalten, eher seiner Vernunft als seiner Leidenschaft zu gehorchen; und er wird nur solange gerecht sein, als er sich der Wachsamkeit der Gesetze und der Beamten nicht wird entziehen können.³⁶ Der überzeugendste Beweis für das Dasein Gottes ist für Mably die Notwendigkeit eines Zeugen und Richters unserer Taten für das Wohl der Gesellschaft. Gott ist das erste Band, das die Menschen einigt, denn ohne ihn gäbe es kein Vertrauen, er ist der „erste Garant des Paktes“.³⁷ — Mably ist ein schroffer Gegner des A t h e i s m u s. Dieser entwürdigt den Menschen, indem er dem Weltall einen unentbehrlichen Lenker nimmt. Er zerstört die Gesellschaft, indem er alles Vertrauen und alle Sicherheit unter den Bürgern vernichtet. Ein Mohammedaner oder Brahmane ist für die Gesellschaft weniger gefährlich als Epikur oder Spinoza. Der Atheismus muß bekämpft werden, weil er das Nichtvorhandensein absoluter Moralregeln lehrt und damit jeden Unterschied von gut und böse zerstört. Der Atheistenstaat, von dem Bayle träumt, könnte überhaupt nicht bestehen. Er würde zuerst zum Deismus und dann zu Dogmen und Zeremonien übergehen müssen. Mably will daher die Atheisten zunächst mit einigen Monaten Gefängnis bestrafen und unverbesserliche schließlich lebenslänglich einkerkern lassen. — Gegenüber dem D e i s m u s ist er keineswegs nachsichtiger, weil dieser der Natur der Menschen, die nun einmal keine Engel sind, nicht angepaßt ist. Er kann zwar einige Weise hervorbringen; die Menge aber braucht einen öffentlichen Kult, um nicht allmählich jedes religiöse Gefühl zu verlieren. Die Verachtung der Zeremonien führt allmählich zur Verachtung Gottes. Die Menschen neigen außerdem zum Aberglauben und brauchen einen bestimmten Kult, um sich vor den Torheiten ihrer Einbildung, ihrer Furcht, ihrer Hoffnung und ihres Fanatismus zu bewahren. Jeder Deist, der die Religion öffentlich angreift, soll mit einigen Monaten Gefängnis, bei Unverbesserlichkeit ebenfalls mit lebenslänglicher Kerkerhaft bestraft werden. Er verlangt eine S t a a t s r e l i g i o n. „Da die Religion auf den Geist der Menschen die unumschränkste Macht

ausübt, wäre es zweifellos von größter Nützlichkeit, daß alle Bürger eines Staates, durch einen gleichen Kult vereinigt, den gleichen göttlichen Gesetzen gehorchten, wie sie den gleichen politischen Gesetzen gehorchen; dadurch würde die Religion ihre Kräfte mit denen der Regierung vereinigen, um sie glücklich zu machen.“³⁸

— Um den Angriffen der Philosophen zuvorzukommen, fordert er schärfste Trennung der geistlichen und weltlichen Dinge. „..... und man wird erst Erfolg haben, die Streitigkeiten der Theologen und Philosophen zu beenden, sofern man diese zwingen wird, sich nicht über die natürlichen Wahrheiten zu erheben, und die andern einwilligen werden, nur von den Geheimnissen zu handeln, die uns offenbart sind.“³⁹ Er hält daher die Priester von der Verwaltung des Staates fern. Dieser soll für ihren Unterhalt durch ein bescheidenes Gehalt sorgen, der Kirche und der Geistlichkeit aber keinen Grundbesitz und keine Reichtümer lassen, um Verderbnis der Priester durch Habsucht oder Ehrgeiz zu verhindern. Er verlangt außerdem Aufklärung der Laien, damit die Priester nicht durch Ausnutzung des Aberglaubens die Herrschaft über sie gewinnen können. Der Aberglaube in der Form der Reliquienverehrung, des Ablaßmißbrauches, der Wallfahrten, der Kreuzzüge und der Glaubenskriege ist stets eine Folge der Unwissenheit. Mably bekämpft die Theologie als Wissenschaft, da sie im Staat eine verhängnisvolle Rolle spielt. Sie ist Schuld an den Glaubenskriegen, die aus den Theologenstreitigkeiten entstanden sind; sie schafft Ungläubige und verhindert die Einigung mit der Philosophie. — Er wendet sich gegen zu weitgehende Gewissensfreiheit und verlangt Unduldsamkeit gegenüber privaten Göttern und Kulte. Die Aenderung einer Religion und die Bildung neuer müssen verhindert werden. Wenn allerdings neue Religionen entstanden sind, dann fordert auch er ihre Duldung, denn sobald sie verfolgt würden, würden sie Fanatismus und Religionskriege erzeugen. Er tadelt die amerikanischen Verfassungen wegen ihrer Gewissensfreiheit.⁴⁰ Die Amerikaner sollen Maßnahmen gegen religiöse Neuerungen ergreifen, da sie die Ruhe stören könnten. Aus der Mischung so vieler Lehren könnte eine allgemeine Gleichgültigkeit gegen jeden einzelnen Kult entstehen, die zum Deismus führen würde, der nur für die wenigen bestimmt ist, die selbständig denken können. Er verführt aber auch die

Menge und bringt sie zum sittenverderbenden Atheismus. Nicht-christliche Religionen darf der Staat nicht zulassen, da Parteiungen und Bürgerkriege daraus entspringen könnten. Die Erlaubnis, neue Sekten zu bilden, stellt nur eine Förderung von Enthusiasten und Fanatikern dar. „Man hätte ein Gesetz erlassen sollen, um zu verhindern, daß sich neue Religionen bilden, und alle Bürger zwingen müssen, sich einem der bekannten und im Staat anerkannten Kulte anzuschließen Eine grenzenlose Toleranz ist nicht für die Menschen geschaffen; solange sie an ein künftiges Leben glauben, wird es unmöglich sein, daß sie in dieser Hinsicht gleichgültig sein werden; und sobald sie sich damit beschäftigen werden, ist es notwendig, daß die politischen Gesetze unserer Vernunft zu Hilfe kommen und den bitteren und zu stürmischen Eifer mäßigen, dem sie sich überliefern könnte Ich finde nichts so lächerlich als das Gesetz von Süd-Carolina, das besagt, daß 15 Menschen von mindestens 21 Jahren eine rechtmäßige Kirche im Staat bilden werden, wenn sie sich zwecks eines religiösen Kults vereinigen möchten.“⁴¹ Um Reibungen und Streitigkeiten zu vermeiden, verlangt Mably, daß jede Kirche ihren Katechismus genau festlegt. Aenderungen sollen unmöglich sein. Sein letztes Ziel ist ein eigener moralischer und politischer *S t a a t s k a t e c h i s m u s*.⁴² Dieser soll eine vollständige Moralabhandlung sein, die Liebe zu den Gesetzen, zum Vaterland und zur Freiheit entwickeln und in allen Bürgern eine gleiche Denkweise schaffen.

Mably läßt also seinen Staat in Erziehung und Religion bestimmend eingreifen. Von Denk- und Gewissensfreiheit ist bei ihm keine Rede. Auch eine *P r e ß f r e i h e i t* *k e n n t e r n i c h t*.⁴³ Alles tritt zurück hinter dem großen Ziele der Erhaltung der Gleichheit im Staate.

III. Mablys Staatslehren.¹

Mably geht, wie schon erwähnt, von dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen und ihrem Streben nach Glück aus. „Ich glaube, daß die Menschen aus den Händen der Natur vollständig gleich, daher ohne Rechte aufeinander, und vollständig frei hervorgegangen sind. Sie hat keine Könige, Beamten, Untertanen und Sklaven geschaffen; das ist augenscheinlich. Und sie hat uns nur ein einziges Gesetz diktiert, daran zu arbeiten, uns glücklich zu machen.“²

Er erklärt daher, daß die Gründung der Gesellschaft durch *Verträge* erfolgt sei, um dieses Glück zu sichern.³ Die Menschen wurden des Kampfes aller gegen alle schließlich müde, schlossen Verträge und setzten zu deren Schutze und zur Verteilung von Lohn und Strafe Beamte ein. Er unterscheidet so einen *Gesellschafts-* und einen *Herrschaftsvertrag*, der viel später geschlossen wurde. Der Staat war ein Gesetzesstaat, in dem die Bürger den Beamten, diese aber den Gesetzen gehorchen mußten.⁴ Die Herrschaft der Menschen statt der Gesetze wurde die Ursache aller Unordnung in der Gesellschaft, da es seitdem nur noch Unterdrückte und Unterdrücker, aber keine gleichen Bürger gibt.

Von der Voraussetzung aus, daß die Gesellschaft die Lage der Bürger vorteilhafter machen soll, verteidigt er das *Widerstandsrecht*. Wenn die Menschen absurde Uebereinkommen geschlossen und eine Regierung eingesetzt haben, die zum Schutz der Gesetze unfähig ist, oder wenn sie sich durch treulose oder unfähige Führer haben in die Irre leiten lassen, dann dürfen sie nicht die ewigen Opfer ihrer Zerstreutheit sein. Die Bürgereigenschaft darf die Menschenwürde nicht zerstören. Die Gesetze, die die

Vernunft unterstützen und die Freiheit erhalten sollen, dürfen die Menschen nicht zu Sklaven machen. Kein Glied der Gesellschaft hat noch Pflichten gegen sie zu erfüllen. Die unerfahrenen Menschen haben sich geirrt, die sich der ersten Regierung, die sie errichteten, unwiderruflich unterworfen glaubten. Es ist unsinnig, daß sie, deren Verstand sich nur langsam bildet, die dem Irrtum unterworfen sind und nur mit Hilfe der Erfahrung weise werden können, auf ewig an diesen Irrtümern festhalten sollen. Selbst die Parteigänger der gegenwärtigen Regierungen würden einem Irokesen die Reform seiner Regierung nicht verwehren. Dasselbe Recht kann daher auch jeder Europäer in Anspruch nehmen. Freiheit, Vernunft und Streben nach Glück berechtigen ihn dazu. Er gibt also den Bürgern das Recht, die Regierung zu verbessern. Die Herrschaft der Beamten über die Bürger und die der Gesetze über die Beamten ist zum Glück der Gesellschaft unbedingt nötig. Aber in einem schlecht regierten Staate erhält jeder Bürger Beamten Gewalt und das Heil des Staates wird oberstes Gesetz. „... man ist kein Tyrann, wenn man eine kurze und vorübergehende Macht nur usurpiert, um die öffentliche Freiheit wiederherzustellen und zu befestigen. Wenn das Gesetz regiert, muß jeder Bürger gehorchen; aber wenn durch seinen Ruin die Gesellschaft aufgelöst ist, wird jeder Bürger Beamter; er ist mit der ganzen Macht bekleidet, die ihm die Gerechtigkeit gibt, und das Heil des Staates muß sein oberstes Gesetz sein.“⁴⁵ Mably gesteht jedem Bürger mit Ausnahme der Idioten und der Hefe des Volkes nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu, nach Reformen zu streben. Er hält den Bürgerkrieg für berechtigt, wenn die Reform eines Staates auf anderem Wege nicht zu erreichen ist und ohne ihn die Gesellschaft der Despotie anheimfiele. Er bekämpft daher die Staatsrechtslehrer, die den Bürgerkrieg verwerfen. Jeder Krieg an sich ist verderblich. Er vermag deshalb nicht zu begreifen, warum nicht ein Bürgerkrieg zuweilen ebenso nützlich und notwendig und durch die strengste Moral gestattet sein sollte wie ein auswärtiger Krieg, denn ein innerer Feind will ein Volk ebenso knechten wie ein äußerer. Er nennt darum die Lehre, die den Bürgerkrieg als eine Ungerechtigkeit betrachtet und die Bürger auffordert, nie Gewalt der Gewalt entgegenzusetzen, dem Staatswohle geradewegs entgegengesetzt. Die Erlaubnis, im äußersten Nottalle Widerstand zu leisten, genügt ihm

nicht, da sie nichts nützt. „Das heißt, daß es euch erlaubt ist zu kämpfen, wenn ihr nicht mehr siegen könnt.“⁶⁶

Die Lehre vom Widerstandsrecht stützt auch er durch die Lehre von der **V o l k s s o u v e r ä n i t ä t**. „..... ich stimme mit euch überein, daß nichts wahrer ist als die Lehre der Aufständischen hinsichtlich der Souveränität, die von Rechts wegen dem Volke als sein Werk gehört und die es Herr darüber läßt, nach seinem Gefallen seine Gesetze und seine Regierung zu ändern.“⁶⁷ Er erklärt es für falsch, daß ein Volk sich seiner Souveränität für immer entäußern könnte. Ein solcher Akt wäre hinfällig, weil er unvernünftig ist. Um ihn gültig zu machen, muß die Vernunft die stillschweigende Klausel voraussetzen, daß der Fürst seine Macht nur zum Glück der Untertanen benutzen darf. Diese sind daher nur solange an den Vertrag gebunden, als der Fürst sich gewissenhaft an ihn hält. Aus der Unveräußerlichkeit der Souveränität folgert Mably weiter das Recht des Volkes, sie zurückzunehmen, selbst wenn die Verfassung weise sein sollte. Der wahre Charakter der Souveränität besteht eben in der völligen Unabhängigkeit und dem Rechte, die Gesetze der Lage und den Bedürfnissen des Staates entsprechend zu ändern. Es ist unsinnig zu glauben, daß der Souverän sich durch eigene Gesetze unwiderruflich binden und künftige Aenderungen unmöglich machen könnte. Das Volk, der alleinige Inhaber der Souveränität, besitzt daher das ewige Recht, seinen Kontrakt auszulegen, zu ändern, zu widerrufen und einen neuen zu schließen. Eine Anarchie wird aus diesem Rechte trotzdem nicht entstehen, weil ein Volk eine gute Regierung, die es glücklich macht, nie ändern wird. Ein Volk verliert auch nicht durch gewaltsame Unterwerfung seine Souveränität an den Sieger. Wenn dieser es unterjochen will, kehrt es einfach in den Naturzustand zurück. Es wird völlig frei und unabhängig wie vor der Gründung der Gesellschaft, und der Kriegszustand besteht unter dem Namen Frieden fort. Damit spricht Mably die Lehre vom **n a t i o n a l e n S e l b s t b e s t i m m u n g s r e c h t** der Völker aus. Aus alledem folgert er nun, daß jedes freie Volk das Recht hat, seine Freiheit durch Begrenzung, Teilung oder Vervielfältigung der Aemter zu befestigen, und jedes unterjochte Volk, nach dem Wiedergewinne der Freiheit zu streben. Ein Verlust der Souveränität durch Verjährung oder stillschweigende

Zustimmung widerspricht ihrem Charakter ebenfalls und wird daher von Mably nicht anerkannt.

Darf aber ein Volk sich gegen die G e s e t z e auflehnen? Mably antwortet, daß der Mensch nur den Gesetzen zu gehorchen braucht, die seine Vernunft billigt. Mit Cicero unterscheidet er natürliche, göttliche und menschliche Gesetze. Die natürlichen Gesetze nennt er Vorschriften der menschlichen Vernunft, denen der Mensch stets gehorchen wird, falls nicht Leidenschaften oder Wahnsinn ihn daran hindern. Als göttliche Gesetze bezeichnet er die Offenbarungen der göttlichen Vernunft, denen er ebenfalls gehorchen muß, vorausgesetzt, daß die Priester weder Betrüger noch Betrogene sind. Die menschlichen Gesetze zerfallen in Grund- und Sondergesetze. Ungerechte Grundgesetze sind ungültig. Den Sondergesetzen braucht nur unter einer guten Regierung gehorcht zu werden. In dieser ist das Volk sein eigener Gesetzgeber und wird mit Leichtigkeit gerechte Gesetze haben. Daher gibt Mably jedem Volke das Recht, gegen den Willen der Herrschenden sich die Grundgesetze zu geben, die es für notwendig zu seinem Glücke hält. Als deren Ziel gilt ihm die Errichtung der besten Verfassung.

Mably vermischt die Souveränität völlig mit der g e s e t z g e b e n d e n G e w a l t. Für ihn ist diese die Ausüberin der Volkssouveränität. „Diese Gewalt ist die Seele der Gesellschaft.“⁸ Die Hauptaufgabe der Verfassung besteht in deren Errichtung und ihrer Sicherung gegen den Ehrgeiz der Beamten.⁹ Diese Sicherung vermag er nur durch völlige T r e n n u n g d e r L e g i s l a t i v e u n d E x e k u t i v e und eine harmonische Verteilung der Macht unter beide zu erreichen. Sein erster Grundsatz ist deshalb der, daß die ausführende keinen Anteil an der gesetzgebenden Gewalt erhalten darf. Durch die schon erwähnten Maßnahmen der Teilung der Exekutive, Begrenzung der Amtsdauer, Wahl und Verantwortlichkeit der Beamten erreicht er die Herrschaft der gesetzgebenden Gewalt. „ eine völlige Unterordnung hält alle Teile der Gesellschaft zusammen; während die Bürger den Beamten gehorchen, sind die Beamten selbst der gesetzgebenden Gewalt unterworfen, die nichts ihr überlegenes oder selbst gleiches kennt und kennen darf.“¹⁰

Er trennt auch die r i c h t e r l i c h e G e w a l t scharf von der gesetzgebenden, da die unparteiische Ausführung der Gesetze nicht

gewährleistet wird, wenn der Gesetzgeber zugleich Richter ist.¹¹ Im übrigen bildet aber die richterliche keine besondere Gewalt im Staate, sondern ist nur ein Teil der Exekutive, bleibt allerdings gänzlich unabhängig.

Da das Volk allein souverän und der einzige Inhaber der Souveränität die gesetzgebende Gewalt ist, überträgt Mably diese dem Volke. Aber er ist ein Gegner der direkten, „reinen Demokratie“.¹² Er fürchtet die Leidenschaften, die Vernunftlosigkeit und Launenhaftigkeit des Pöbels. Das Beispiel der griechischen Geschichte lehrt, daß die Demokratie nur mit äußerster Vorsicht angewandt werden darf. In einem kleinen Staate macht die häufige Volksversammlung den Staat zügellos und zerstört durch ihre Leidenschaften die Exekutive; in größeren Staaten machen die Kosten die häufige Versammlung der Bürger unmöglich, und die Exekutive bemächtigt sich allmählich der ganzen Staatsgewalt. Er vertraut daher die Regierung nie der Menge an, da diese nur ihre eigenen Gesetze verachtet, die das Ergebnis von Ränken, Vorurteilen, Ueberstürzung oder Parteigeist sind. „Diese oberste Gewalt muß daher den Männern anvertraut werden, die jeder Stand gewählt hat, um ihn zu vertreten.“¹³ Er bekennt sich damit zum System der Volksvertretung. Er fordert nur eine einzige Kammer, billigt allerdings auch das Zweikammersystem.¹⁴ Er ist ein Kind seiner Zeit darin, daß er sich die Volksvertretung nur in Form von Generalständen vorstellen kann.

Wir wenden uns nun der näheren Ausgestaltung seines Verfassungssystems zu. Die klarste Vorstellung von ihren Einzelheiten erhalten wir aus den Denkschriften über die Regierung und die Gesetze Polens.¹⁵

Um die Legislative gegen die Uebergriffe der Exekutive wirkungsvoll zu schützen und sie ihrem Einflusse zu entziehen, will er ihr durch Festsetzung der Periodizität die Möglichkeit nehmen, das Zusammentreten der Volksvertretung nach ihrem Willen zu regeln.¹⁶ Er hält Abstände von 2 bis 3 Jahren für zweckmäßig, wenn in der Zwischenzeit jährliche Provinzialversammlungen die Exekutive ständig kontrollieren.

Um den Volksvertretern gegenüber den Leidenschaften der Bürger die nötige Majestät zu geben, sucht er ihnen eine gewisse

Würde zu verleihen, indem er sie während der Dauer der Session für heilig und unverletzlich erklärt und sie nur mit Erlaubnis der Kammer verurteilen läßt. Er fordert weiter, daß die Person des Abgeordneten untadelig sein und sein Mindestalter 30 Jahre betragen müsse. Er will ihnen keine Diäten gewähren, da ein Aufwand für Repräsentationszwecke nicht nötig sei. Ferner erklärt er ein Niederlegen des Mandates für unmöglich. Um die Anhäufung der Macht in den Händen weniger zu verhindern und zugleich den Wetteifer anzuspornen, verbietet er, daß ein Abgeordneter zweimal hintereinander oder zwei Blutsverwandte zur selben Zeit gewählt werden.

Er kennt kein a l l g e m e i n e s W a h l r e c h t. Er läßt keine Bürger zur Volksvertretung zu, die eine dienende Stellung einnehmen. Nur ein gewisser Grundbesitz berechtigt zur Wahl, da ein Grundbesitzer mehr Anteil an den Staatsgeschäften nimmt, als derjenige, der nichts besitzt und durch seine dienende Stellung unwürdig ist, die Gesetze eines freien Staates mitzubestimmen. „Denkt schließlich , daß die Politik zur Regierung des Staates nur Männer zulassen soll, die ein Erbteil besitzen; sie allein haben ein Vaterland.“¹⁷ „ die Handwerker leben nur von dem Gehalte, das sie von den Reichen empfangen, die sie beschäftigen, und die Arbeit muß notwendig ihre Seele herabwürdigen. Möge der Gesetzgeber sich daher hüten, ihnen die Bewahrung oder Verwaltung der Souveränität zu übertragen. Wenn das Gesetz sie zu freien Menschen erklärt, und aus ihnen Arten von Bürgern macht, so möge die Politik sie indes nur als Sklaven betrachten, die kein Vaterland haben und die nicht an den Versammlungen der Nation teilnehmen können.“¹⁸ Er tadelt daher die Verfassung Pennsylvaniens, die das Wahlrecht allen steuerzahlenden Bürgern gewährt, und lobt dafür die von Massachussets, die den Handwerkern keine Autorität gibt.¹⁹ Selbstverständlich schließt er die ganze Klasse der Bürger aus, die man Hefe des Volkes nennt. „Wäre es unter uns Neuere nicht unsinnig zu erwarten, in den Menschen Bürger zu finden, denen ihre äußerste Armut und die Verachtung der Reichen und Großen verbietet, frei zu sein und fast Menschen zu sein.“²⁰ Die Natur hat durch die ungleiche Verteilung ihrer Gaben selbst die Unterordnung vorbereitet und die Macht zu führen denen vorent-

halten, die geführt werden sollen. Der größte Teil der Menschheit altert in einer ewigen Kindheit des Verstandes und braucht die Regierung als Vormund. — Er bekämpft auch die *g e h e i m e* Wahl.²¹ Schon Cicero hat sie getadelt, da sie nur zu Ränken Anlaß gibt. Ebenso wenig wünscht er eine direkte Wahl. Er läßt die Abgeordneten durch die Provinzialversammlungen wählen, um eine bessere Auswahl zu sichern. „Die Provinzialstände werden selbst ihre Abgeordneten zu den Generalständen ernennen.“²²

Er wünscht weder zuviel noch zuwenig Abgeordnete, damit die Kammer nicht in Anarchie oder in Oligarchie ausartet.²³ 500 bis 600 Abgeordnete erscheinen ihm als Höchstzahl. Zur Vermeidung von Ränken und Käuflichkeit sollen die Polen nicht nach Abgeordneten, sondern nach Provinzen abstimmen.

Weiter verlangt er für die Nationalversammlung eine genaue *Geschäftsordnung*.²⁴ Er fordert z. B. von den Abgeordneten den Schwur auf die Grundgesetze; ferner sollen Ausschüsse aus je 1—2 Mitgliedern jeder Provinz die Vorstellungen und Bitten der ausführenden Gewalt und der einzelnen Provinzen untersuchen, somit die Würde der ausführenden Gewalt und der Provinzen wahren, aus ihren Kenntnissen Nutzen ziehen und sie zugleich zwingen, die Ueberlegenheit der Nationalversammlung anzuerkennen. Die Ausschußberichte sollen in der Kanzlei der Kammer niedergelegt werden, um sie allen Abgeordneten zugänglich zu machen. Nach 8 Tagen wird die erste Beratung, nach weiteren 8 Tagen die endgültige Abstimmung gestattet. Durch diese Langsamkeit will er dem Enthusiasmus und der Ueberstürzung Zügel anlegen. Er fordert öffentliche Abstimmung, da Geheimnis nur zu Ränken Anlaß gibt. Ferner verlangt er die Begrenzung der Sitzungsdauer, um Ermüdung und überstürzte Beschlüsse zu verhindern.

Unentbehrlich als Schutz gegen die Leidenschaften der Abgeordneten und zugleich als Verbindungsglied zwischen Volkssouveränität und Volksvertretung ist für ihn das *i m p e r a t i v e* *M a n d a t*, mit der Einschränkung, daß er nur das Recht der Gesetzesinitiative der Abgeordneten an Aufträge der Provinzialstände bindet, nicht jedoch ihre Freiheit, über eingebrachte Anträge abzustimmen.²⁵ Hierzu kommt er umso eher, als durch seine föde-

ralistische Einstellung die eigentliche souveräne Gewalt sich stark nach der Seite der Provinzialversammlungen verschiebt.

Er unterscheidet z. B. in Polen Provinzialversammlungen vor und nach der Nationalversammlung. Die Vorversammlungen sollen die Abgeordnete für diese wählen und ihre Instruktionen aufsetzen. Auf den Nachversammlungen sollen diese über ihre Haltung berichten und um Eintragung der neuen Gesetze in die Register der Provinzialversammlung ersuchen. Diese kann bei Widerspruch einen Untersuchungsausschuß einsetzen, und wenn dieser das Gesetz einstimmig verwirft und die nächste Vorversammlung zu demselben Ergebnis gelangt, kann sie Vorstellungen bei der nächsten Nationalversammlung erheben. Falls diese das Gesetz erneut annimmt, die Provinz aber bei ihrem Widerstande bleibt, soll sie unter Umständen von ihm ausgenommen werden. Damit legt Mably die Souveränität letzten Endes in die Hände der Provinzialversammlungen, denen er auch eine weitgehende innere Selbstverwaltung überläßt.

Das Mißtrauen gegen die ausführende Gewalt beherrscht die Verfassung Mablys.²⁶ Dies ist die Macht, die die gesetzgebende Gewalt für die Durchführung ihrer Beschlüsse den Beamten anvertraut. „Wenn man nicht einen ungeheuerlichen Körper, eine Art politischer Mißgeburt bilden will, ist es augenscheinlich, daß man nicht darum herum kann, Beamte oder Diener des Volkes hinsichtlich aller jener verschiedenen Bedürfnisse einzusetzen, und in der Verteilung dieser ausführenden Gewalt besteht die größte Geschicklichkeit der Politik.“²⁷ Die Beamten müssen der gesetzgebenden Gewalt unterworfen bleiben und gleichzeitig fähig sein, die Bürger zum Gehorsam zu zwingen, denn wenn sie eine zu ausgedehnte Gewalt erhalten, bedroht ihr Ehrgeiz die Freiheit des Volkes; ist ihre Gewalt zu schwach, sinken sie zum Spielball des Pöbels herab, und die Tyrannis oder Anarchie sind die Folge. Das Maß der Rechte und der Macht, die die Legislative der Exekutive anvertrauen soll, und deren Teilung erscheint ihm daher als das schwierigste Problem der Politik. Damit es den Beamten nicht gelingt, ihr Joch abzuschütteln, stellt er ihnen Kollegen zur Seite, die infolge ihrer eigenen Leidenschaften sich ihren Plänen widersetzen, so daß sich alle gegenseitig beobachten und in Schranken halten, und beschränkt er die Amtszeit, damit sie nicht

auf den Gedanken kommen können, ihre Macht dauernd zu erhalten. Die richtige Ordnung der einzelnen Zweige der Exekutive scheint ihm allein die Herrschaft der Gesetze über die Leidenschaften zu sichern. Die ausführende Gewalt ist in ebensoviele Zweige zu teilen, wie die Gesellschaft verschiedene Bedürfnisse hat. Die Amtsbereiche müssen deutlich voneinander abgegrenzt und jedem Beamten klar und bestimmt seine Pflichten zugewiesen werden. Weiter fordert er die Abschaffung aller überflüssigen Aemter und verlangt für außerordentliche Aufgaben die Wahl von außerordentlichen Beamten auf beschränkte Zeit. Die Wahl der Beamten durch die Legislative und ihre Verantwortlichkeit vor ihr soll ihre Abhängigkeit sichern. Selbstverständlich dürfen sie keinen Einfluß auf die Legislative erhalten. Sie können Vorstellungen erheben, aber keine Gesetzesanträge einbringen. Sie dürfen in der gesetzgebenden Versammlung nur auf Wunsch derselben erscheinen, um zu berichten, Rat zu erteilen, und Rechenschaft abzulegen. Das Hauptgewicht legt Mably auf die Abschaffung aller erblichen oder lebenslänglichen Aemter, da diese stets die Leidenschaften der Beamten mächtiger machen als die Macht der Legislative. „Ein Beamter, dessen Gewalt auf eine sehr kurze Zeit beschränkt ist, kann ohne Gefahr allmächtig sein, weil er sich nur das Gemeinwohl zum Ziel setzen wird. Ein lebenslänglicher Beamter beginnt seine Interessen von denen des Staates zu trennen. Man muß daher seine Macht beschränken. Ein erblicher Beamter wird gewissermaßen der Feind des Volkes“²⁸ Er verbietet daher streng, die Amtszeit eines Mannes zu verlängern. Er gewährt ihm lediglich die Aussicht, in einigen Jahren noch einmal die gleiche Würde zu bekleiden.

Diesen Grundsatz verläßt er allerdings für die k ö n i g l i c h e W ü r d e. Er verlangt deren Erblichkeit, da nur diese die Mißstände des Staates heilen, die Regierung befestigen und den Gesetzen Kraft geben könnte. „Das Königtum ist zweifellos ein Fehler in einer Regierung; aber welches dieser Fehler auch immer sei, er ist nötig in einem Volke, sobald es die ursprünglichen Gedanken von Einfachheit und Gleichheit, die die Menschen einstmals hatten, verloren hat und unfähig ist, sie zurückzugewinnen.“²⁹ Das erbliche Königtum braucht nicht stets zum Despotismus zu führen. Es hat im Gegenteil den Vorteil, daß es den Adel unterworfen hält und ihm die Möglichkeit nimmt, seinerseits nach dem Throne zu streben.

„..... das erbliche Königtum ist sogar ein Vorteil für das Volk, denn es trägt dazu bei, die Gleichheit unter den adligen Familien zu bewahren, und hält sie in der Unterordnung.“³⁰ Die Grundidee seiner Verfassung fordert, dem Könige nur einen Schatten von Macht zu lassen und ihn in die Unmöglichkeit zu versetzen, Geschöpfe unter den Bürgern zu kaufen. Deshalb gibt er ihm einen Führer in Gestalt des Senats und entblößt ihn aller wirklichen Macht. Er läßt ihm nur den Vorsitz der Senatsausschüsse und überträgt diesen die wirkliche Regierung. Der König erhält nur die Aufgabe, die Majestät des Staates zu repräsentieren. Mably bekämpft daher ganz entschieden eine Beteiligung des Königs an der Legislative in Form eines Vetorechtes. „.... ich mache darauf aufmerksam, daß der König von England, der das Vorrecht des Vetos hat, die gesetzgebende Gewalt, die die zu ihrer Sicherheit nötigen Gesetze nicht beschließen kann, hindert, aufhält und gefangen hält.“³¹ Andererseits billigt er unmittelbar danach das aufschiebende Veto des Präsidenten in Massachussets. Sein Verfassungsentwurf enthält zahlreiche Vorsichtsmaßnahmen, um eine Ausdehnung der königlichen Vorrechte zu verhindern. Dieser darf keine auswärtigen Gebiete in Personalunion besitzen, aus denen er die Mittel zur Unterjochung seiner Untertanen gewinnen könnte. Er soll nur eine bescheidene Zivilliste, aber keinen Grundbesitz und keine Domänen erhalten, da deren schwankende Einkünfte ihm bald zuviel, bald zuwenig einbringen und damit zu Mißständen führen würden. Vor allem will er nicht, daß der König einen Anteil an der Verwaltung der Finanzen hat. Die Nationalversammlung soll die Schulden des Königs nicht anerkennen. Dieser darf keinen Grundbesitz erwerben. Nicht sein Nachfolger, sondern der Staat soll seine Ersparnisse erben. Jener braucht andererseits seine Schulden nicht zu bezahlen. Den Söhnen des Königs gewährt Mably eine mäßige Erbschaft, den weiblichen Nachkommen eine Mitgift, die er dadurch gewinnt, daß er von den königlichen Einkünften den zehnten Teil zurückbehält und daraus einen Schatz bildet. Die Nachfolge regelt er nach dem salischen Gesetze, da die Frauen, die die Natur dazu bestimmt habe, einem Gatten untergeben zu sein, nicht geeignet seien, ein freies Volk zu regieren. Er will auch nicht, daß der König das Verfügungsrecht über die Gnaden, Gunstbeweise und Belohnungen des Staates behält. Er läßt alle militärischen und bürgerlichen Würden im Namen

des Fürsten, in Wahrheit durch die Volksvertretung oder den Senat verteilen. Bei den höheren Würden soll die Nationalversammlung, bei den niederen der Senat dem König drei Bewerber vorstellen, aus denen dieser einen auswählen kann; doch muß er einen zum dritten Male vorgeschlagenen Kandidaten endlich berücksichtigen. Die königlichen Vorrechte in der englischen Verfassung bilden für Mably einen ständigen Anlaß zum Tadel. Er rät, sie in seinem Sinne zu beschränken. „.... man muß dem König die Handhabung und die Verfügung nehmen über die Finanzen oder die Steuern, die man den Staatsbedürfnissen gewährt; die Macht, durch Verfügung über die Menschen und die Würden zu verderben; das Recht, Krieg oder Frieden zu machen, das ihn über die Milizen zu mächtig macht; und die Fähigkeit, das Parlament zu versammeln, zu trennen oder aufzulösen und bei der Bildung der Gesetze durch seine Zustimmung zu unseren Gesetzen mitzuwirken, was ihm ermöglichen würde, sie zu verletzen oder ihre Kraft zu umgehen.“³² Auf diese Weise behält der König nur noch einen Schatten von Macht, so daß selbst die Heiligkeit und Unverletzlichkeit seiner Person dem Staate nicht mehr schaden kann, sondern sogar geeignet ist, Ränken und Parteikämpfen zuvorkommen.

Wir haben es also hier mit dem machtlosen Könige eines parlamentarisch regierten Staates zu tun, denn die eigentliche ausführende Gewalt legt Mably in die Hände des *Senate*s, einer Art parlamentarischen Ministeriums.³³ Nach dem Vorbilde Spartas und Roms sieht er in ihm den wichtigsten Bestandteil der „gemischten Staatsverfassung“, die Königtum, Aristokratie und Demokratie im Gleichgewicht halten soll. Der König ist nur sein Präsident. Da er bei Selbstergänzung dieser Körperschaft eine Oligarchie, bei Ernennung durch den König, Ränke befürchtet, sollen die Senatoren und Minister von der Nationalversammlung gewählt und zur Rechenschaft gezogen werden. Aus Furcht vor ihrer überlegenen Erfahrung und ihrem Ansehen räumt er ihnen keinen Anteil an der Legislative ein. Der Senat ist lediglich das Organ der Gesetze und insofern kann nichts die Ausführung seiner Beschlüsse hindern. Er darf sogar im Notfall vorläufige Maßnahmen selbst treffen. Bei der Abstimmung entscheidet Stimmenmehrheit, bei Stimmengleichheit die Stimme des Königs. Die Beschlüsse werden mit den Unterschriften des Königs und des Fachministers veröffentlicht, selbst wenn beide

dagegen waren, da ihre Unterschrift keine Zustimmung, sondern nur ein Echtheitszeichen ist. Die eigentliche Verwaltung übergibt Mably 5 Ministerien oder Ratskollegien, deren Mitglieder 6 Senatoren sind, die auf 4 Jahre gewählt werden. An die Spitze dieser Räte stellt er einen Minister. Sie beschließen nach Stimmenmehrheit. Die 5 Kollegien sollen sich einmal die Wage halten und die gesetzgebende Gewalt vor Verschwörungen der Exekutive schützen, außerdem aber sollen sie alle Angelegenheiten gründlicher und aufmerksamer untersuchen als eine vielköpfige, mit ihren Leidenschaften beschäftigte Versammlung. Sie werden daher streng voneinander getrennt. Die endgültige Entscheidung erhält indes der vereinigte Senat aller 5 Räte. Derselbe Senator kann gleichzeitig nur einem Rate angehören. Diese Ministerien läßt Mably partiell erneuern, indem die Nationalversammlung alle zwei Jahre die Nachfolger für die 3 ältesten Mitglieder jedes Rates ernennt und die Minister aus der Zahl der gewesenen Senatoren wählt. Minister und Senatoren dürfen nach einer Pause von 2 Jahren in einen Rat zurückkehren. Durch die Möglichkeit der Wiederwahl soll der Wettbewerb angereizt und Ränken die Spitze abgebrochen werden. Die kurze Amtszeit soll ungeduldigen Ehrgeizigen die Hoffnung auf ein Amt belassen, die Gewöhnung daran verhindern und seine Vernachlässigung vermeiden, da niemand dem Staate sein ganzes Leben opfern kann. Mably will dulden, daß Abgeordnete in das Ministerium eintreten, und weist damit schon weit über seine Zeit hinaus die Bahnen des Parlamentarismus. Da bei Lebenslänglichkeit der Senatoren allmählich alle fähigen Bürger von der Legislative zur Exekutive übergehen und das Gleichgewicht des Staates zerstören würden, sollen sie nach Ablauf der Amtszeit wieder einfache Bürger werden. Mably setzt wieder die Geschäftsordnung dieser Ministerien genau fest. Sie sollen alle Beschlüsse in besondere Register eintragen, um dieselben Grundsätze und denselben Geist fortzupflanzen. Alle 10 Tage vereinigen sich die 5 Ministerien oder öfter, wenn die Geschäfte oder der König es fordern, zum Senat. Dieser genehmigt die Verordnungen der Minister nach Stimmenmehrheit unter Vorsitz des Königs. Die einzelnen Ministerien sollen vor Beginn der Parlamentssession ihre Denkschriften aufsetzen, die sie der Nationalversammlung unterbreiten.

Während der Session soll der Senat versammelt bleiben, um zur Verfügung der gesetzgebenden Versammlung zu stehen.

Das wichtigste Ministerium ist für Mably der *J u s t i z r a t*.³⁴ Wenige Gesetze genügen und diese müssen die Gleichheit erhalten. Er verlangt genaues Befolgen der Gesetze durch die Richter, die weder strenger noch nachsichtiger als jene richten sollen. Geheime Gesetze läßt er nicht zu. Alle Gesetze müssen unparteiisch sein. Die Todesstrafe behält er für Mörder und Vaterlandsverräther bei. Die übrigen Strafen stuft er nach den Verbrechen ab. Sie bestehen aus Gefängnis und Bußen. Er regelt genau den Rechtsgang. Zum Schutz der Unschuldigen setzt er die Unschuld der Angeklagten stets voraus. Er gestattet daher Verhaftung nur auf frischer Tat und verwirft die Untersuchungshaft ebenso wie die Tortur. Er verbietet Strafen ohne Urteile und Urteile ohne regelrechtes Verfahren, ebenso alle Ausnahmegerichte. Er verlangt Innehalten der Prozeßordnung und Oeffentlichkeit der Verfahren. Ein Richter, der im Geheimen verurteilt, ist in seinen Augen ein Mörder. Ein Verbrechen, das der Gesetzgeber nicht berücksichtigt hat, gilt ihm als straflos. Er tadelt die Verbannung von Verbrechern, da alle Völker sich dadurch gegenseitig verdürben. Er läßt auch die Güterbeschlagnahme nicht zu und verhängt Geldbußen nur, wenn Habsucht die Ursache des Verbrechens war. Weiter verwirft er auch die Gnadenbriefe als Eingriffe in den ordentlichen Rechtsgang. Er will das Verbrechen anstatt durch Strafen eher durch Belohnungen für die entgegengesetzten Handlungen bekämpfen. Er verlangt, daß den Uebeltätern die Möglichkeit zur Besserung gegeben werde. Da die Beamten selbst wachsam sein und alles selbst sehen sollen, verbietet er die Verwendung von Zwischenträgern und Spionen. Er fürchtet die Leidenschaften der Richter. Diese sollen daher dem Buchstaben des Gesetzes folgen und in Zweifelsfällen nicht selbst entscheiden, sondern die gesetzgebende Gewalt befragen. Er verwirft die gutsherrliche und geistliche Gerichtsbarkeit. Er hält die Geschworenengerichte für die weiseste Einrichtung zur Aufrechterhaltung der Gleichheit. Im übrigen verlangt er Wahl der Richter und Beschränkung ihrer Amtszeit. Für die einfachen Gesetze seines Staates hält er ein großes Studium für unnötig. Die Bildung eines körperschaftlichen Geistes unter den Richtern will er unter allen Umständen verhindern. — Da die Menschen nicht unfehlbar sind,

können sie nicht ins Unendliche weiter Berufung einlegen. Mably hält daher einen obersten Appellationsgerichtshof in jeder Provinz für genügend und verwirft ein königliches Hofgericht.

Sein zweites Ministerium bildet der Rat für auswärtige Angelegenheiten.³⁵ Seine Mitglieder läßt er aus den ehemaligen Botschaftern des Staates wählen. Diese werden von der Nationalversammlung ernannt. Nur außerordentliche und geheime Gesandte kann der Rat selbst ernennen. Dieser ist der Volksvertretung gegenüber zur Rechenschaftsablegung verpflichtet und darf ohne Befragen des Senats keine Instruktionen oder Befehle geben. König oder Senat schließen zwar die Verträge, aber die Nationalversammlung muß sie ratifizieren, da das Recht Verträge abzuschließen in den Augen Mablys ein wesentlicher Bestandteil der Souveränität ist.

Ein weiterer Zweig seiner Regierung ist der Polizeirat.³⁶ Dieser erhält von ihm einen sehr weiten Arbeitskreis. Er entspricht ungefähr einem modernen Innen-, Wirtschafts-, Wohlfahrts- und Kultusministerium. Ihm liegt der Wegebau, die Schiffbarmachung von Flüssen, die Aufsicht über die öffentliche Sicherheit ob. Weiter hat er die Aufgabe, Manufakturen anzulegen und zu fördern. Außerdem erhält er die Aufsicht über die Sitten, über die Erziehung, die Wissenschaft, die Kirche und die Schule. Die Einrichtung der Zensoren übernimmt Mably aus dem Altertum: jede Provinzialversammlung soll jährlich drei derselben wählen, die über die Schwachen, über die Ausführung der Luxusgesetze und über den Unterricht zu wachen haben.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt Mably dem Kriegsrat.³⁷ Er fordert das Volksheer, da die Menschen aus der Hefe des Volkes nur widerwillig und ohne innere Teilnahme Krieg führen, große stehende Heere die Staaten nur schwächen und Söldner stets ein Werkzeug der Unterdrückung durch die Exekutive sind. Daher läßt er nur die Bürger zu den Aemtern zu, die eine gewisse Anzahl von Jahren gedient haben. Jährliche Manöver sollen die Bürger in der Manneszucht erhalten. Da die allgemeine Wehrpflicht mit der Leibeigenschaft unvereinbar ist, will Mably einen freien Bauernstand schaffen. Er gibt der Nation allein das Recht der Kriegserklärung und die Entscheidung über das Eintreten des Bündnisses. Nur bei einem plötzlichen Einfall erlaubt er dem König,

nach einem Kriegsrath mit den Räten seines Außenministeriums und den Generälen, den Truppen den Befehl zu geben, den Feind zurückzuschlagen oder aufzuhalten. Auch dann muß er sofort eine außerordentliche Nationalversammlung berufen, denn im allgemeinen darf nur die Legislative über die Truppen verfügen. Der König erhält den Oberbefehl über diese nur durch ihren oder des Senates Auftrag. Er bleibt nur Herr über seine Ehrengarde und im Frieden der Inspektor des Heeres. Festungen und Munition gehören der Nation. Alle Offiziere werden von den Soldaten in geheimer Wahl bestimmt. Da die Truppen so ihren Sold und ihre Ernennungen von der Nationalversammlung erhalten und ihre Offiziere selbst wählen, kann der König nach Mablys Meinung keine gefährliche Macht mehr erwerben.

Mit großer Umsicht richtete er auch den Finanzrat ein.³⁸ Um die Staatsbedürfnisse niedrig zu halten, sollen die Beamten möglichst kein Gehalt bekommen. Der Staat soll nur die Steuern erheben, die die Oeffentlichkeit für unbedingt notwendig erklärt. Sie sollen sich möglichst auf eine direkte Grundsteuer beschränken. Unter Umständen kann eine Stempel- und eine städtische Verbrauchssteuer hinzugezogen werden. Die Eintreibung der Steuern vertraut Mably nicht Steuerpächtern an. Er verteilt sie prozentual auf die Provinzen und überläßt diesen die Art der Eintreibung. Der Schatzmeister jeder Provinz muß vor ihrer Verwaltung Rechnung ablegen und alle halben Jahre seinen Beitrag an den Hauptschatzmeister abführen, der seinerseits dem Senate und der Nationalversammlung Rechenschaft ablegen muß. Alle zwei Jahre, beim Zusammentritt der Nationalversammlung, muß ihr der Haushaltsplan mit allen ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben vorgelegt werden. Mably verbietet geheime Ausgaben. Jedes Ministerium erhält seinen eigenen Schatzmeister, der jährlich dem Hauptschatzmeister Rechnung ablegt. Dieser wieder rechnet alle zwei Jahre vor der Nationalversammlung ab. Für außergewöhnliche Ausgaben verlangt Mably außerordentliche Steuern. Ueberschüsse dürfen nicht aufgespart, sondern müssen sofort für öffentliche Arbeiten, Einrichtungen oder Belohnungen verbraucht werden. Unter keinen Umständen darf aus ihnen ein Staatsschatz gebildet werden, da dessen Bestehen den Staat nur zur Uebersteigerung seiner Kräfte, infolgedessen zu Anleihen und damit schließlich zum Untergang

führt. Für jede neue Steuer oder Steuererhöhung verlangt Mably ein neues Gesetz der Legislative. — Jede Provinz darf außer ihrem Beitrage zu den allgemeinen Steuern noch Sondersteuern erheben, die sie für nötig hält, z. B. um Wege und Brücken zu bauen. Bei gemeinsamen Unternehmen mehrerer Provinzen müssen diese selbst über ihre Anteile übereinkommen. Bei Streitigkeiten muß die Nationalversammlung als oberstes Schiedsgericht entscheiden. Keine Provinz darf eine andere durch eine Steuer schädigen. Daher verbietet Mably Zölle zwischen den einzelnen Provinzen.

Zur dauernden Erhaltung der Verfassung sieht er außerordentliche Beamte vor, die in bestimmten Zeiträumen, etwa alle 20 bis 25 oder alle 50 Jahre, bei jedem Regierungswechsel oder nach dem Ende jedes Krieges die Unverletztheit der Verfassung untersuchen, die Aenderungen prüfen und die ursprüngliche Verfassung wiederherstellen sollen.³⁹

In dieser Verfassung, die er die „gemischte Regierung“ (gouvernement mixte), die „gemäßigte Regierung“ (gouv. modéré oder tempéré) oder auch die „Regierung der Gegenkräfte“ (contreforces) nennt, sieht Mably allein das Heil der Gesellschaft.⁴⁰ Nur sie vereinigt alle Klassen im gleichen Mittelpunkte, nur in ihr halten sich alle Stände die Wage. Weder das Volk, noch die Großen, noch der Fürst ist mächtig genug, um die Gesetze parteiisch zu machen. Die Nation ist soweit wie möglich der natürlichen Gleichheit angenähert. Sie ist selbst Hüterin und Schützerin der Gesetze. Nur unter dieser Regierung bewahren die Bürger ihre Würde und finden in ihrer Freiheitsliebe die Gründe, das Gute zu lieben, und die Kraft, das Gute zu tun. Diese Regierung scheint geeignet, die Uebel des Grundeigentums und der Ungleichheit wiedergutzumachen. Die Leidenschaften der Fürsten sind im Despotismus, die der Großen in der Aristokratie, die des Volkes in der Demokratie zu frei. Daher sind alle diese Staaten ungerecht und opfern stets einen Teil des Volkes dem andern. Die Kräfte müssen sich das Gleichgewicht halten, damit die Bürger sich der natürlichen Gleichheit annähern und die Leidenschaften unterdrückt und durch das Gemeinwohl geleitet werden können. Jeder Bürger lebt dann im Schutze seines Standes und jeder Stand ist der Zensor der andern. Durch ihr gegenseitiges Mißtrauen halten sich alle in der Abhängigkeit der

Gesetze. In dem System der Gegenkräfte oder der Gewaltenteilung bedient sich also die Politik der Leidenschaften der einen, um die der andern zu bekämpfen. Es muß dem Nationalcharakter angepaßt sein und ist dann genau so beständig wie dieser. Es beraubt keineswegs die Gewalten ihrer Handlungsfreiheit, es verhindert nur, daß ihre Bewegungen krampfhaft, unüberlegt oder zu schnell sind. Es erreicht, daß die Macht der Gesetze der der Beamten überlegen bleibt, und daß die Gesellschaft auf die Schützer der Gesetze zählen kann. Das letzte Ziel der „gemischten Regierung“ besteht darin, jeden Bürger zu zwingen, sich nicht mit seinen eigenen Interessen zu beschäftigen, sondern sich mit denen der anderen auszusöhnen und am allgemeinen Wohle mitzuarbeiten. Sie ist daher das Ideal der Politik. „Was ich soeben über die Teilung der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt und im besondern über die Teilung dieser zweiten Gewalt in verschiedene Zweige gesagt habe, diese Theorie in die Praxis umgesetzt ist der Gipfel der politischen Vollkommenheit.“⁴¹

IV. Mablys Verhältnis zu den Zeitgenossen und den Quellen.¹

Es erhebt sich nun für den Historiker die interessante Frage nach den Quellen des soeben dargestellten Ideensystems Mablys. Da er seine Quellen selbst nie nennt, wird nur ein Vergleich seiner Lehren mit denen seiner wichtigsten Zeitgenossen und Vorgänger imstande sein, diese Frage zu lösen.

Am schnellsten läßt sich die Frage nach seiner allgemeinen philosophischen Stellung beantworten. Der von Locke ausgehende Sensualismus seines Bruders Condillac bildete auch die Grundlage seiner Philosophie.² Daher bekämpfte er die Lehren von den angeborenen oder göttlichen Ideen eines Descartes oder Malebranche.³

Eigenartig ist dagegen seine moralphilosophische Stellung. Mit den Materialisten teilt er den Sensualismus, die Selbstsucht als Grundprinzip des menschlichen Handelns und das eudämonistische Ziel der Moral: Tugend gleich Glück.⁴ Er bekämpft daher die Stoiker, die die Pflichten gegen die Mitmenschen, und die religiöse Moral Malebranches, die die gegen Gott denen gegen sich selbst voransetzen.⁵ Aber in der Ausgestaltung seiner positiven Morallehre trennt er sich von den Materialisten. Er bekämpft ihre und Mandevilles epikuäische Verherrlichung der Leidenschaften und der Sinnenlust. Da der Mensch eine Vereinigung von Geist und Stoff ist, muß gegen die materialistischen Triebe, die durch die Leidenschaften das Glück stören, ein ständiger Kampf geführt werden. Seine sensualistische Philosophie nimmt hier plötzlich eine rationalistische Wendung und bildet im Anschluß an Platon und die Stoa eine Tugendlehre aus, die ihr Ideal in der Selbstgenügsamkeit und im Maßhalten sieht.

Wie bei den Materialisten beruht auch bei ihm die Gesellschaftsmoral auf der Identität des allgemeinen und persönlichen Interesses. Aber bei jenen soll der Gesetzgeber durch Lenkung der Leidenschaften die Selbstsucht erfüllen, bei ihm die Pflege der Tugenden die geselligen Eigenschaften entwickeln. Auch sein Verhältnis zur Religion ist ein anderes. Wie sie und wie Shaftesbury lehrt auch er die Unabhängigkeit der natürlichen Moral von der Offenbarungsreligion. Aber er mißbilligt ihren Kampf gegen diese, bekämpft den Atheistenstaat Bayles als größte Gefahr für die Gemeinschaft und den Deismus als verderblich für das Volk. Er tordiert daher eine gemäßigte Offenbarungsreligion zur Unterstützung der Moral.

Aehnlich wechseln Uebereinstimmungen und Gegensätze zwischen ihm und den Physiokraten.⁶ Den gemeinsamen Ausgangspunkt bilden wieder den Sensualismus, der Egoismus, der Eudämonismus, die Unabhängigkeit von der religiösen Moral. Die Verbindung des persönlichen und des allgemeinen Interesses aber geschieht auf verschiedene Weise: bei den Physiokraten durch die „natürliche Ordnung“, die das Grundeigentum sichert, bei Mably durch die Gütergemeinschaft, die es verwirft. Der Führer dazu ist in einem Falle die „Evidenz“, im anderen Falle die Vernunft, gleiche Dinge unter verschiedenen Namen. Ein weiterer Unterschied liegt in den Gründen, die zur Errichtung der Gesellschaft führten. Die Physiokraten sehen sie im Schutz des Eigentums, Mably in den geselligen Trieben des Menschen, deren Ursprünglichkeit neben den egoistischen Trieben schon Pufendorf und Shaftesbury gelehrt hatten. Ferner sehen die einen das Glück im Reichtum und glauben an eine natürliche Ungleichheit, Mably sieht es in der Tugend und glaubt an eine natürliche Gleichheit. Mit den Physiokraten verbindet ihn der Gegensatz zum Merkantilismus. Aber ihrer absoluten Freiheit in Handel und Gewerbe und dem privaten Grundeigentum setzt er eine einheitlich genormte gesellschaftliche Ordnung und die Gütergemeinschaft entgegen. Auch die Forderung einer einzigen Grundsteuer verbindet beide Lehren. Aber die Gründe sind verschieden. Bei den Physiokraten entspringt sie der Lehre vom Reinertrage, bei Mably der Ansicht, daß dem Arbeiter von seinem sauer verdienten Lohne nichts genommen werden dürfe. Auch der Kampf gegen den Luxus hat in beiden Lehren verschiedene

Gründe: Die Physiokraten fürchteten seine Arbeitsfeindlichkeit, Mably seine Unterstützung der Leidenschaften. Ebenso verdammen beide aus verschiedenen Gründen die Kolonien: die einen, weil sie alle Arme zu Hause nötig haben, der andere, weil er in der Fremde Verderbnis der Sitten befürchtet.

Aber am größten ist der Gegensatz in der politischen Ordnung. Die Physiokraten suchen die Regierung zu errichten, die die beste Ordnung zur Erzeugung und Verteilung des Reichtums darstellt, Mably dagegen diejenige, die die Leidenschaften am besten im Zaume halten und die Tugenden pflegen und damit das Glück erreichen kann. Daher sehen jene ihr Ideal im „legalen Despotismus“, dem durch die „Evidenz“ oder Notwendigkeit der „natürlichen Ordnung“ geleiteten Absolutismus, in dem Legislative und Exekutive vereinigt und nur von der Judikative getrennt sind. Die Legislative hat die „natürliche Ordnung“ zu entdecken, die Exekutive sie auszuführen. Beide bilden daher nur eine Gewalt, die der „Evidenz“, und es wäre unsinnig, die Exekutive zu teilen, da es unter der Herrschaft der „Evidenz“ nur eine Meinung geben darf. Demgegenüber trennen die Physiokraten folgewidrig im Widerspruch zur Macht der „Evidenz“ die richterliche Gewalt ab, weil die Gesetze nicht genügend Ansehen hätten, wenn die Richter nicht unabhängig vom Gesetzgeber wären. Diese Verfassungsform bekämpft Mably ganz leidenschaftlich.⁷ Der Lehre von der „Evidenz“ setzt er die von den Leidenschaften, dem „legalen Despotismus“ die „gemischte Regierung“ entgegen, eine Verfassungsform, die im Anschluß an Platos „Gesetze“ und antike Verfassungen Monarchie, Aristokratie und Demokratie vereinigen soll. Die Verbindung von Legislative und Exekutive bekämpft er durch Lockes Lehre von der Gewaltenteilung, und gerade die richterliche Gewalt verschmilzt er mit der ausführenden. Das Vorbild der Physiokraten ist China, das Mablys die Antike, Schweden, Amerika und die Schweiz.

Ein kurzer Blick muß hier noch auf sein Verhältnis zu einem anderen sozialistischen und kommunistischen Utopisten dieser Zeit geworfen werden, nämlich zu Morelly.⁸ Auch bei diesem ist der Ausgangspunkt wieder die Selbstsucht und die Identität des allgemeinen und persönlichen Interesses. In seinem „Gesetzbuch der Natur“ von 1755 fordert er ebenso wie Mably die Gütergemeinschaft, da die zum Laster entartete Selbstsucht das Eigentum ge-

schaffen und die Ordnung gestürzt habe. Mably hat aber seine kommunistischen Ideale bereits früher ausgesprochen und entnimmt diese auch ganz deutlich dem „Staat“ Platons und der Verfassung Lykurgs.⁹ All die kommunistischen Utopien dieser Zeit lehnen sich gleichmäßig an die Antike an, so daß kaum gegenseitige Beeinflussung, höchstens eine Anregung vorliegen dürfte. Die Sittenstrenge Mablys sticht übrigens von dem Hedonismus Morellys stark ab.

Ein Vergleich zwischen Platons „Gesetze“ und Mablys Buch „Von der Gesetzgebung“ zeigt sofort den Grad der Uebereinstimmung. Beide gehen vom Kampf aller gegen alle aus, von der Lehre, daß „im staatlichen wie im privaten Leben“ „alle Feind mit allen“ sind, „ja sogar jeder einzelne mit sich selbst“ ist.¹⁰

Aus diesem verfassungslosen Urzustande lassen beide schließlich durch einen Herrschaftsvertrag den Staat entstehen.¹¹ In diesem Staate sollen weder Willkür und Knechtschaft wie in einer Monarchie, noch Gesetzlosigkeit und Anarchie wie in einer Demokratie herrschen, sondern die Gesetze, deren Herrschaft am besten durch eine Mischung des monarchischen, aristokratischen und demokratischen Elements wie in Sparta gesichert wird.¹² Daher sagt Plato: „ vielmehr ist die Herrschaft des Gesetzes, sofern sie auf freiwilligem Gehorsam beruht, die naturgemäße, nicht aber die auf Gewalt beruhende.“¹³

Sowohl Platon als Mably lehren, daß das Ziel der Gesetze die Herrschaft der Tugenden sein muß, besonders der hauptsächlichsten von ihnen: Einsicht, Besonnenheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit; denn die menschlichen Güter kommen erst an zweiter Stelle.¹⁴ So meint Plato: „Ginge es nach meinem Wunsch, so müßten die Bürger zur größten Willfähigkeit gebracht werden, sich dem Gebote der Tugend unterzuordnen, und es liegt am Tage, daß der Gesetzgeber bei seinem Werke immer bestrebt sein muß dies zu erreichen.“¹⁵

Als bester Staat gilt bei Platon wie bei Mably der der Gütergemeinschaft. „Der erste Staat und die erste Verfassung und die besten Gesetze finden sich also da, wo jenes alte Wort so stark wie möglich im gesamten Staate zur Geltung kommt, ich meine das Wort, das unter Freunden in Wahrheit alles gemeinsam sei.“¹⁶ Aber auch Platon hält diese Verfassung in seiner Zeit für unmöglich:

„Zuerst soll man Land und Wohnstätten verteilen, und den Ackerbau nicht gemeinschaftlich betreiben; denn eine solche Forderung würde sich nicht vertragen mit der jetzigen Menschenwelt und ihrer Erziehung und Bildung.“¹⁷

In diesem zweitbesten Staate regelt nun Platon das gesamte bürgerliche Leben gesetzlich, um das Glück der Bürger zu sichern. „Was wir aber mit unseren Gesetzen beabsichtigten, war dies, daß die Bürger so glücklich wie möglich und so befreundet wie möglich miteinander sein sollen.“¹⁸ So regelt er wie Mably die Geldwirtschaft wegen der Schädlichkeit des Reichtums,¹⁹ die Wahl der Beamten zur Sicherung der Gleichheit und Gerechtigkeit²⁰ und die Erziehung zur Erzielung wahrer tugendhafter Bürger.²¹ Ferner fordert er ebenso wie dieser kriegerische Ausbildung der Bürger,²² verpönt er Handwerk und Handel,²³ ordnet er die Rechtspflege,²⁴ und verlangt er Strafen für Glaubensvergehen und Privatreligionen.²⁵ Beide beschränken das testamentarische Verfügungsrecht und regeln die Erfolge gesetzlich²⁶ und beide erklären den Verkehr mit fremden Staaten für gefährlich.²⁷

Kurz, in Platons „Gesetze“ findet sich bereits die gesetzliche Regelung des gesamten bürgerlichen Lebens, die Mably in seinem Buche „Von der Gesetzgebung“ trifft, in allen wesentlichen Zügen vorgebildet.

Von entscheidender Wichtigkeit für die Beurteilung der Originalität Mablys ist das Verhältnis seiner Staatstheorien zu denen Montesquieus und Rousseaus. Selbstverständlich hat Montesquieu auf ihn gewirkt, aber abgesehen davon, daß gewisse Ähnlichkeiten auf gemeinsame Quellen, nämlich Locke und Sidney, zurückgehen können, ist doch seine Gesamtkonzeption von der Montesquieus wesentlich verschieden.²⁸ Ein genauer Vergleich beider Lehren wird die Unterschiede zeigen. Um sie kurz zu charakterisieren, wird man sagen dürfen, daß der Graf als Vertreter der Privilegierten das absolute Königtum bekämpft, um die Vorrechte des Adels, der Geistlichkeit und der Parlamente zu erhalten oder wiederherzustellen,²⁹ während der Abbé als Vertreter des dritten Standes zugleich Absolutismus und Privilegierte bekämpft, um die Souveränität der Generalstände in neuen Formen herzustellen.

Bereits in den Grundlagen ihrer Lehre gehen beide auseinander. Montesquieu kennt vier natürliche Gesetze, die die Men-

schen beherrschen: den Friedenstrieb, den Nahrungstrieb, den Geschlechtstrieb und den Geselligkeitstrieb. Mably läßt nur ein einziges Gesetz gelten: das Streben nach Glück.³⁰

Montesquieu lehrt, daß die Menschen sich aus einem ursprünglichen Friedenszustande heraus zur Gesellschaft zusammengeschlossen hätten, daß dann erst der Krieg aller gegen alle begonnen hätte und nun Gesetze und Beamte eingesetzt werden mußten. „Sobald die Menschen in der Gesellschaft sind, verlieren sie das Gefühl ihrer Schwäche; die Gleichheit, die unter ihnen war, hört auf, und der Kriegszustand beginnt.“ Unser Philosoph im Gegenteil nennt das goldene Zeitalter eine „Träumerei von Dichtern“, führt die gleichzeitige Bildung der Gesellschaft und der Gesetze auf den Ueberdruß des Kampfes aller gegen alle zurück und leugnet, daß die Gleichheit damit aufhöre.³¹

Eine der Grundlehren des „Geist der Gesetze“, die Lehre, daß die Gesetze dem Klima angepaßt sein müßten, bekämpft er wiederholt und verlangt Anpassung an den Volkscharakter und die Leidenschaften.³²

Der Einteilung in republikanische, monarchische und despotische Verfassungen gegenüber behält er die alte aristotelische Einteilung in Monarchie, Aristokratie und Volksregierung im wesentlichen bei.³³

Er tadelt wiederholt die „reine Demokratie“, besonders die Athens, während Montesquieu gerade diese lobt, und behandelt die Verfassung Roms als Beispiel der „gemischten Regierung“, sein Vorgänger diese als Beispiel der Aristokratie.³⁴ Ganz scharf scheiden sie sich, wenn Montesquieu das alte ständische Frankreich mit seinen „Zwischengewalten“ (Adel, Geistlichkeit, Städten und Parlamenten) als Vorbild der Monarchie hinstellt und die Erhaltung der Vorrechte, der Patrimonial- und geistlichen Gerichtsbarkeit fordert. Mably hatte ein ganzes historisches Werk, die „Bemerkungen über die Geschichte Frankreichs“ geschrieben, um die Unrechtmäßigkeit der Ansprüche der Privilegierten darzulegen und ihnen gegenüber die Generalstände, die der „Geist der Gesetze“ überhaupt nicht erwähnt, als allein berechtigten Inhaber der souveränen Gewalt nachzuweisen.³⁵

Auch eine weitere Grundlehre des „Geist der Gesetze“, die von den Prinzipien jeder Regierung, der Tugend für die Demokratie,

der Mäßigung für die Aristokratie, der Ehre für die Monarchie und der Furcht für die Despotie, erkennt er nicht an, sondern lehrt, daß alle Regierungen durch die Leidenschaften bedroht seien und die Tugend daher überall nötig sei.³⁶ Aus dieser Prinzipienlehre folgert Montesquieu, daß die Gesetze der Erziehung und der Gesellschaft dem jedesmaligen Prinzip angepaßt sein müßten. „Wir haben gesehen, daß die Gesetze der Erziehung sich auf das Gesetz jeder Regierung beziehen müssen. Diejenigen, die der Gesetzgeber der ganzen Gesellschaft gibt, tun das gleiche.“ Demgegenüber fordert der Abbé, daß jede Erziehung Gleichheit erzeugen und die Moral pflegen müsse, alle Gesetze die Gleichheit fördern und Habsucht und Ehrgeiz bekämpfen müssen.³⁷

Ganz scharf trennt ihn die Stellung zum Adel von Montesquieu, der die Erblichkeit in der Monarchie fordert, die Parlamente und hohe ständische Magistratur erhalten will und sogar die Käuflichkeit der Aemter lobt, während er stets die Erblichkeit als Uebel bezeichnet, Teilung der Gewalt der Beamten und Wahl derselben auf Zeit verlangt.³⁸

Ebenso starke Abweichungen finden sich in der Rechtspflege. Zwar fordern beide Abschaffung der Tortur und Anpassung der Strafen an die Verbrechen.³⁹ Aber Montesquieu verlangt ausdrücklich für Frankreich berufsmäßige Richter, gibt dem Könige das Begnadigungsrecht und will Abstufung der Rechtsprechung nach den Ständen, während Mably Wahl der Richter fordert, Gnadenbriefe bekämpft und Unparteilichkeit der Gesetze verlangt.⁴⁰

Die ganze Gesetzgebung unterscheidet sich durch ihr Ziel: Mably will durch sie die Gleichheit errichten: „Es gibt einen unfehlbaren Beweis, um über die Weisheit eines Gesetzes zu urteilen: er besteht darin, sich zu fragen, ob das vorgeschlagene Gesetz danach strebt, mehr Gleichheit unter die Bürger zu bringen.“ Montesquiueus Ziel dagegen ist die Freiheit: „Die Freiheit der Bürger hängt hauptsächlich von der Güte der Kriminalgesetze ab.“⁴¹ Das hindert nicht, daß in Einzelforderungen, die im wesentlichen in England schon verwirklicht worden waren, die Philosophen sich begegnen. Auch Montesquieu verlangt Sicherung der Unschuld, Anpassung der Strafen an die Vergehen und verwirft Ausnahmegerichte.⁴² Ebenso erkennt er die Notwendigkeit der Todesstrafe für Mörder an, aber ganz anders als später Mably läßt er sie auch für Eigentumsvergehen

zu: „Aber da es diejenigen sind, die keine Güter haben, die am liebsten diejenigen der anderen angreifen, mußte die körperliche Strafe die geldliche ersetzen.“⁴³ Zwar sieht auch er aus politischen Gründen am liebsten nur eine Religion im Staate, möchte die Entstehung neuer verhindern und nur die schon vorhandenen dulden, aber er läßt im Gegensatz zu Mably Verbrechen gegen die Religion nur durch die Kirche ahnden.⁴⁴

Er verteidigt den Luxus und in seinem Gefolge die Sittenlosigkeit in Monarchien, während der Abbé beides scharf verurteilt.⁴⁵

Selbst in einer Frage, wie die der weiblichen Thronfolge, weichen beide voneinander ab. Montesquieu sagt: „Es ist gegen die Vernunft und gegen die Natur, daß die Frauen Herrinnen im Hause sind, , aber es ist es nicht, daß sie ein Reich regieren.“ Mably meint: „Frauen sind nicht geschaffen, um über ein Volk zu regieren, das frei sein will, weil die Natur sie bestimmt, sogar im Schoße jeder Familie einem Gatten untergeben zu sein.“⁴⁶

Aus ihrer verschiedenen Grundlehre ergibt sich auch die verschiedene Ansicht über die Verderbnis der Regierungen, die der eine in der Verderbnis der Regierungsprinzipien, der andere in der falschen Verteilung der Gewalten durch die Grundgesetze sieht: „Wenn sie fehlerhaft sind“, sagt Mably, „wenn sie nicht der Natur des menschlichen Herzens und der Gesellschaft angepaßt sind, ist man berechtigt, sie als die Ursache aller Unordnungen des Staates zu betrachten.“ Der Edelmann dagegen behauptet: „. . . . die Monarchien werden verdorben, wenn man allmählich die Vorrechte der Körperschaften und die Privilegien der Städte wegnimmt.“⁴⁷

In einer Frage ist allerdings Mably derselben Ansicht wie Montesquieu. Dieser erkennt an, daß große Staaten nicht für Republiken geschaffen sind und fordert ihre Auflösung in Föderativstaaten: „Es ist eine Gesellschaft von Gesellschaften, die daraus eine neue bilden, die sich durch neue Teilhaber vergrößern kann, die ein Bündnis geschlossen haben.“ Mably geht nur noch über ihn hinaus, indem er die Auflösung für alle großen Staaten verlangt: „Eure Gesetze werden mehr oder weniger weise sein, je nach dem sie mehr oder weniger geeignet sein werden, euch mit euren Nachbarn zu vereinigen, derart, daß ihr nur eine Föderativrepublik bildet: Das ist der höchste Grad der Vollendung, zu dem die Politik sich erheben kann.“⁴⁸ Selbst die Begründung, daß diese Staaten nach

außen stark und im Innern unverdorben sein würden, ist bei beiden die gleiche.

Der eigentliche Gegensatz beider Verfassungslehren beruht auf der Verschiedenheit ihrer Stellung zur Freiheit und zur Gleichheit, zu den privilegierten Ständen und Körperschaften und der Volkssouveränität. So sieht Montesquieu sein Ideal in der von Mably dauernd bekämpften englischen Verfassung: „Es gibt auch eine Nation in der Welt, die die politische Freiheit zum direkten Ziele ihrer Verfassung hat.“⁴⁹

Montesquieu kennt drei Gewalten im Staate, die gesetzgebende, die ausführende und die richterliche, deren scharfe Trennung er verlangt. Allerdings verschwindet die richterliche Gewalt im weiteren Verlaufe seiner Darstellung, um durch eine neue, die regelnde Gewalt ersetzt zu werden: „Von den drei Mächten, von denen ich gesprochen habe, ist diejenige zu richten gleichsam null. Es bleiben nur zwei, und da sie eine regelnde Gewalt brauchen, um sie zu mäßigen, ist der Teil des gesetzgebenden Körpers, der aus den Adligen zusammengesetzt ist, sehr geeignet, diese Wirkung hervorzubringen.“⁵⁰ Mably kennt ebenfalls die drei Gewalten, trennt jedoch die richterliche nicht von der ausführenden Gewalt.⁵¹

Der Ursprung der Gewaltentrennung liegt bei dem Verfasser des „Geist der Gesetze“ in den gegebenen Verhältnissen, dem Vorhandensein von Königtum, Oberhaus und Unterhaus, bei unserem Autor dagegen in der Lehre von der Volkssouveränität und der Angst von den Uebergriffen der Exekutive.⁵²

Die richterliche Gewalt soll bei Montesquieu durch Geschworene ausgeübt werden. Zwar billigt auch Mably einmal die Geschworenengerichte, kennt aber im übrigen nur Richter, die vom Volke auf Zeit gewählt werden.⁵³

Beide übertragen die gesetzgebende Gewalt einer Volksvertretung, doch begründet Montesquieu dies mit der Unfähigkeit des Volkes, die Geschäfte zu erörtern, Mably damit, daß die Menge launenhaft und leicht beeinflußbar sei.⁵⁴ Im Gegensatz zu seinem Vorgänger verlangt unser Philosoph das imperative Mandat: „Möge er (der Abgeordnete) also nur soweit eine Forderung stellen können, als er durch seine Instruktionen hierzu berechtigt sein wird.“⁵⁵

Der „Geist der Gesetze“ fordert direkte Wahl und beschränktes Stimmrecht. Mably dagegen läßt die Wahl indirekt,

durch die Provinzialstände vornehmen und beschränkt das Wahlrecht noch schärfer.⁵⁶

Das erbliche Oberhaus dient im Grunde nur dazu, den Adel aus dem Volke herauszuheben. Die regelnde Wirkung hat Montesquieu erst nachträglich erfunden. Mably billigt nur gelegentlich einmal die — natürlich nicht erbliche — zweite Kammer in amerikanischen Staaten.⁵⁷

Er legt auch die ausführende Gewalt nicht in die Hand eines Königs allein, sondern in die des Senats, dessen Vorsitzender der König nur ist. Daraus erklärt sich seine scharfe Kritik an den königlichen Vorrechten der englischen Verfassung.⁵⁸

Er tadelt es daher, daß der König das Berufungs- und Auflösungsrecht hat, das Recht an der Gesetzgebung durch Zustimmung und Veto mitzuwirken — höchstens einem auf Zeit gewählten Präsidenten würde er ein suspensives Veto überlassen, — und daß das englische Parlament keine Aktivresolution treffen, d. h. Krieg, Frieden und Bündnisse beschließen und Beamte ernennen und entlassen darf.⁵⁹

Beide lassen dem Könige keine Gesetzesinitiative und verlangen Ministerverantwortlichkeit. Mably kritisiert aber an England, daß dies hier nicht genüge, da der König statt des Parlamentes die Minister ernenne und sie mit Hilfe seiner Vorrechte und seiner Reichtümer immer retten könne.⁶⁰

Montesquieu macht die Person des Königs unverletzlich und geheiligt, damit der gesetzgebende Körper nicht tyrannisch wird. Mably tut das gleiche, um Ränken die Spitze abzubrechen, aber erst nachdem er dem Könige alle Vorrechte genommen hat. Er übersieht allerdings, daß auch Montesquieu schließlich die Macht in die Hände des Parlaments legt, da er diesem das Recht überläßt, die Steuern und das Heer zu bewilligen.⁶¹

Obwohl dann beide im Gedanken des Volksheeres sich begegnen, den Mably nur noch schärfer vertritt, verstößt es wieder entschieden gegen seine Ansicht, daß die Exekutive die Verfügung über das Heer behält.⁶²

Bei soviel Verstößen gegen seine Lehre von der völligen Gewaltentrennung sind Mablys wiederholte scharfen Urteile über die englische Verfassung nicht verwunderlich: „Der König kann viele Dinge ohne das Parlament, das Parlament im

Gegenteil kann nichts ohne den König. Wo ist also dieses Gleichgewicht, dem man so heilsame Wirkungen beimißt? Der König kann die Wirkungskraft des Parlamentes aufheben, und das Parlament kann den König nicht zwingen, seine Zustimmung zu den Gesetzentwürfen zu geben, die man ihm vorschlägt. Welches ist also ihre Gleichheit? — Wie kann es einem Staate nicht schädlich sein, daß die gesetzgebende Gewalt, die dessen Seele sein soll, der ausführenden Gewalt untergeordnet ist.“⁶³ Tatsächlich kann man bei Montesquieu kaum von einer Gewaltentrennung sprechen, allenfalls von einer Hemmung oder Verteilung der Gewalten.

Wenn Montesquieu dann weiter davon spricht, daß sich aus den freien germanischen Stämmen nach der Völkerwanderung durch Entartung die gotische Regierung, die beste Regierung, gebildet habe, so widerspricht dem Mably, der in dem Feudalstaat die schlechteste aller Regierungen sieht, auf das entschiedenste. Montesquieu sagt: „Und es ist bewundernswert, daß die Verderbnis der Regierung eines erobernden Volkes die beste Regierungsform gebildet hat, die die Menschen haben erdenken können.“ Dagegen bezeichnet Mably den Feudalstaat als „eine widernatürliche, jede Ordnung und jede Verfassung zerstörende und den allgemeinsten Begriffen der Gesellschaft entgegengesetzte Regierung.“⁶⁴

Wir haben damit die völlige Verschiedenheit der Staatsanschauung beider Denker kennengelernt und begreifen nunmehr, wie Mably zu folgendem Urteil kommt: „Der Geist der Gesetze hat viele Fehler, die Grundgedanken seines Systems sind falsch.“⁶⁵

Am schwierigsten gestaltet sich die Beurteilung des Verhältnisses von Rousseau und Mably. Manche Forscher haben ihn zu seinem Schüler machen wollen.⁶⁶ Sie stützten sich auf eine Stelle im zwölften Buche der „Bekenntnisse“.⁶⁷ Hier erklärt Rousseau, daß die Beziehungen, die er mit Mably gehabt habe, nie sehr eng gewesen seien. Dieser sei eifersüchtig auf ihn geworden, sobald er berühmt wurde. Die „Unterhaltungen mit Phocion“ seien nur ein Sammelwerk aus seinen eigenen Schriften. Aber diese Anklagen gehen bereits vom verbitterten Rousseau aus. Bis 1764 scheinen die Beziehungen freundlicher gewesen zu sein. Im neunten Buche der „Bekenntnisse“ erzählt Rousseau, daß er es auf Rat Mablys unternahm, die Gedanken des Abbés St.-Pierre zusammenzufassen.⁶⁸ In einem Briefe vom 28. Mai 1764 an den Fürsten von Württemberg

nennt er ihn einen Schriftsteller, der durch verschiedene sehr gute politische Werke bekannt sei, und sagt weiter, wenn auch der Abbé Mably ein rechtschaffener Mann voll sehr gesunder Ansichten sei, so sei er doch überrascht gewesen, ihn im „Phocion“ zu einer so reinen und erhabenen Moral sich erheben zu sehen.⁶⁹ Demgegenüber zeichnet sich Mablys Kritik am toten Rousseau bei aller Schärfe — er wirft ihm Paradoxie, Unordnung, Urteilslosigkeit, Widersprüche und Unausgeglichenheit vor — durch das Bestreben aus, seinem Geiste gerecht zu werden. „. . . .; aber ich will keine Gelegenheit verlieren, einem Manne Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, den ich gekannt habe, den ich geliebt habe, der das Unglück gehabt hat, einen irregeleiteten Verstand zu haben; aber nicht das, bössartig, ungerecht und verleumderisch zu sein.“⁷⁰

Man lehnt heute einen Einfluß Rousseaus auf Mably im allgemeinen ab oder nimmt allenfalls an, daß dieser wechselseitig gewesen ist.⁷¹ Ein Vergleich ihrer Lehren wird die Berechtigung dieses Urteils zeigen.

Tiefste Gegensätze trennen beide Männer. Der Bürger des kleinen Genf sieht in der Demokratie sein Ideal und verherrlicht seine Vaterstadt.⁷² Der Untertan der großen französischen Monarchie dagegen erstrebt die „gemischte Regierung“ Spartas und Roms und findet Ausdrücke schärfsten Tadels für den französischen Absolutismus.⁷³ Verstandesklar suchen seine Lehren logisch auf historischer Grundlage aufzubauen; die übersprudelnde Einbildung Rousseaus dagegen erhebt intuitiv gefühlsmäßig ihre subjektive Vorstellung zur allgemeinen Norm. Daher trennt beide Männer, trotz einigen anscheinenden, oberflächlichen Uebereinstimmungen, eine tiefe Kluft.

Von Rousseaus politisch bedeutsamen Schriften ging nur der „Discours sur l'inégalité“ von 1755 dem für Mablys politische Ansichten entscheidenden Werke „Ueber die Rechte und Pflichten des Bürgers“ von 1758 vorher.⁷⁴ Rousseaus Auffassung über die Entstehung der Gesellschaft ist von der unseres Philosophen völlig verschieden. Auch Rousseau geht von einem Naturzustande aus, den er aber für imaginär erklärt, während Mably ihn für historisch hält.

Rousseau behauptet nun, daß die Natur die Geselligkeit nicht begünstigte, daß daher die Menschen weder gut noch böse, weder laster- noch tugendhaft waren und der Naturzustand am ge-

eignetsten für den Frieden war. Denn der Mensch, dem die Natur außer der Selbstsucht das Mitleid beigegeben habe, hätte nach dem Grundsatz gehandelt: „Sorge für dein Wohl mit so geringem Uebel für andere wie nur möglich ist.“ „Schließen wir daraus, daß der wilde Mensch, — in den Wäldern umherirrend ohne Industrie, ohne Wort, ohne Wohnung, ohne Krieg und ohne Liebschaften, ohne ein Bedürfnis nach seinesgleichen, wie ohne einen Wunsch, ihnen zu schaden, vielleicht sogar, ohne jemals irgend einen persönlich wiederzuerkennen, — wenig Leidenschaften unterworfen und sich mit sich selbst begnügend, nur die Gefühle und die Einsicht hatte, die diesem Zustande angemessen sind, daß er nur seine wahren Bedürfnisse fühlte, nur das betrachtete, das zu sehen er Nutzen zu haben glaubte, und daß sein Verstand nicht mehr Fortschritte als seine Eitelkeit machte.“⁷⁵ Der erste Schritt zur Ungleichheit geschah nach Rousseau nicht durch die natürliche Ungleichheit, sondern durch die Schaffung des Grundeigentums. „Der erste, der, nachdem er ein Gebiet eingezäunt hatte, sich herausnahm zu sagen, das gehört mir, und Leute fand, die töricht genug waren, es zu glauben, war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft.“⁷⁶ Die Schaffung des Eigentums ging nach Rousseaus Ansicht der Gründung der Gesellschaft voraus. Die Kultur entwickelte sich allmählich und in ihrem Gefolge entstanden Eigentum und Ungleichheit. „Die Metallkunde und der Ackerbau waren die beiden Künste, deren Erfindung diese große Umwälzung hervorbrachte.“⁷⁷ Erst jetzt entstanden die Regeln der Moral und der Justiz. Nun machte sich auch die natürliche Ungleichheit geltend, und Unterjochung und Raub schufen einen allgemeinen Kriegszustand. Um diesen zu beenden und ihre Feinde zu Verbündeten zu machen, vereinigten die Reichen die Menschen zu einer Gemeinschaft und erließen Gesetze. „Das war, oder mußte der Ursprung der Gesellschaft und der Gesetze sein, die den Schwachen neue Fesseln und den Reichen neue Kräfte gaben, unwiederbringlich die natürliche Freiheit zerstörten, für immer das Gesetz des Eigentums und der Ungleichheit festsetzten, aus einer geschickten Usurpation ein unwiderrufliches Recht machten und zum Nutzen einiger Ehrgeiziger von nun an das Menschengeschlecht der Arbeit, der Knechtschaft und dem Elend unterwarfen.“⁷⁸ Gleichzeitig wurden zur Verteidigung der Gesetze durch einen Gegenseitigkeitskontrakt Beamte

eingesetzt, die das Volk allmählich unterjochten, als ihr Amt erblich wurde. „Wenn wir den Fortschritt der Ungleichheit in diesen verschiedenen Umwälzungen verfolgen, werden wir finden, daß die Errichtung des Gesetzes und des Eigentumsrechts ihr erstes Ziel war; die Einrichtung der Obrigkeit das zweite; daß das dritte und letzte die Aenderung der legitimen Gewalt in Willkürgewalt war; derart, daß der Zustand des Reichen und Armen durch die erste Epoche gut geheißen wurde, derjenige des Mächtigen und Schwachen durch die zweite, und durch die dritte derjenige des Herrn und Sklaven, der der letzte Grad der Ungleichheit ist, und das Ziel, bei dem endlich alle anderen enden, bis neue Umwälzungen die Regierung völlig auflösen oder sie der gesetzmäßigen Einrichtung annähern.“⁷⁹ Wie grundverschieden ist hiervon die uns schon bekannte Auffassung Mablys!⁸⁰ Er schreibt dem Menschen außer der Selbstsucht natürliche gesellige Eigenschaften zu. Daher mußten schon vor Errichtung der Gesellschaft die Grundsätze der Moral sich aus den gegenseitigen Beziehungen der Menschen ergeben. „Beachten Sie, daß die Idee des Guten und des Bösen notwendigerweise der Errichtung der Gesellschaft vorangegangen ist; wie sollten ohne diese Hilfe die Menschen ersonnen haben, Gesetze zu erlassen?“⁸¹ Die Menschen, die zunächst in einem beständigen Kampfe aller gegen alle gelebt hatten, schlossen nur geleitet von dem Satze „Was du nicht willst, daß man dir tu’, das füg’ auch keinem andern zu“, schließlich einen Gesellschaftsvertrag, um die Schwachen zu schützen, und setzten später noch durch einen Herrschaftsvertrag Beamte zum Schutze der Gesetze ein. Aber das geschah alles vor Entstehung des Eigentums! „Welches Elend,, daß Personen, die für Philosophen gelten, ewig einander nachsprechen, daß es ohne das Eigentum keine Gesellschaft geben kann! Ist es wahr, daß man Gesetze und Beamte geschaffen hat, um den Genuß dieser Besitzungen zu sichern? Die Menschen haben sich einander genähert, weil sie gesellige Eigenschaften hatten, und weil ihre Bedürfnisse sie einluden, sich gegenseitig zu helfen und zu dienen, weil sie Bewegungen der Ungeduld, des Zornes, des Jähzorns, des Hasses und der Rache unterworfen waren, weil nicht alle gleichmäßig den Ratschlägen ihrer Vernunft fügsam waren, und weil man oft das Recht, sich zu rächen und seine Feinde zu bestrafen, mißbrauchte, deswegen errichtete man eine Staatsgewalt, der man

die Sorge übergab, die Beleidigungen und Ungerechtigkeiten der Privatleute zu bestrafen, zu rächen oder wieder gut zu machen.“⁸² Erst viel später gingen die Nomaden wegen wachsender Bevölkerungszahl, — nicht wegen des Fortschrittes der Kultur — zum Ackerbau über. Aber auch jetzt noch betrieben sie diesen zunächst gemeinsam; auch jetzt gab es noch kein Privateigentum und keine gesellschaftliche Ungleichheit. „Sicherlich hat sich die Gesellschaft gebildet, bevor die Erde genügend bevölkert war, als daß ihre freiwilligen Erzeugnisse, die Jagd und der Fischfang zum Unterhalt ihrer Bewohner nicht mehr genügen konnten.“⁸³ „Ich frage Sie, ob die erste Idee, die sich dem Geiste der Menschen darbot, als sie sich vermehrten und schließlich die Notwendigkeit fühlten, feste Wohnungen zu haben und den Boden zu bestellen, die war, eine Teilung zu machen und Eigentum zu errichten? Es ist unserem Geiste natürlich, wenn er eine neue Einrichtung trifft, sich noch durch die Ideen leiten zu lassen, mit denen die Gewohnheit ihn vertraut gemacht hat. Es ist also vernünftig zu denken, daß unsere Väter, zur Arbeit gezwungen, um sich einen bequemerer Unterhalt zu schaffen, ihre Arbeit gemeinsam verbanden, wie sie schon ihre Kräfte vereinigt hatten, um eine Staatsgewalt zu bilden. Nachdem sie ihre Arbeit verbunden hatten, mußten sie gemeinsam ernten.“⁸⁴

Erst die Faulheit oder die Ungerechtigkeit von Beamten führte schließlich zur Teilung des Bodens und Schaffung des Eigentums, in dessen Gefolge dann die Ungleichheit mit allen ihren Lastern ihren Einzug in die Gesellschaft hielt.

Schärfer als diese beiden Ansichten über die Entstehung der Gesellschaft können philosophische Meinungen sich kaum unterscheiden. Das gleiche gilt auch für die Hauptlehren des „Gesellschaftsvertrag“. Rousseau geht wie Mably davon aus, daß der Mensch frei und den anderen gleich berechtigt geboren wird, wobei er aber im Gegensatz zu diesem den Nachdruck auf die Freiheit legt.⁸⁵ Beide bestreiten daher die Möglichkeit, ein Herrschaftsverhältnis aus natürlicher Gewalt, aus dem Recht der Stärkeren oder aus einer Entäußerung der Souveränität abzuleiten, und gründen den Staat auf einen Vertrag. Aber der große Unterschied und die originelle Leistung Rousseaus liegt darin, daß er nur einen einzigen, den Gesellschaftsvertrag, anerkennt. „Wie findet man eine Gesellschaftsform, die mit der ganzen gemeinsamen Kraft die Person

und das Vermögen jedes Gesellschaftsgliedes verteidigt und schützt und kraft dessen jeder einzelne, obgleich er sich mit allen vereint, gleichwohl nur sich selbst gehorcht und so frei bleibt wie vorher? Dies ist die Hauptfrage, deren Lösung der Gesellschaftsvertrag gibt.“⁸⁶ Mably dagegen vertritt die alte naturrechtliche Lehre, die von dem Gesellschaftsvertrage einen viel späteren Herrschaftsvertrag unterscheidet.⁸⁷

Rousseau eigentümlich ist ferner die Lehre vom „allgemeinen Willen“. „Scheidet man also vom Gesellschaftsvertrage alles aus, was nicht zu seinem Wesen gehört, so wird man sich überzeugen, daß er sich in folgende Worte zusammenfassen läßt: „Jeder von uns stellt gemeinschaftlich seine Person und seine ganze Kraft unter die oberste Leitung des allgemeinen Willens, und wir nehmen jedes Mitglied als untrennbaren Teil des Ganzen auf.“⁸⁸ Dagegen lehrt Mably die ins Mittelalter zurückgehende Anschauung von der Herrschaft der Gesetze. „Der Bürger soll dem Beamten gehorchen; aber der Beamte soll den Gesetzen gehorchen. Das ist der Grundsatz jeder vernünftigen Regierung. Sobald an Stelle der Gesetze die Menschen befehlen, gibt es in einer Nation nur noch Unterdrücker und Unterdrückte.“⁸⁹ Allerdings verwischt sich später der Gegensatz dadurch etwas, daß der Verfasser des „Gesellschaftsvertrag“ den allgemeinen Willen mit dem Gesetz gleich stellt.⁹⁰

Beide Philosophen begründen dann weiter ihre Verfassung auf der Volkssouveränität. Aber während sie Rousseau aus der Unveräußerlichkeit und Unteilbarkeit des allgemeinen Willens ableitet, begründet sie Mably naturrechtlich mit der ursprünglichen Gleichheit und Freiheit, deren Erhaltung, wie die Vernunft uns lehrt, zum Glücke nötig ist.⁹¹

Deutlich scheiden sich beide Denker in ihren Lehren von den Staatsgewalten. Rousseau bezeichnet die Denker, die eine Gewaltenteilung lehren, als „Japanische Gaukler“.⁹² Wie im Körper, gibt es auch im Staate zwei Kräfte. „Der politische Körper hat die gleichen bewegenden Kräfte: man unterscheidet in ihm ebenfalls Kraft und Willen, letzteren unter dem Namen der gesetzgebenden Gewalt, erstere unter dem Namen der vollziehenden Gewalt. Ohne ihr Zusammenwirken geschieht oder darf wenigstens in ihm nichts geschehen.“⁹³ Es gibt nur eine souveräne Gewalt im Staate, „den allgemeinen Willen“. Dieser ist mit der gesetzgebenden Gewalt identisch, die durch das ganze Volk ausgeübt

wird. Diese Gewalt darf aber nur allgemeine Gesetze erlassen. „Wie wir einsahen, gehört die gesetzgebende Gewalt dem Volke und kann nur ihm gehören. Aus den vorher dargetanen Grundsätzen läßt sich dagegen leicht ersehen, daß der Gesamtheit als Gesetzgeberin oder Oberherrin nicht auch die vollziehende Gewalt gehören darf, weil diese nur mit einzelnen Rechtsgeschäften zu tun hat, die außerhalb des Geschäftskreises des Gesetzes und mithin auch des Staatsoberhauptes liegen, von dem nichts als Gesetze ausgehen können.“⁹⁴ Zur Anwendung der Gesetze auf besondere Fälle muß daher eine Regierung eingesetzt werden. „Was ist denn nun die Regierung? Ein vermittelnder Körper, der zwischen den Untertanen und dem Staatsoberhaupt zu ihrer gegenseitigen Verbindung eingesetzt und mit der Vollziehung der Gesetze und der Aufrechterhaltung der bürgerlichen wie der politischen Freiheit betraut ist.“⁹⁵ Rousseau verwirft daher noch einmal die Lehre vom Herrschaftsvertrage. „Demnach haben diejenigen, die behaupten, daß der Akt, durch den sich ein Volk seinen Häuptern unterwirft, kein Vertrag sei, durchaus Recht. Es ist lediglich ein Auftrag, ein Amt, in dem einfache Beamte des Staatsoberhauptes in seinem Namen die Macht ausüben, die er ihnen übertragen hat, und die er, sobald es ihm gefällt, beschränken, abändern und ganz zurücknehmen kann. Da die Veräußerung eines solchen Rechtes mit der Natur des Gesellschaftskörpers unvereinbar ist, so widerspricht sie dem Zwecke der Verbindung.“⁹⁶ Der Wille der Regierung darf daher nur der „allgemeine Wille“ sein. „Mithin ist der herrschende Wille des Fürsten nichts anderes oder soll wenigstens nichts anderes sein, als der allgemeine Wille oder das Gesetz.“⁹⁷

Ganz anders die Ideengänge Mablys! Die Bürger mußten durch einen Herrschaftsvertrag Beamte wählen und ihnen gegenüber auf ihre Unabhängigkeit verzichten, damit sie gegenüber den Leidenschaften der einzelnen die Herrschaft der Gesetze aufrechterhalten konnten. Allerdings ergibt sich auch für ihn aus dem Grundsatz der Volkssouveränität und aus der Angst vor Usurpationen der ausführenden Gewalt die Unterordnung derselben unter die Legislative. Aber er will diese Unterordnung hauptsächlich durch ihre völlige Trennung von der gesetzgebenden Gewalt erreichen. „Wie es auch immer sein möge, die gesetzgebende Gewalt und die ausführende Gewalt werden gleichzeitig und getrennt be-

stehen, sobald es geregelt sein wird, daß der Bürger den Beamten gehorchen soll und daß die Beamten ihrerseits der gesetzgebenden Gewalt gehorchen werden, bei Gefahr, bestraft zu werden, wenn sie dieses Gesetz verletzen und das Uebel wiedergutzumachen, das sie getan haben werden. Das scheint mir klar wie der Tag. Die ausführende Gewalt wird das Organ und der Diener der gesetzgebenden Gewalt sein. Das sind ihre sehr deutlich bezeichneten, unterschiedenen und getrennten Verrichtungen; und diese Ordnung wird mühelos bestehen, wenn die Gesellschaft vorsichtig einige Maßnahmen ergriffen hat, um sie zu bewahren.“⁹⁸

Die Regierungsformen, die der allgemeine Wille einsetzen kann, teilt Rousseau in Demokratie, Aristokratie und Monarchie und kennt außerdem auch gemischte Regierungen. Die Frage nach der besten Regierung beantwortet er im Sinne Montesquieus negativ. „Man hat von jeher viel über die beste Regierungsform gestritten, ohne zu berücksichtigen, daß jede einzelne in gewissen Fällen die beste und in anderen die schlechteste ist.“⁹⁹ „Man vermag daher unter jedem Himmelsstriche nach natürlichen Ursachen die Regierungsform, die der Einfluß des Klimas bedingt, zu bestimmen und sogar anzugeben, was für eine Art von Bewohnern es verlangt.“¹⁰⁰

Demgegenüber gilt für Mably die „gemischte Regierung“ als die beste. „Oeffnen Sie die Geschichte, mein Herr, und Sie werden sehen, daß die Völker, geplagt von ihrer Habsucht, ihrem Ehrgeiz, ihrer Eitelkeit usw. sich hundertmal gegen ihre Regierung empört haben; Sie werden da, wenn es Ihnen gefällt, bemerken, daß die einzigen, denen es gelungen ist, die Gesellschaft blühend zu machen, diejenigen sind, die gewissermaßen eine Mischung der verschiedenen Regierungen ersonnen und durch weise Auswege eine gemäßigte Verwaltung eingerichtet haben, die den Mißbräuchen oder den Auswüchsen der Macht und der Freiheit zuvorkommt.“¹⁰¹

Ganz klar ist der Gegensatz beider Männer in der Frage der *V o l k s v e r t r e t u n g*, die Rousseau grundsätzlich verwirft. „Die Oberherrlichkeit oder Staatshoheit kann aus demselben Grunde, der ihre Veräußerung unstatthaft macht, auch nicht vertreten werden; sie besteht wesentlich im allgemeinen Willen, und der Wille läßt sich nicht vertreten; er bleibt derselbe oder er ist ein anderer; ein mittleres kann nicht stattfinden. Die Abgeordneten des Volkes sind also nicht seine Vertreter und können es gar nicht sein; sie sind nur

seine Bevollmächtigten und dürfen nichts entscheidend beschließen. Jedes Gesetz, das das Volk nicht persönlich bestätigt hat, ist null und nichtig; es ist kein Gesetz.“¹⁰²

Dagegen verlangt Mably im Sinne des Ständestaates eine Volksvertretung. „Die Geschichte Griechenlands hat mich zu sehr gelehrt, wie launisch, unbeständig und tyrannisch die Demokratie ist. Wenn das Volk seine Gesetze macht, verfehlt es niemals, sie zu verachten, weil die Ränke, das Vorurteil, die Ueberstürzung, die Kabale oder der Parteigeist sie veröffentlicht haben. Daher soll diese oberste Gewalt den Männern anvertraut werden, die jeder Stand zu seiner Vertretung gewählt hat.“¹⁰³

Da Rousseau zur Einsetzung der Regierung sich des Mittels des Herrschaftsvertrages selbst beraubt hat, die souveräne Gewalt aber nur allgemeine Gesetze erlassen kann, braucht er für diesen Zweck eine neue Konstruktion, die Mably selbstverständlich nicht kennt.¹⁰⁴ Nachdem die gesetzgebende Gewalt durch Erlaß eines Gesetzes die künftige Regierung bestimmt hat, muß sie sich einen Augenblick in eine Regierung selbst verwandeln, was nur in Form einer Demokratie möglich ist, um dieses Gesetz zu vollziehen.

Zur Rettung einer entartenden Verfassung verlangt Rousseau die Einsetzung eines *Tribunats*, einer selbständigen, zwischen Fürst, Souverän und Untertan vermittelnden Körperschaft. „Sobald zwischen den gesetzlich organisierten Teilen eines Staates kein genaues Gleichmaß hergestellt werden kann, oder sobald nicht zu beseitigende Ursachen die gegenseitigen Beziehungen derselben unaufhörlich stören, setzt man eine besondere Obrigkeit ein, die mit den übrigen keinen zusammengehörigen Körper bildet, die jedes Glied wieder in sein richtiges Verhältnis stellt und ein Band oder Mittelglied zwischen dem Fürsten und dem Volke oder zwischen dem Fürsten und dem Staatsoberhaupte oder, wenn es nötig ist, zwischen beiden zugleich ausmacht.“¹⁰⁵ Auch Mably denkt an die Möglichkeit, eine Verfassungsreform durchzuführen, aber ausschließlich zum Schutze gegen die Beamten. Er gibt daher dieser Einrichtung die Form eines in bestimmten Perioden zu berufenden Sonderausschusses der Generalstände.¹⁰⁶

Beide Philosophen fordern von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus Anerkennung einer Staatsreligion. Rousseau verlangt

nur, daß der Bürger sich zu einer Religion bekennt, die ihn seine staatsbürgerlichen Pflichten lieb gewinnen läßt, und fordert im übrigen nur Anerkennung eines rein bürgerlichen Glaubensbekenntnisses, ohne dessen Befolgung niemand treuer Bürger oder Untertan sein könne.¹⁰⁷ Mably dagegen fürchtet vom Bestehen mehrerer Religionen im Staate außer Religionskämpfen schließlich eine allgemeine Gleichgültigkeit und in deren Gefolge Förderung des Deismus und Atheismus. Der Mensch muß aber in der Furcht vor einem Gott leben, da er sonst nur seinen Leidenschaften gehorchen und die Moral verachten würde.¹⁰⁸

Nach diesem Vergleich der Lehren zweier politischer Hauptwerke Rousseaus mit den entsprechenden Mablys dürfte ihr grundsätzlicher Unterschied so klar sein, daß ein kurzer Blick auf die anderen politischen Werke des Genfers genügen wird, um die Gegenüberstellung zu vollenden. Es sei hier nur kurz darauf hingewiesen, daß Rousseaus Steuersystem sich von Mablys einziger Grundsteuer fundamental unterscheidet.¹⁰⁹

Rousseaus „Betrachtungen über die Regierung Polens“ lesen sich von Anfang bis Ende wie eine Widerlegung der Schrift Mablys über das gleiche Thema, die ihm bei der Abfassung seiner Abhandlung vorgelegen zu haben scheint. Er verwirft das von diesem angewandte System, die Exekutive in viele Räte zu teilen, ebenso wie dessen Forderung, die Krone erblich zu machen.¹¹⁰ Lediglich in der Frage des Föderalismus ist er mit ihm einer Meinung.¹¹¹ Doch dann fordert er hier, wo er die Notwendigkeit einer Volksvertretung zugesteht, unbedingt das imperative Mandat, während Mably zwar auch die Abgeordneten für die Gesetzinitiative an den Auftrag der Provinziallandtage bindet, ihnen aber hinsichtlich der einmal eingebrachten Anträge die freie persönliche Entscheidung überläßt.¹¹²

Nach diesem Nachweis der Unabhängigkeit der Lehren Mablys von denen Rousseaus und Montesquieus ist eine Untersuchung von Interesse, wie weitgehend englische Einflüsse auf ihn gewirkt haben: Sidney und Locke. Man wird bei Wertung dieses Einflusses nicht übersehen dürfen, daß es diesen beiden Männern ja nicht auf eine systematische Darlegung ihrer Staatstheorien, sondern auf eine, die speziell englischen Verhältnisse betreffende Widerlegung der Filmerschen Verteidigung des Absolutismus ankam.

Sidney geht aus von der Freiheit, nicht Gleichheit, die der Mensch von Gott und der Natur besitzt.¹¹³ Zur Beendigung von Unordnungen schlossen sich die Menschen schließlich zu Gesellschaften zusammen, und das souveräne Volk setzte dann, da alle gleich waren, durch allgemeine Zustimmung Herrscher ein. „Die zwischen den Beamten und den Völkern, die sie schufen, geschlossenen Verträge waren wirklich, feierlich und verbindlich.“¹¹⁴ Die Regierung wurde also nur zum Wohle der Regierten eingesetzt und das Staatswohl ist daher der Zweck jeder Regierung.¹¹⁵ Nur ein nach Gesetzen regierender Beamter ist rechtmäßig. „Es kann nicht zum Wohle des Volkes sein, daß der Beamte eine Gewalt über das Gesetz hat: und der ist nicht Beamter, der seine Gewalt nicht durch das Gesetz hat.“¹¹⁶ Aus der Einsetzung der Beamten durch das Volk ergibt sich auch dessen Absetzungsrecht bei Verletzung des Herrschaftsvertrages.¹¹⁷ Diese ganze Lehre stimmt, wie man sieht, mit Mablys Meinung überein.

Doch die Uebereinstimmung geht noch weiter. Auch Sidney ist leidenschaftlicher Anhänger der „gemischten Regierung“. „Die besten Regierungen der Welt sind aus Monarchie, Aristokratie und Demokratie zusammengesetzt gewesen.“¹¹⁸ Er teilt Mablys Abneigung gegen Demokratien und absolute Monarchien. „Was die Volksregierung im strengsten Sinne betrifft, (d. h. die reine Demokratie, in der das Volk in und durch sich selbst alles verrichtet, was zur Regierung gehört), so weiß ich von keinem solchen Dinge; und wenn es auf der Welt ist, habe ich nichts dafür zu sagen.“¹¹⁹ „Eine Monarchie kann nicht gut geleitet werden, wenn nicht die Macht des Monarchen gesetzlich beschränkt ist.“¹²⁰

Eine solche gesetzlich beschränkte Monarchie sieht Sidney im Gegensatz zu Mably in der englischen Verfassung. Wie Mably die französische Freiheit aus der Freiheit der Franken, so leitet er die englische aus der altenglischen ab, und wie jener in den Generalständen, erblickt er im Parlament die Fortsetzung der alten Volksversammlungen. „Das englische Volk ist immer durch sich selbst oder seine Vertreter regiert worden.“¹²¹ Auch er kommt daher zum Ergebnis einer Gewaltenteilung.¹²² Er unterscheidet das Schwert der Gerechtigkeit, das die gesetzgebende und die ausführende, d. h. richterliche, Gewalt umfaßt, und das militärische Schwert, das über

Krieg und Frieden verfügt. Der König hat nach ihm nur einen Anteil an der Verwaltung der Justiz und die Kriegsführung. Wie Mably ordnet Sidney die Exekutive der Legislative unter. „Ich kann daraus schließen, daß jede obrigkeitliche Gewalt, die eine Verordnung des Menschen in Verfolg einer Verordnung Gottes ist, ihr Sein und Maß von der gesetzgebenden Gewalt jedes Volkes empfängt.“¹²³ Wenn daher die Obrigkeit dieses Maß überschreitet, ist der Mensch zum Widerstande berechtigt. „Ungerechten Befehlen soll man nicht gehorchen“¹²⁴

Ähnlich wie Mably sichert auch schon Sidney das Volk gegen die königliche Gewalt. Als ein Mittel hierzu gilt ihm das Geschworenengericht.¹²⁵ Auch er verbietet dem Könige ein Eingreifen in den Rechtsgang und Gnadenbriefe.¹²⁶ Ebenso tadelt er bereits Macht und Reichtum des Königs wegen der drohenden Korruption.¹²⁷

Sidney geht Mably auch in der Forderung voran, die Legislative einer Volksvertretung zu übertragen.¹²⁸ Obwohl er seine Meinung nicht klar ausdrückt, scheint er doch die holländische Einrichtung der imperativen Mandate dem englischen System vorzuziehen, zumindest wie Mably ihr Antragsrecht durch Instruktionen binden zu wollen.¹²⁹

Während er also in diesen allgemeinen Fragen mit seinem französischen Nachfolger zusammenstimmt, kommt er an anderen Stellen in Gegensatz zu diesem, z. B. wenn er verlangt, daß eine gute Verfassung Krieg, Handel, Vermehrung der Macht und des Reichtums begünstigen müsse, und Bundesstaaten wegen ihrer Schwäche verwirft.¹³⁰

Man wird also vielleicht Anregungen Mablys durch Sidney hinsichtlich der Vertragslehre, der Volkssouveränität, der gemischten Regierung, der Gewaltenteilung, des Widerstandsrechtes und der Volksvertretung annehmen können, ohne vergessen zu dürfen, daß sich alle diese Lehren entweder in der kontinentalen Literatur, z. B. bei Althusius, oder bei dem Staatstheoretiker, den wir jetzt noch betrachten wollen, bei Locke, ebenfalls finden.

Locke hat ihn sicherlich stark beeinflußt, denn er ist der einzige Staatsphilosoph, von dem er nur rühmend spricht.¹³¹

Uebereinstimmend lehren sie einen Naturzustand, in dem der Mensch, völlig frei und gleich, nur den Geboten seiner Vernunft

unterworfen war.¹³² Aus diesem Naturzustande lassen beide die von Natur geselligen Menschen Verträge schließen, durch die sie eine Gesellschaft bilden und eine Regierung über sich einsetzen, um dem gesetzlosen Kriegszustande ein Ende zu machen.¹³³ Aber die Motive hierfür sind grundverschieden. Locke verteidigt als Engländer das Recht auf Eigentum und lehrt daher, daß die Regierung zu dessen Schutze eingesetzt worden ist. „Der große und wichtigste Zweck, daß Menschen sich zu einem Staatswesen vereinigen und sich unter eine Regierung stellen, ist deshalb die Erhaltung ihres Eigentums.“¹³⁴ Mably dagegen führt sie auf das Bemühen zurück, die Leidenschaften im Zaume zu halten und die geselligen Eigenschaften zu pflegen. „Welches Elend, . . . , daß Personen, die für Philosophen gelten, beständig einander nachsprechen, daß es ohne Eigentum keine Gesellschaft geben kann.“¹³⁵

Aus der Einsetzung der Regierung ziehen die zwei Männer die gleiche Folgerung. Da sie zum Wohle der Regierten eingesetzt worden ist, ist ihre Herrschaft streng durch die Gesetze beschränkt, die die Freiheit der Bürger sichern.¹³⁶

Jeder von ihnen lehrt die Gewaltentrennung, aber in einem ganz verschiedenen Sinne. Locke führt die gesetzgebende und ausführende Gewalt auf die beiden Gewalten zurück, die der Mensch im Naturzustande besaß: das Recht, für seine und der übrigen Menschen Erhaltung zu sorgen, und das Recht, Feinde zu bestrafen. In der Gesellschaft werden daraus die Gewalt, Gesetze zu geben, und die über Krieg und Frieden. Für Mably handelte es sich dagegen nur darum, die Ausführung der Gesetze zu sichern.¹³⁷

Daraus ergibt sich bei beiden eine völlig verschiedene Auffassung über das Verhältnis beider Gewalten. Zwar ist auch bei Locke die Legislative die höchste Gewalt. „Sie ist die Seele, die dem Staate Form, Leben und Einheit gibt;“¹³⁸ Aber er vermischt sie nicht, wie Mably es tut, einfach mit der souveränen Gewalt, sondern gibt zu, daß sie durch das Volk in die Hände eines einzelnen, einiger oder aller gelegt werden könne, und unterscheidet danach Monarchie, Oligarchie und Demokratie. Für das beste hält auch er eine Volksvertretung. „Deshalb wird in wohlgeordneten Staaten, wo das Wohl des Ganzen gewissenhaft berücksichtigt wird, die legislative Gewalt in die Hände verschiedener Personen gelegt, die gehörig versammelt entweder in sich selbst oder im Verein mit

anderen eine Macht haben, Gesetze zu geben, und die, sobald dies geschehen, sich wieder trennen und selber denselben Gesetzen unterworfen sind, die sie gegeben haben, was ein neuer und starker Antrieb für sie ist, darauf bedacht zu sein, sie zum öffentlichen Wohle zu geben.“¹³⁰

Infolge dieser verschiedenen Auffassung der Legislative sind auch die zwei anderen Gewalten, die er in einer Hand vereinigt, die exekutive und föderative, ihr nicht derart unterworfen, wie es Mably verlangt, sondern stehen ihr mehr gleichberechtigt zur Seite.¹⁴⁰

Ebenso widerspricht Mablys Anschauung der Einfluß, den Locke der Exekutive in Form der königlichen Prärogative auf die Gesetzgebung gestattet. „Wo die legislative und die exekutive Gewalt in verschiedenen Händen liegen, — — verlangt das Wohl der Gesellschaft, daß verschiedene Dinge der Diskretion desjenigen überlassen bleiben, der die exekutive Gewalt hat.“¹⁴¹ Mably fürchtet von ihr Vernichtung der Freiheit. „Die königliche Prärogative in England ist ein Gewicht, dessen fortwährendes und beständiges Wirken die Nation schließlich zum Despotismus führen muß“¹⁴²

In einem letzten Punkte gehen aber die Philosophen schließlich doch wieder völlig zusammen: in der Verteidigung des Widerstandsrechts. Locke muß dieses Recht auch gegen die Legislative anwenden, da diese ja nicht wie bei Mably der Souverän selbst ist. „Obwohl in einem geordneten Staat,, es nur eine höchste Gewalt geben kann, die die Legislative ist, und der alle übrigen untergeordnet sind und sein müssen; so verbleibt doch, da die Legislative nur eine auf Vertrauen beruhende Macht für gewisse Zwecke zu handeln ist, „dem Volke eine höchste Gewalt die Legislative zu entfernen oder zu ändern“, wenn es findet, daß die Legislative dem in sie gesetzten Vertrauen zuwiderhandelt.“¹⁴³ Ebenso erlaubt er, einer ungerechten und ungesetzlichen ausführenden Gewalt Widerstand zu leisten. „Wer Gewalt braucht ohne Recht, — wie es in der Gesellschaft jeder tut, der sie ohne Gesetz braucht, — versetzt sich in einen Kriegszustand mit denen, gegen die er sie braucht; und in diesem Zustande werden alle früheren Verpflichtungen aufgehoben, hören alle anderen Rechte auf, und jeder einzelne hat ein Recht, sich zu verteidigen und sich dem Angreifenden zu widersetzen.“¹⁴⁴ Ähnlich drückt sich Mably aus. „Wenn das Gesetz regiert, muß jeder Bürger ge-

hochen; aber wenn die Gesellschaft durch seinen Untergang aufgelöst ist, wird jeder Bürger Beamter; er wird mit der ganzen Gewalt bekleidet, die ihm die Gerechtigkeit gibt und das Heil des Staates muß sein oberstes Gesetz sein.“¹⁴⁵

Mably mag also von Locke Anregungen hinsichtlich der natürlichen Freiheit und Gleichheit und des Widerstandsrechts empfangen haben. Auch die Lehre von der Gewaltenteilung dürfte den Einfluß Lockes erfahren haben, ist aber von ihm deutlich nach der Seite der Volkssouveränität hin weiter entwickelt worden. Hieraus erklärt sich auch der Gegensatz in der Frage der königlichen Prärogative.

Seine Stellung gegenüber absolutistischen Staatsrechtslehren wie Grotius, Pufendorf, Wolff und Hobbes mögen seine eigenen Worte wiedergeben. „Grotius war mehr Gelehrter als Philosoph; man fühlt indessen, daß dieser tiefe Geist geschaffen war, die Wahrheit zu finden. Aber er mißtraute seinen Kräften, eine kühne Wahrheit setzte ihn in Erstaunen und ihm fehlte der notwendige Mut, verehrte Irrtümer anzugreifen und zu zerstören. Er wurde in einer neuen Republik geboren, in der man den Wert der Freiheit kannte; aber das Schicksal hatte ihn, indem es ihn verbannte, an den Dienst der Königin Christine gefesselt, als er sein „Recht des Friedens und des Krieges“ verfaßte, und er hatte den Einfall, es unter dem Schutze eures Ludwigs XIII. zu veröffentlichen. Pufendorf, in einem Lande geboren, wo es Freiheit nur für die Unterdrücker ihrer Nation gibt, erscheint mir manchmal Philosoph genug, daß ich ihn im Verdacht habe, anderswo die Wahrheit zu verbergen, die er kannte und der er nicht die Wohltaten einiger Fürsten, die ihn beschützten, opfern wollte. Wolff hat fast alle Irrtümer dieser beiden Gelehrten und sein langweiliges Werk, das zu lesen niemand die Geduld hat, hat niemand belehren oder täuschen können. Hobbes hätte Locke den Ruhm rauben können, euch mit den fundamentalen Grundsätzen der Gesellschaft bekannt zu machen; aber infolge der Ereignisse, oder des Nutzens halber, an eine unglückliche Sache gefesselt, hat er alle Hilfsquellen eines mächtigen Geistes dazu verwendet, ein für die Menschheit verhängnisvolles System zu errichten, das er selbst verdammt hätte, wenn er anstatt der Unordnungen der Anarchie die Uebelstände des Despotismus erfahren hätte.“¹⁴⁶

Die besondere Form der Staatslehren Mablys scheint jedoch ihre Quelle in älteren Lehren zu haben. Der Kern seiner Lehre, daß der Herrscher unter dem Gesetze stehe und gegen einen ungerechten Herrscher das Volk zum Widerstand berechtigt sei, geht bereits auf das Mittelalter zurück, in dem auch schon zur Stütze des Widerstandsrechtes die naturrechtlichen Lehren vom Herrschaftsvertrage und von der Volkssouveränität herangezogen wurden.¹⁴⁷ Weiter ausgeführt und auf das positive Recht der ständisch beschränkten Monarchie angewendet wurden diese gleichen Gedanken von den Monarchomachen.¹⁴⁸ Ihren systematischen Höhepunkt fand diese Entwicklungsreihe schließlich in Althusius, bei dem wir die Lehren vom Rechtsstaat und dem daraus abgeleiteten Widerstandsrecht, vom Gesellschafts- und Herrschaftsvertrage und der Volkssouveränität, und sogar das Repräsentativprinzip und die Idee des Föderalismus in der gleichen Form wie bei Mably finden.¹⁴⁹ Es erscheint daher nicht unwahrscheinlich, daß Althusius, der, wie Gierke nachweist, auch Rousseau stark beeinflußt hat, die von Mably nie genannte Hauptquelle seiner Staatslehren war. Nur für Einzelheiten müssen noch weitere Quellen angenommen werden: für den Gedanken der „gemischten Regierung“ Platon und Sidney, für den der Gewaltenteilung Sidney, Locke und Montesquieu. Doch gerade diesen Gedanken hat Mably selbständig weiter entwickelt. Es zeigt sich also, daß Mablys Staatstheorien, trotz starker, a priori anzunehmender Abhängigkeit von älteren Gedanken als Gesamtkonzeption gerade unter den französischen politischen Systemen des 18. Jahrhunderts eine ganz unabhängige und besondere Stellung einnehmen.

V. Mablys Einfluß auf die Konstituante.

Es erhebt sich nun die Frage nach der Wirkung der Lehren Mablys auf die französische Revolution. Besonders deutlich läßt sich diese Wirkung bei der Konstituante erkennen. Ein Vergleich ihres Werkes mit den Lehren Mablys soll deshalb als typisch die Stellung der Revolution zu dem vorhandenen Ideengut charakterisieren.

Abgeordnete der Versammlung haben sich wiederholt direkt auf Mably berufen oder doch in Anlehnung an seine Worte argumentiert. So zitierte z. B. der Abgeordnete Enjubault de Laroche in einem Berichte über die Domänen der Krone verschiedentlich Mablys „Bemerkungen über die Geschichte Frankreichs“ bezüglich der Erwerbung der Domänen zur Zeit der Eroberung Galliens durch die Franken und deren spätere Verleihung als Lehen.¹ Es scheint, daß dieses Buch durch seine Tiraden gegen den Feudalismus in den Debatten bei Abschaffung des Adels und der Feudalrechte stark nachwirkte.² Man findet im allgemeinen bei den Männern der Konstituante dieselben Anschauungen über die Entstehung des Adels und der Feudalrechte wie bei unserem Philosophen. Als Maury eines Tages erklärte: „Man sagt, daß der Adel aus dem Lehnswesen entstanden sei. Das ist äußerste Unwissenheit. Der Adel bestand 200 Jahre vor den Lehen.“ Da unterbrach man ihn mit dem Ausrufe: „Lesen Sie Mably.“³ — Ferner wird Mablys „Staatsrecht Europas“ zuweilen zitiert.⁴

Vor allem traten bei den großen Debatten über das Recht, Krieg zu erklären, Frieden zu schließen und über das Heer zu verfügen, Anklänge an Mably deutlich hervor. In diesen Debatten verlangten die Jakobiner in Uebereinstimmung mit ihm und im Gegensatz zu Montesquieu dieses Recht für die Nation.⁵ Aber nicht eine politische Theorie brachte

die Nationalversammlung zu dieser Forderung, sondern die Angst vor einer Reaktion, wie sie aus den Worten d'Aiguillons herausklingt: „Was bleibt also den Feinden der Revolution übrig, um unser Werk umzustürzen, als uns in einen vielleicht ungerechten Krieg hineinzuziehen, uns in einen Streit zu verwickeln, den wir nicht werden abbrechen können, wenn wir ihn einmal begonnen haben? Die Ränke der Minister werden dann im Königreich wirken, die Bürger werden leicht zu täuschen sein, von dem Ziele abgelenkt, das heute alle ihre Gedanken erfüllt, weil es alle ihre Hoffnungen auf Glück umschließt. Die Minister werden mit allem Mißbrauch treiben, mit unseren Unglücksfällen und mit unseren Erfolgen: ein siegreicher König ist eine große Gefahr für die Freiheit, wenn es ein König der Franzosen ist.“⁶ Sofort wurden auch theoretische Argumente zur Stärkung der eigenen Position in die Debatte geworfen. Das tat besonders Ch. Lameth: „Ich ziehe den Schluß, da die ausführende Gewalt nur ausführen kann, muß die Gewalt, den Krieg zu erklären, der Nation gehören und durch ihre Vertreter ausgeübt werden.“⁷ In ähnlicher Weise trat Pétion de Villeneuve für die Uebertragung dieses Rechtes an die Nation ein. Er verteidigte es wie Mably geschichtlich, da die Franken und die Generalstände es besessen hätten.⁸ Aber auch bei ihm steht die Angst vor der Reaktion im Hintergrunde. „Ihr habt nichts für das Staatswohl getan, wenn ihr in den Händen eurer Führer eine so verhängnisvolle Macht laßt. Vergeblich werdet ihr reich, wird eure Bevölkerung zahlreich sein, vergeblich wird der Handel blühen: dieser ganze Wohlstand wird vor den Launen eines Ministers oder einer Geliebten verschwinden, vergeblich werdet ihr durch eine weise Verfassung die Freiheit der Franzosen errichtet haben: ein erobernder und siegreicher König wird die Freiheit vernichten und freie Männer in Sklaven verwandeln. Urteilt, was ein herrscher und unmenschlicher Despot wird machen können! Er wird seine Nachbarn aufreizen, er wird Krieg führen, um Geld zu erlangen, mit diesem Gelde wird er das Heer verführen, er wird als Sieger über die Fremden zurückkehren, er wird das Volk unterjochen, das sich vor seiner siegreichen Stirn beugen wird.“ Dann wandte er sich mit theoretischen Gründen gegen den Einwand, daß bei einer Kriegserklärung durch das Volk das Geheimnis nicht zu wahren sei. Er verwarf wie Mably dieses Geheimnis, weil es nur der Ungerechtig-

keit diene. „Man muß auf feierliche Weise erklären, daß ihr aus der Politik alle Listen, alle Betrügereien verbannen wollt, um sie durch Gerechtigkeit und Treue zu ersetzen; daß Frankreich auf alle ehrgeizigen Pläne, auf alle Eroberungen verzichtet, daß es seine Grenzen als durch ewige Geschicke gesetzt betrachtet, daß jeder Einfall in ein fremdes Gebiet eine feige Schandtat sei.“⁹ So setzte sich schließlich der Kompromißantrag Mirabeaus durch, daß das Recht, Krieg und Frieden zu machen, der Nation gehöre und die Ausübung dieses Rechtes gleichzeitig der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt delegiert werde, derart, daß nur in dringenden Fällen, wie schon Mably zugestanden hatte, der König von sich aus Befehl geben dürfe, aber gleichzeitig die Legislative benachrichtigen müsse.¹⁰

Mit direktem Zitat Mablys wendete sich dann dessen Landsmann Barnave, Bürgermeister von Grenoble, gegen den Einwand, daß eine Befragung der Legislative meist nicht mehr möglich sei, da die ersten Feindseligkeiten bereits die Kriegserklärung bedeuteten: „Indessen ist es allgemein anerkannt, ich sage, nicht nur durch die Militärs, durch die Seeleute, durch die Könige, sondern durch alle diejenigen, die das Völkerrecht kennen, sondern durch die Meinung Montesquieus und Mablys, daß Feindseligkeiten nichts weniger als eine Kriegserklärung sind; daß erste Feindseligkeiten nur Duelle einzelner gegen einzelne sind; und daß erst die Billigung und der Schutz, den die Nation diesen Feindseligkeiten gibt, die Kriegserklärung ausmacht.“¹¹ Er setzte dann dem Einwande der Geheimhaltung dieselben Argumente entgegen wie Pétion, diesmal unter direkter Anführung Mablys: „Ich könnte, um zu antworten, mich auf die sehr eindrucksvolle Autorität des Herrn Abbé Mably stützen; er hat beständig geglaubt, daß die Politik der französischen Nation nicht im Geheimnis bestehen dürfte, sondern in der Gerechtigkeit: er war nicht, wie man gesagt hat, ein einfacher Theoretiker. Er hat mehrere Bände über die neuere Politik geschrieben, er hat die beste Abhandlung über das Staatsrecht Europas geschrieben. Wenn er nicht selbst unterhandelt hat, dann allein seiner Tugenden halber, dann deswegen, weil er den Aufforderungen der Regierung entschlüpft ist. . . . Herr Mably glaubte, daß es für die herrschende Macht Europas keine andere Politik gebe als Treue und beständige Zuverlässigkeit. Er hat gezeigt, daß ebenso wie in den Finanzen

das Vertrauen den Kredit verdoppelt, ebenso ein politischer Kredit besteht, der das Vertrauen der Nationen in euch setzt und euren Einfluß verdoppelt.“¹²

Aber auch die Gegner stützten sich auf denselben Philosophen. Der Abgeordnete Duquesnoy erwiderte Barnave: „Und da man euch Herrn Mably zitiert hat, werde auch ich ihn euch zitieren, denn auch ich habe ihn gelesen und erwogen; aber ich werde ihn in seinen eigenen Ausdrücken zitieren, weil ich ihn ohne Parteigeist zitiere. Zuerst werde ich euch sagen, daß die durch Herrn Abbé Mably vorgeschlagene Regierung in nichts derjenigen ähnelt, die ihr beschlossen habt: seine Generalstände versammeln sich alle 3 Jahre, sie können neue Gesetze nur auf Bitten oder Forderung einiger Provinzialstände oder der mit der ausführenden Gewalt beauftragten Beamten beschließen. Diese Gesetze müssen, bevor sie beschlossen werden, dreimal beraten werden, indem man 10 Tage Zwischenraum zwischen jedem Male läßt, schließlich ist seine Regierung als Republik geordnet, und dennoch, nachdem er das königliche Vorrecht sehr beschränkt hat, sagt er bezüglich des Krieges wortwörtlich: „Ich habe dennoch Unrecht, und man muß zu anderen Auswegen zurückgreifen, wenn diese Einrichtungen der Unterordnung, der Strenge der Manneszucht und dem Erfolge der Krieges schaden. Ein Volk muß nicht nur imstande sein, ungerechte Nachbarn zurückzuschlagen, wenn es glücklich sein will, sondern seien Sie überzeugt, daß, wenn irgendein Fehler in der Verfassung sich seinen militärischen Erfolgen widersetzt, es bald an seiner Regierung den Geschmack verlieren wird. Die Staaten sind eifersüchtiger auf ihre Kriegsehren als auf alles andere. Eine durch lange Mißgeschicke gedemütigte Nation denkt nur daran sich zu rächen, (und um einen Rächer zu erhalten,) wird sie sich einen Herrn geben.“ (Kapitel 7 der „Rechte und Pflichten des Bürgers“.)“¹³

Der Kampf endete mit der Annahme des verfassungsgebenden Gesetzes über das Friedens- und Kriegsrecht.¹⁴ Es war ein Vermittlungsantrag Mirabeaus, der dem Könige, wie auch Montesquieu wollte, wenigstens die Verfügung über das Heer in gewissem Umfange beließ.

Noch in einem weiteren Punkte im Werk der Konstituante läßt sich der direkte Einfluß Mablys genau feststellen. In der Debatte über Abschaffung oder Beibehaltung der Todes-

strafe wurde sein Name verschiedentlich genannt.¹⁵ Zuerst stützte sich Prugnon auf Mably: „Es handelt sich darum zu wissen, ob der Mensch hat der Gesellschaft das Recht übergeben können, das er selbst nicht hat, über sein eigenes Leben zu verfügen. Unter der Zahl der Männer, die die Meinung beherrschen, behaupten Montesquieu, Rousseau, Mably und Filangieri, daß er es gekonnt hat.“¹⁶ Noch deutlicher zog Mougins de Roquefort die Autorität Mablys heran. „Mably, in seinen „Grundlagen der Gesetze“ (3. B. 4. K.), beweist nach den solidesten Ueberlegungen, daß es unendliche Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung, für die Interessen aller geben würde, wenn man die Todesstrafe hinsichtlich des Mordes ächtete.“¹⁷ Der Hauptwortführer der Gegenseite, die sich besonders auf Beccaria berief, war Robespierre. Dessen Doktrin unterlag hier jedoch der Vernunft — oder der Angst vor den Exzessen des 4. Standes.

Bei den weiteren Uebereinstimmungen oder Ähnlichkeiten zwischen den Lehren Mablys und dem Werke der Konstituante läßt sich kaum feststellen, ob Beeinflussung oder selbständige Lösung vorliegt. Die Verfassung der Konstituante ist zwar oft der ähnlich, die dieser in seinen Werken vorgeschlagen hatte, weist aber doch auch erhebliche Unterschiede auf.

Ganz seinen Ansichten entsprach Mirabeaus Antrag auf U n -
v e r l e t z l i c h k e i t d e r A b g e o r d n e t e n .¹⁸ Dieser aber entstand nicht aus doktrinären Ansichten, sondern aus der Not des Augenblicks. Dagegen ist die Annahme des Antrages von Siéyès, der die i m p e r a t i v e n M a n d a t e für ungültig erklärt, seiner Lehre geradezu entgegengesetzt, entsprach dagegen den Anschauungen Montesquieus. Die Abweichung von den Doktrinen Rousseaus und Mablys in diesem wichtigen Punkte ist bezeichnend für den Einfluß, den die t a t s ä c h l i c h e n V e r h ä l t n i s s e auf das Werk der Konstituante ausübten. Es handelte sich darum, einem Teile der Abgeordneten der Geistlichkeit und des Adels seine Bedenken gegen das Werk der Nationalversammlung zu nehmen und ihn gegenüber seinen Wählern zu entlasten. Darum mußte das imperative Mandat aufgegeben werden.

Doktrinären Ansichten entfloßen anscheinend die Anträge auf Nicht-Wiederwählbarkeit der Abgeordneten der Konstituante, die Robespierre und andere stellten.²⁰ Aber könnten nicht auch hier

taktische Erwägungen der Minorität im Hintergrunde gestanden haben, die in der sicheren Erkenntnis der eigenen Nicht-Wiederwahl auch die beliebten und einflußreichen Führer der Majorität ausschalten wollte?

Dagegen steht es wieder ganz anders mit den Anträgen Blin bzw. Lanjuinais, die den Abgeordneten die Annahme eines Amtes in der Regierung verboten.²¹ Mably hatte gerade die Möglichkeit des Parlamentarismus offengelassen. Aber hier handelte es sich überhaupt nicht um doktrinäre Ansichten, sondern um das Mißtrauen gegen einen einzigen Mann der Konstituante, gegen Mirabeau.

Die Uebereinstimmungen mit Mably in der Geschäftsordnung der Konstituante sind nicht gerade von großer Wichtigkeit und Originalität.²² Oeffentlichkeit der Sitzungen, dreimalige Beratung, Abstimmung nach einfacher Stimmenmehrheit, Druck der Sitzungsberichte finden sich auch sonstwo. Und gerade das wichtigste, das unbeschränkte Antragsrecht der Abgeordneten, wäre von unserem Philosophen auf Grund des imperativen Mandates verworfen worden.

Bei aller Uebereinstimmung mit den Lehren Mablys scheint doch, allerdings den französischen Verhältnissen und dem französischen Geiste angepaßt und von heimischen Strömungen beeinflusst, auf die Menschenrechte vor allem das Vorbild der Erklärungen der amerikanischen Einzelstaaten gewirkt zu haben.²³ Ein Vergleich der Virginia Bill of Rights und der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte zeigt weitgehende Uebereinstimmungen. Wie jene gründet sie sich im Art. 1 auf das Naturrecht und erklärt die natürliche Freiheit. Neu ist in ihr dagegen die Betonung der Gleichheit statt der Unabhängigkeit. Hier macht sich die Wirkung der französischen Ideologen bemerkbar. Die Art. 2 und 3 bringen in der Aufzählung der natürlichen Rechte und dem Prinzip der Volkssouveränität nicht neues. Dagegen enthält Art. 4 in der Einschränkung der Freiheit durch die Rücksicht auf die anderen einen Gedanken, der sich weder in den amerikanischen Menschenrechten noch bei Rousseau findet, dagegen den Lehren Mablys entspricht. Auch Art. 5 mit dem Gedanken des Gesetzesstaates ist in dessen Sinne. Art. 6 errichtet die Herrschaft des allgemeinen Willens. Aus ihm spricht also der Geist Rousseaus. Und doch

scheinen auch hier Gedanken mäßigend eingewirkt zu haben, die denen Mablys ähnlich sind. Ein Zusatzantrag beschränkt den Zugang zu allen Würden durch die Worte „deren Fähigkeiten gemäß“, die ganz dem Mißtrauen Mablys gegenüber der Einsicht der Menge entsprechen. Die Art. 7—9 bestimmen die Formen des juristischen Verfahrens wie das amerikanische Vorbild, allerdings in Wendungen, die sehr stark an Mably und Montesquieu anklingen: Anklage und Verhaftung ist nur in den Fällen und in den Formen gestattet, die das Gesetz bestimmt hat; willkürliche Befehle dürfen nicht ausgeführt werden; nur streng notwendige Strafen dürfen erlassen werden; die Unschuld jedes Menschen muß vorausgesetzt werden. Die Art. 10 und 11 erklären die Freiheit der Meinungen und ihrer Mitteilung, wenn auch im schroffen Gegensatz zu den Amerikanern und im Einverständnis mit Mably unter gewissen Einschränkungen. Den Ideen Mablys und Rousseaus, nicht denen der Amerikaner verdankt Art. 12 seine Entstehung: die Regierung ist zum Schutze der Menschen- und Bürgerrechte und zum Vorteil aller eingesetzt, aber nicht wie in Amerika eine selbständige Gewalt neben der gesetzgebenden und richterlichen. Die ursprüngliche Fassung Lafayettes läßt das amerikanische Vorbild noch erkennen. Die gleiche Verteilung der Steuern und die Notwendigkeit ihrer Bewilligung (Art. 13 und 14) finden sich auch schon in den amerikanischen Menschenrechten. Art. 15 fordert die Verantwortlichkeit der Beamten. Diese Forderung stellten auch Mably und Montesquieu ausdrücklich, während sie die Bill of Rights nicht kennt. Die Art. 16 und 17 betonen, wohl auch unter amerikanischem Einfluß, schließlich noch einmal die Notwendigkeit des Schutzes der Menschenrechte, der Gewaltentrennung und die Unverletzlichkeit des Eigentums.

Der ursprüngliche Entwurf von Lafayette enthielt noch einen Gedanken, den auch Mably ausspricht, den einer außerordentlichen Nationalversammlung zur Revision der Verfassung.²⁴ Auch der unter Rousseaus Einfluß stehende Entwurf von Siéyès enthielt den Gedanken einer Revision der Verfassung zu bestimmten Zeiten.²⁵ An Mably klingt es auch an, wenn Barnave die Menschenrechte einen „nationalen Katechismus“ nannte.²⁶ Und wieder erinnert es an ihn, wenn der Abbé Grégoire die Formulierung „Rechte und Pflichten des Bürgers“ vorschlug.²⁷

Mirabeau scheint die Faktoren, die die französischen Menschenrechte bestimmt haben, ganz richtig gesehen zu haben, wenn er anlässlich der Lektüre des Entwurfes des Fünfer-Ausschusses ausführte: der Entwurf sei für einen alten politischen Körper bestimmt, müsse daher notwendigerweise vielen örtlichen Umständen untergeordnet werden und könne nur nach einer relativen Vollkommenheit streben. Es habe außerdem aus 20 verschiedenen Plänen ein Ergebnis zusammengeschmolzen werden müssen, das für ein Volk nützlich sein müsse, das für die Freiheit nicht durch vernünftige Ueberlegungen, sondern durch den Eindruck der Tatsachen vorbereitet sei. Der Entwurf habe daher eine volkstümliche Form gesucht, die nicht dem entspreche, was man in Büchern oder abstrakten Ueberlegungen studiere, sondern dem, was man selbst erlebt habe, denn die Freiheit sei niemals die Frucht einer aus philosophischen Deduktionen abgeleiteten Doktrin gewesen, sondern die der täglichen Erfahrung. Man werde also die abstrakten Ausdrücke verständlich machen müssen, indem man sie mit den Gefühlen verbinde, die die Freiheit haben entstehen lassen, und indem man soweit als möglich jeden Anschein einer Neuerung vermeide. Das sei auch der Weg der Amerikaner gewesen. Die Schwierigkeit sei nur, das, was zur Natur des Menschen gehöre, von den Abänderungen in einer bestimmten Gesellschaft zu unterscheiden; die Grundsätze der Freiheit auszusprechen, ohne in die Einzelheiten einzutreten; und sich nicht der Abneigung gegen den Despotismus zu überlassen und eine Kriegserklärung gegen ihn anstatt einer Erklärung der Menschenrechte zu verfassen.²⁸

So sind denn auch die Menschen- und Bürgerrechte ein Kompromiß aus den gegebenen Verhältnissen, den amerikanischen Vorbildern und den Ideen der Zeit, in das auch Gedanken unseres Philosophen hineingeflossen sind. Man muß hier vor allem auf die bedeutende Rolle hinweisen, die sein Landsmann Mounier bei der Ausarbeitung der Menschenrechte und der Verfassung gespielt hat. Man findet tatsächlich bei diesem häufig Wendungen, die an die Sprache Mablys anklingen. In einem Berichte des Ausschusses zur Vorbereitung des Verfassungswerkes verlangt er ähnlich wie dieser die völlige Trennung der Gewalten, die Beschränkung der königlichen Gewalt, kurz, die Errichtung einer glücksichernden Verfassung. „Indem ihr die periodische Rückkehr oder die Permanenz

der Nationalversammlung sichert, indem ihr ihre Formen und ihre Zusammensetzung bestimmt, indem ihr die Grenzen aller Gewalten regelt, werdet ihr die Freiheit aufrichten.“²⁹ Und er forderte weiter eine Erklärung der Menschenrechte, da das Ziel aller Gesellschaften das allgemeine Glück sei und eine Regierung, die sich aus Unkenntnis von diesem Ziele entferne, fehlerhaft sei.

Große Anklänge an Mably finden sich auch in anderen Darlegungen Mouniers.³⁰ Die Freiheit besteht auch nach ihm darin, zu tun, was anderen nicht schadet. Die Gesetze zerstören die Herrschaft der Gewalt und bestimmen die Rechte und Pflichten aller Bürger. Daher findet er die Willkür eines einzelnen, mehrerer und besonders den Despotismus der Menge verwerflich. Zur Sicherung der Freiheit will er die Regierung auf der Basis der Gewaltenteilung errichten, da nur diese die Leidenschaften der Regierenden und Regierten in Schranken halten könne. Die richterliche Gewalt ist auch bei ihm nur ein Ausfluß der ausführenden, der aber von ihr unabhängig sein soll. Eine Demokratie hält er nur in einem kleinen Volke mit guten Sitten für möglich, bei großen Staaten dagegen fürchtet er von ihr die größten Nachteile des Tumults wegen, und weil dann keine Macht mehr besteht, die dem Volke die Wage halten könnte, wie das Beispiel der alten Republiken beweist. Er fordert daher die Uebertragung der gesetzgebenden Gewalt an eine Volksvertretung, die aus den Kreisen der Besitzenden zu wählen ist, und der ausführenden Gewalt auf einen erblichen König, nicht einen auf Zeit gewählten Beamten. Um einen Mißbrauch seiner Stellung zu verhindern, schlägt er verschiedene Mittel vor: Regelmäßigkeit der Nationalversammlungen, Steuerbewilligungsrecht, Preßfreiheit, Sicherung des Heeres, Provinzial- und Gemeindeversammlungen, größere Anteilnahme aller Bürger am Staate, Ministerverantwortlichkeit, Abschaffung willkürlicher Befehle. Auf der anderen Seite will er die Rechte der Krone aufrechterhalten durch Unverletzlichkeit und Heiligkeit des Königs, der Haupt und Repräsentant des Volkes, Verteiler der Gnaden und Würden ist. Ueberhaupt soll er zwar gegen die Angriffe der Legislative gesichert werden, doch keine Gesetzesinitiative erhalten. Dagegen — nun kommen einige wesentliche Abweichungen von Mably und der Einfluß Montesquieus — gibt Mounier dem Könige das Sanktionsrecht. Gegen das Veto gewährt er der Legislative das Recht der Steuerverweigerung.

Aber die Verfassung scheint ihm nicht fest gegründet, wenn die Volksvertretung nur eine einzige Versammlung bildet; er fordert daher ein erbliches Oberhaus oder mindestens einen gewählten Senat mit Vetorecht. Die Gewalt der Abgeordneten will er genau festlegen, imperative Mandate unmöglich machen. Die Verfassung soll endgültig sein; Mounier will daher keine bestimmte Epoche zur Reform festlegen, die Möglichkeit zu dieser jedoch nicht ausschließen.

Diese Ideengänge verraten also, trotz großer Abweichungen, eine unverkennbare Gedankenverwandtschaft zwischen Mounier und Mably. So zeigt denn auch der Verfassungsentwurf Mouniers eine weitgehende Uebereinstimmung mit den Gedanken Mablys.³¹

In ähnlicher Richtung bewegten sich die Gedanken von Siéyès, der nur in der Frage des Vetos von Mounier wesentlich abwich.³² Die Konstituante folgte im allgemeinen den Gedanken dieser Verfassungsentwürfe. Nur in drei Fragen erhoben sich längere Debatten: über die königliche Sanktion und das Veto, über das Ein- oder Zweikammersystem und über das Zensuswahlrecht.³³

Das Ergebnis des Kampfes bildete das verfassungsgebende Gesetz über die Staatsgewalten.³⁴ Der erste Artikel erklärte zwar die Abstammung aller Gewalten vom Volke, aber die beiden nächsten Artikel organisierten doch die monarchische Gewalt. Die meisten Mitglieder der Konstituante waren ebenso wie Mably noch königstreu. Selbst die Jakobiner verteidigten die Monarchie damals und später in einer Weise, die der Mablys sehr ähnlich ist. So schrieb noch im Januar 1791 ihr Organ: „Ein kleiner Staat kann lange Zeit als Republik regiert werden; ein großes Reich, das diese Regierungsweise angenommen hat, wird schließlich fast immer die Beute eines Usurpators. In dem einen sind die einander annähernden Bürger unter sich einiger; das wachsame Auge des Volkes hat wenig Raum zu durchlaufen; der Ehrgeizige könnte nur eine kleine Anzahl Arme in Bewegung setzen; und die Partei, die der Morgen sich bilden gesehen hat, besteht am Abend schon nicht mehr. Im andern findet man weniger Einheit, weniger Uebereinstimmung, weniger Möglichkeit, alles vorherzusehen und allem zu begegnen; früher oder später bilden sich hier mehrere Parteien; und man sieht das Volk, immer passives Instrument von Plänen, die es

nicht kennt, immer Spielzeug von Leidenschaften, die ihm fremd sind, immer verraten durch die verschiedenen Führer, denen es sein Blut und seine Reichtümer spendet, die ganze Kraft, deren es fähig ist, in unfruchtbaren Anstrengungen vergeuden, bis es, müde der Verwüstungen, Krisen und Spaltungen, einige Augenblicke der Ruhe durch das Opfer seiner Rechte erkaufte hat und mit dem Despotismus eine schändliche Kapitulation eingeht.“³⁵ Die Verfassung erklärte wie Mably, daß die Person des Königs unverletzlich und geheiligt, der Thron unteilbar, die Krone im Mannesstamme erblich sei. Die Unverletzlichkeit des Königs bestand ihre Feuerprobe nach dem Fluchtversuche Ludwigs XVI. Gegen Robespierre verteidigte sie vor allem Barnave mit Erfolg.³⁶ Art. 4 setzte, wie Mably es wollte, die Permanenz der Nationalversammlung fest. Um den nächsten Artikel entbrannte ein heftiger Kampf. Er verkündete das Einkammersystem. Lally-Tollendal, Mounier, Malouet, Siéyès, Dupont de Nemours und Virieu waren wie Montesquieu für zwei Kammern eingetreten, um die gesetzgebende Versammlung zügeln zu können. Auf der Gegenseite standen Mirabeau, Rabaud St.-Etienne, Thouret und andere. Von Mirabeau abgesehen, der dem Könige dafür das Auflösungsrecht geben wollte, stützten sich die Anhänger des Einkammersystems auf die Gedanken Rousseaus von der Einheitlichkeit und Unteilbarkeit der souveränen Gewalt, die eine Teilung der Legislative nicht zulasse. Die Stellung Mablys zu dieser Frage ist nicht ganz sicher. Im allgemeinen kennt er zwar nur eine einzige Kammer, doch billigte er die zweite Kammer in Massachussets als Gegengewicht gegen die Leidenschaften der Volksvertreter und man darf wohl annehmen, daß er sie auch in Frankreich gebilligt hätte. Weit einflußreicher war jedoch seine allgemeine Stellung zur Repräsentativverfassung. Es scheint ziemlich sicher, daß die Energie, mit der er stets Volksversammlungen bekämpft und die Notwendigkeit von Volksvertretungen in modernen Großstaaten betont hat, stark dazu beigetragen hat, daß das Repräsentativsystem sich in der Konstituante unangefochten von Rousseauschen Gedanken durchsetzte.³⁷

Im weiteren Einverständnis mit Mably setzte dann Art. 6 die Dauer der Legislaturperiode auf 2 Jahre und Art. 7 die völlige Erneuerung fest. Zu großen Kämpfen führten erst wieder die Art. 8—12, die sich mit der Notwendigkeit der königlichen

Sanktion und der Möglichkeit eines suspensiven Vetos auf zwei Legislaturperioden beschäftigten. Mirabeau, Mounier, Malouet, Virieu, Clermont-Tonnerre, Maury traten unter anderen für das absolute Veto ein. Dagegen wandte sich Siéyès gegen jedes Veto, da die Regierung auf Grund der Gewaltentrennung keinen Anteil an der Bildung der Gesetze haben und der Wille eines einzelnen nicht der ganzen Nation entgegenstehen dürfe. Ebenso wie Mably sah auch Rabaud St.-Etienne im König nur den Ausführer der Gesetze, in der Sanktion nur die königliche Unterschrift: „Sie ist nur der materielle Akt, durch welchen der König das Gesetz siegelt, sie ist nur die königliche Unterschrift.“⁴⁵ Ein Kompromiß beider Ansichten bildete das suspensive Veto, das Pétion, Thouret, Barnave, Al. Lameth und andere forderten. Die Meinung Mablys ist auch hier nicht eindeutig.⁴⁶ Er betrachtete ebenfalls die königliche Unterschrift nur als ein Echtheitszeichen, das nicht verweigert werden dürfe, lobte aber das suspensive Veto des gewählten Präsidenten in amerikanischen Verfassungen. Sicherlich ist auch hier keine Doktrin für die Konstituante entscheidend gewesen, sondern die Furcht vor dem Absolutismus und vor der Person des Königs.

Die weiteren Bestimmungen dieses Gesetzes enthielten keine wesentlichen Streitpunkte mehr und stimmten mit Ansichten Mablys durchgehend überein: der König kann nur einladen, ein Gesetz zu beraten; das Vorschlagsrecht gehört aber nur den Volksvertretern, die gesetzgebende Gewalt hat die Verfügung über die Steuern, die Aemter und die Anleihen; die oberste ausübende Gewalt liegt beim König; sie kann keine Gesetze, sondern nur Anordnungen im Einverständnis mit vorhandenen Gesetzen erlassen; die Minister sind verantwortlich; Befehle müssen vom Könige und einem Staatssekretäre unterzeichnet sein; die Justiz ist von den beiden anderen Gewalten getrennt.

Das Gesetz über die Organisation des gesetzgebenden Körpers enthielt noch einige Nachträge im Sinne Mablys:⁴⁷ Es sicherte die Unabhängigkeit der Nationalversammlung, bestimmte die Unvereinbarkeit gewisser Aemter mit der Abgeordneteneigenschaft und setzte eine Pause von 2 Jahren vor der dritten Wahl fest. Von allen Abgeordneten wurde ein Eid verlangt. Das Gesetz erklärte weiter die Legislative für unauflösbar, regelte den Beratungsmodus, verkündete die Oeffentlichkeit der Sitzungen und die Unverletzlichkeit

der Abgeordneten, die nur auf Anweisung der Legislative verfolgt werden durften. Schließlich überließ er dieser das vollständige Budgetrecht.

Auch die endgültige Verfassung brachte noch einige Neuerungen, deren Verhältnis zu Mably zu betrachten ist.⁴¹ Sie billigte den Ministern nunmehr im Gegensatz zu ihm einen Platz und Rederecht in der Nationalversammlung zu. Doch ganz realpolitische Gründe standen hinter dieser Aenderung. Die konstitutionelle Partei suchte die Verfassung in einem Sinne zu revidieren, der die königliche Autorität zu stärken vermochte. Gegen Robespierre setzte daher die Partei der Lameths und Barnaves diesen Artikel durch.

Dagegen machte sich doktrinärer Einfluß im Titel 7 der Verfassung über die Revision der Verfassungsbeschlüsse bemerkbar.⁴² Er erklärte, daß die Nation das unveräußerliche Recht auf Verfassungsänderung habe, und setzte dann die Form der Revisionsversammlung fest, die allerdings von Mablys außerordentlicher Versammlung abweicht. Dieser verlangte vor allem, wie auch Pétion, eine periodische Revision. Hiergegen entschied sich die Mehrheit der Versammlung und beschloß auf Betreiben Barnaves, daß der einstimmige Wunsch dreier Legislaturperioden zur Revision erforderlich sei, da nur dann der Wille des Volkes nicht revolutionär, sondern überlegt und klug sei. Aus diesem Grunde sollte auch stets nur eine teilweise, nie eine gänzliche Revision der Verfassung möglich sein. Also auch dieser Teil der Verfassung wich von den Wünschen Mablys wesentlich ab.

Die wichtige Frage des Wahlrechtes wurde entschieden durch das Gesetz über die Wahlen und über die Departementsverwaltungen.⁴³ Hier interessiert nur der erste Abschnitt über die Bildung der Versammlungen zur Wahl der Vertreter zur Nationalversammlung. Die Konstituante führte das allgemeine Stimmrecht ein, bog es aber sofort durch die Unterscheidung von aktiven und passiven Bürgern in ein Zensuswahlrecht um. Aktivbürger, d. h. wahlberechtigt in den Primärversammlungen, war jeder Mann, der eine Steuer im Werte von 3 Arbeitstagen bezahlte und nicht in einem abhängigen, dienenden Verhältnis stand. Wahlfähig in den Primärversammlungen war jeder, der eine direkte Steuer im Werte von 10 Arbeitstagen bezahlte. Um wahlfähig zur Nationalversamm-

lung zu sein, wurde schließlich eine direkte Steuer im Werte einer Silbermark und der Besitz eines Grundeigentums gefordert. Grégoire, Robespierre, Pétion, Ch. Lameth bekämpften die Zensuswahl als aristokratisch; Siéyès und Barnave vertraten sie. Diese politisch klarblickenden-Rousseau-Jünger gingen also an dieser Stelle gegen ihren Meister, aber mit Mably und Montesquieu. Auch hier war wieder die politische Einsicht und die Besorgnis vor dem Pariser Pöbel, nicht eine doktrinäre Ansicht für die Entschließung der Konstituante maßgebend.

Diese stimmte mit Mably in der Frage der geistlichen Güter und der Zivilkonstitution des Klerus überein.⁴⁴ Aber die Gründe, die bei ihr zur Enteignung führten, waren doch ganz andere. Nicht die Furcht vor den Verwirrungen, die eine ehrgeizige und habsüchtige Geistlichkeit anrichten könnte, sondern die Bedürfnisse der Staatsfinanzen bestimmten sie zu diesem Schritte. Bei Talleyrand, der diesen Antrag stellte, darf man Einflüsse Mablys sicher nicht voraussetzen.

Die Konstituante näherte sich auch insofern den Ansichten des Philosophen, als sie die katholische Religion zur Staatsreligion machte.⁴⁵ Als Custine einmal die freie öffentliche Ausübung jeder Religion beantragte, konnte ihm Thiébault antworten: „Sie stellen da einen verfassungswidrigen Antrag.“⁴⁶ Aber nicht die Furcht Mablys vor Religionsstreitigkeiten, sondern die realpolitische Erkenntnis der Macht der katholischen Kirche in Frankreich führte die Konstituante hierzu.

In einem weiteren Punkte stimmte wieder Siéyès mit Mably überein. Schon die Menschenrechte unterwarfen die Preßfreiheit gewissen Beschränkungen. In einem Ausschußberichte äußerte sich Siéyès über Preßvergehen: „Die Freiheit der Presse muß also, wie alle Freiheiten, gewisse gesetzliche Grenzen haben.“⁴⁷ Auch diesmal waren wieder die Tatsachen entscheidend: der verhängnisvolle Einfluß, den Zeitungsschreiber wie Marat ausübten.

Auch die engere Verbindung der Bürger mit dem Soldatenstande, die Mably so dringend forderte, nahm die Konstituante in Angriff. Vor allem Al. Lameth setzte seine ganze Arbeitskraft in dieser Richtung ein.⁴⁸ So bestimmte das Verfassungsgesetz über das Landheer, daß jeder Soldat seine Eigenschaft als Aktivbürger bewahrt und sie ausüben kann, wenn er in seinem Kanton nicht in

Garnison steht, oder wenn er seine Dienstzeit beendet hat. Weiter hob das Gesetz die Käufllichkeit aller militärischen Aemter auf und ermöglichte jedem Bürger den Zugang zu diesen. Auch hier wieder war die Notwendigkeit die Führerin: das Heer sollte dem Einflusse des Königs entzogen und die Revolution gegen Angriffe von außen geschützt werden. Der allgemeinen Dienstpflicht, die Mably forderte, kam die Konstituante schon sehr nahe. Menou forderte sie schon: „Unser Ziel muß die Bewahrung der Freiheit sein. Die Militärorganisation darf niemals Mittel zur Unterdrückung liefern können. Das erste Recht und die erste Pflicht jedes Bürgers ist, die Waffen im Dienste des Vaterlandes zu tragen: Man braucht eine militärische Aushebung.“⁴⁹ Die allgemeine Dienstpflicht wurde im Prinzip schon ausgesprochen, wenn das Gesetz über die öffentliche Macht nur denen das Recht des Aktivbürgers ließ, die sich zur Verteidigung des Vaterlandes in der Nationalgarde bereit erklärten.⁵⁰

Weitgehende Uebereinstimmung zeigt sich in der Ordnung der *Rechtspflege*. Die Konstituante übernahm vor allem die von Mably und Montesquieu empfohlenen Geschworenengerichte für Strafsachen.⁵¹ Die Begründung, die Siéyès für sie gab, ähnelte der seinen: „Diese Einrichtung ist der wirkliche Garant der persönlichen und öffentlichen Freiheit gegen den Despotismus der furchtbarsten der Gewalten. Es wird wesentlich sein, früher oder später das Amt der Geschworenen zur Entscheidung aller Tatsachen in Rechtsfragen anzuwenden.“⁵²

Die Grundlagen der Rechtsprechung ordnete das Gesetz über die Strafen in Uebereinstimmung mit Mably: gleiche Strafen für gleiche Vergehen, nur Bestrafung der Schuldigen, keine Güterbeschlagnahme.⁵³ In weiterer Uebereinstimmung mit ihm stand auch das Gesetz über die Rechtsorganisation.⁵⁴ An die Stelle der Käufllichkeit der Rechtsprechung setzte es die Gebührenlosigkeit und Besoldung durch den Staat. Wie Mably wollte, sollten die Richter auf Zeit gewählt werden. An ihn erinnert es, wenn Duport — ganz deutlich gegen Montesquieu gerichtet — erklärte: „Beständige Richter würden natürlich zu Ideen der Ungleichheit hingeführt werden. Wenn sie dagegen auf Zeit sind, werden sie nicht vergessen, was sie waren, und werden sich erinnern, was sie werden müssen. Man hat gesagt, daß der Richterstand lange Studien erfordere; das mag sein, aber wenn die Gesetze jedermann ver-

ständig gemacht werden könnten, würde der Richter sich nicht mehr mit einem wissenschaftlichen Schleier bedecken können, der manchmal eine wirkliche Unwissenheit verdeckt. Die Justiz soll unparteiisch, schnell und leicht sein.⁵⁵ Weiter wurde die Trennung von der Verwaltung und ihre Öffentlichkeit ausgesprochen. Es folgte ferner die Rechtsprechung durch Geschworene im Strafrecht, die Gleichheit vor dem Gesetze und die Garantie des ordentlichen Rechtsganges.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Rechtsordnung der Konstituante war die Errichtung des **Kassationstribunals**.⁵⁶ Aber dieses entsprach durchaus nicht den Wünschen Mablys, der möglichst wenig Berufungen wollte, und wir sehen hier, daß diese ganze Ordnung der Rechtsprechung, soweit die Anklänge auch gehen mögen, ihr Vorbild doch wo anders hat als in den Ideen der Philosophen. Man wird das meiste in der Rechtspflege der angelsächsischen Länder wiedertreffen. Auch der nationale Obergerichtshof, vor dem die Legislative Bürger wegen Staatsverbrechens verklagen konnte und der als Schutzwall gegen die Exekutive gedacht war, widersprach dem Grundsatz Mablys, daß die gesetzgebende keinen Einfluß auf die richterliche Gewalt haben dürfe.⁵⁷

Dagegen stimmte in einem anderen Punkte die Konstituante mit ihm völlig überein: in der Frage der **Erbschaftsregelung**.⁵⁸ Auf eine posthume Rede Mirabeaus hin wurden zunächst für Erbschaften ohne letztwillige Verfügung alle Vorrechte der Erstgeburt und des Geschlechtes aufgehoben und die völlige Gleichheit der Erben bestimmt. Robespierre ging in Mablys Sinne noch weiter, indem er jedes Testament verwarf. Aber auch hier war neben der Doktrin sicher noch der Wunsch ausschlaggebend, die großen Majorate zu zerschlagen.

Die Organisation des Ministeriums entsprach nur zum Teile der Meinung Mablys.⁵⁹ Im Gegensatz zu ihm übertrug die Konstituante die Wahl und die Berufung der Minister dem König. Dagegen entsprach die scharfe Abgrenzung der 6 Ministerien gegeneinander und die genaue Bestimmung ihrer Aufgaben seinem Verfassungsplane. Jedoch erfüllte die Konstituante nicht ganz seine Forderung nach völliger Trennung der Finanzverwaltung von der

Exekutive, die auch Robespierre forderte. Die Verantwortlichkeit der Minister erkannte aber auch sie ausdrücklich an.⁶⁰

Viele andere Einzelheiten lohnen nicht der Untersuchung: z. B. die Entziehung des königlichen Gnadenrechtes, die Einziehung seiner Domänen und ihre Ersetzung durch eine Zivilliste, die Aufhebung der Apanagen für die Prinzen, deren Wahlunfähigkeit. In allen diesen Fragen stimmte zwar die Konstituante mit Mably überein, doch läßt sich sein Einfluß kaum nachweisen und kam auch höchstens als sekundäres Moment in Betracht.

Schluß.

Die Untersuchung hat die Persönlichkeit eines Denkers der geschichtlichen Betrachtung unterworfen, der, Kind seiner Zeit, in ihr doch in seinem Denken und Wollen eine eigenartige Stellung einnahm. Seine Gesellschafts- und Staatslehren zeigten einen Theoretiker, der von Vorgängern zwar stark beeinflusst, von seinen unmittelbaren Zeitgenossen in seinen Lehren sehr erheblich abwich. Und sehr eigenartig gestaltete sich dann auch sein Einfluß auf die französische Revolution. Die Kritik am französischen Absolutismus und die Forderung, daß eine Vertretung der Nation die französische Verfassung — auch mit Gewalt — reformieren müsse, teilte er allerdings mit einer ganzen Schule von Historikern.¹ Diese Forderung geht mit ihrer Begründung durch die altgermanische Freiheit der Franken auf Hotman zurück und wurde im 18. Jahrhundert durch eine ganze Historikerschule, deren Häupter Boulainvilliers, Mably und Lepaige waren, vertreten. Während aber Boulainvilliers im Adel und Lepaige in den Parlamenten die zur Reform berechtigten Körperschaften sah, wich Mably von ihnen grundsätzlich ab durch seine Lehre, daß allein die zu einer Vertretung des souveränen Volkes umgewandelten Generalstände hierzu berechtigt seien. Aber gerade hierin stimmte er mit den Männern von 1789 überein und ein Vergleich des Werkes der Konstituante mit den Konzeptionen der vorrevolutionären Staatstheoretiker ergibt die größte Ähnlichkeit zwischen ihm und den Vorschlägen Mablys. „Seine politischen Theorien, weniger tief als diejenigen Montesquieus, weniger fein als diejenigen Rousseaus, haben einen beträchtlichen Einfluß auf seine Zeitgenossen ausgeübt. In manchen Punkten sind sie den Gesetzen am benachbarsten, für die die Revolutionsversammlungen stimmten.“²

Die Bedeutung und Originalität der Lehren Mablys dürfte im Laufe der Untersuchung deutlich hervorgetreten sein. Man wird auch der in der Einleitung zitierten Meinung eines deutschen Historikers voll beitreten können, daß er auf seine Zeit und die Revolution „stärksten Einfluß gewann“, und daß „seine Ideen denen der Mehrzahl der Mitglieder der Mitglieder der Konstituante am nächsten“ kamen. Aber man wird andererseits Mably ganz energisch gegen die Vorwürfe in Schutz nehmen müssen, daß „er wenig über dem Durchschnitt seiner Leser stand“, daß er unselbständig „die Lehren Montesquieus mit denen Rousseaus, unter starker Bevorzugung des letzteren“ vermischte, und daß er „genug der Grobheit des Denkens“ besessen habe, „um von Montesquieu, wie von Rousseau das Beste und Feinste wegzulassen“. Der Vorwurf des Plagiates an Rousseau ist im Verlaufe der Untersuchung bereits zurückgewiesen worden. Aber es stimmt auch nicht, daß er „das Wort und den Begriff“ „republikanische Monarchie“ verbreitet und damit sein Verfassungsideal bezeichnet habe. Mably wandte dieses Wort nie auf seine Verfassung an, sondern nannte diese stets „gemischte Regierung“ oder „System der Gegenkräfte“. Der „Begriff“ aber, nämlich die Bezeichnung einer auf die Volkssouveränität und die Herrschaft der Gesetze gegründeten Regierung, — gleich ob Monarchie, Aristokratie oder Demokratie — als „Republik“, findet sich bereits bei Sidney und viel deutlicher als bei Mably vor allem bei Rousseau.² Man wird daher in Zukunft nicht nur den Einfluß der Lehren Mablys, sondern auch ihre Originalität und ihr geistiges Niveau rückhaltlos anerkennen müssen.

Aber auch der in der Einleitung zitierten Meinung Sées kann man nicht in ihrem ganzen Umfange beitreten. Dieser übersieht, daß die Richtung der öffentlichen Meinung doch nicht so, wie er meint, von „demokratischen Gedanken durchdrungen“ war, und daß diese andererseits bei Mably doch sehr in den Hintergrund treten. Welch Gegensatz zwischen Mably und den doktrinären Lehren eines Robespierre!

Ebenso wird man sich den angeführten Sätzen Guerriers gegenüber kritisch verhalten müssen. Daß irgendwelche politischen Theorien „die Ereignisse von 1789 im voraus geregelt haben“, ist nicht richtig. Die Beschlüsse der Konstituante ergaben sich zum größten Teil aus dem Zwange der Verhältnisse und der Eigenart der

Persönlichkeiten, z. B. des Königs und Neckers. Dem politischen Bedürfnis entsprechend griffen die Männer der Konstituante auf vorhandene Theorien zurück. Bei aller Anerkennung der Bedeutung der politischen Theorien darf doch nicht übersehen werden, wie oft die individuellen Momente, die Zwangslage, in die die Versammlung geriet, und die Lagerung der Kräfte es waren, die bestimmten, für welche Ideen die Konstituante sich entschied. Ebenso unrichtig ist es, daß sie „das Ziel bezeichnet“ haben, „zu welchem die vorherrschenden Leidenschaften strebten“. Wir müssen uns erinnern, daß 1787 noch die ständische Ideologie herrschend war, daß die Revolution der Notabeln von ständischer Gesinnung und ständischem Machtstreben getragen war, und daß Mably im Gegensatz dazu der erbitterteste Gegner des privilegierten Ständetums und seiner Vorkämpfer, der Parlamente, gewesen ist.

Aber richtig ist es zweifellos, daß „die Rolle und der Einfluß des Abbé Mably zu sehr vernachlässigt wird“, daß für ihn „neben den großen politischen Schriftstellern des 18. Jahrhunderts ein wichtiger Platz in der Geschichte der politischen Theorien vorbehalten werden muß“, und daß „er sich in seiner Theorie mehr dem politischen Typ genähert“ hat, „den der Nationalgeist Frankreichs schließlich angenommen hat, als seine berühmteren Zeitgenossen“. Daß sein Einfluß nicht vernachlässigt werden darf, haben wir bei der Betrachtung des Werkes der Konstituante gesehen. Doch muß einschränkend gesagt werden, daß dieser Einfluß oft mehr ein toter wissenschaftlicher, als ein lebendiger, auf die Massen wirksamer gewesen zu sein scheint. Viele Zitate machen den Eindruck, als ob sie mühsam aus einer wissenschaftlichen Autorität zur Unterstützung der eigenen Ansichten herausgeholt worden seien.

Die Untersuchung des Werkes der Konstituante hat uns die vielfache Aehnlichkeit ihrer Anschauungen mit den Lehren Mablys gezeigt. Aber wie selten war ein direkter, die Entscheidungen bestimmender Einfluß festzustellen! Die Uebereinstimmungen sind zum größten Teile sicher anders zu erklären. Das Werk der Konstituante entstand eben nicht allein aus doktrinären Anschauungen, sondern ganz entscheidend unter dem Zwange tatsächlicher Verhältnisse. Willensbildung und öffentliche Meinung waren im schnellen Wandel begriffen, zeigten 1790 einen anderen Charakter als noch ein Jahr zuvor. Die Lehren Mablys behalten für die ge-

schichtliche Betrachtung ihre große Bedeutung, weil sie zeigen, welcher Art die Ideen waren, die der Konstituante bei ihrem Ringen mit dem Verfassungsproblem bereits vorlagen, führenden Persönlichkeiten in ihr geläufig waren und Waffen ihres geistigen Rüstzeuges bildeten. Gestaltende Kraft für die Wirklichkeit gewannen sie doch erst, als der Machtegoismus des 3. Standes sich ihrer bemächtigte im Kampf gegen Privilegierte und reaktionäre Willeien des Königs. Die Doktrin beeinflusste die Ereignisse insofern, als sie die geistige Vorstellungswelt der Abgeordneten beeinflusste, aber die Ereignisse und die Lagerung der Kräfte entschieden, welche der vorhandenen und konkurrierenden Ideen siegten. Nicht eine bestimmte Doktrin machte die Ereignisse und beherrschte die Menschen, sondern die Ereignisse bestimmten, welcher Doktrin die Wunschgedanken und der Interessenkampf sich bemächtigten. Unter den siegenden Ideen nahmen Mablys Staatstheorien allerdings einen hervorragenden Platz ein.

Anmerkungen.

Einleitung.

1. Diesen Vers schrieb Pugos unter seinen Kupferstich des Abbé Mably. Eine Wiedergabe dieses Stiches findet man bei Michoud. — Vgl. Brizard S. 118.

2. Vgl. Serve S. 21 ff., Guerrier S. 1 ff.

3. Vgl. Brizard S. 107 ff.

4. Vgl. Serve S. 21 Anm. 2.

5. Brizard: Eloge historique de l'Abbé de Mably. 1787. L'évesque: Eloge historique de M. l'Abbé de Mably. Paris 1787.

6. Brizard S. 2 f.

7. Barthélemy: Vie privée de l'Abbé Mably. Paris 1790.

8. Vgl. Quérard: V, 404 ff.

9. Vgl. die Reden von Duquesnoy und Prugnon in AP. XVII, 446 und XXVI, 618 ff.

10. Mably XIII, 353 ff. Vgl. AP. XVIII, 427.

11. Vgl. Guerrier S. 6 ff., Améline S. 107, AP. XXVI, 612.

12. Franck: Notice sur la vie et le système politique et social de Mably. Paris 1848. — Rochéry: Mably, ses théories sociales et politiques. Paris 1849.

13. Guerrier: L'Abbé de Mably, moraliste et politique. Paris 1886.

14. Allix: La philosophie politique et sociale de Mably. (Revue des Etudes historiques. 1889. S. 1 ff., 120 ff.) — Michoud: Les théories sociales et politiques de Mably. (Bulet. de l'Acad. Delph. 1901. S. 89 ff.)

15. Mettrier: L'impôt et la milice dans J.-J. Rousseau et Mably. Thèse. Paris 1901. — Mellis: Le principe de la séparation des pouvoirs d'après l'Abbé de Mably. Thèse. Toulouse 1907. — Serve: Mably et les physiocrates. Thèse. Poitiers 1911.

16. Girsberger: Der utopische Sozialismus usw. Diss. Zürich 1924. — Hoffmann-Linke: Zwischen Nationalismus und Demokratie. H. Z. Beih. 9. 1927. — Hintze: Staatseinheit und Föderalismus usw. Stuttgart, Berlin und Leipzig 1928.

17. Wahl: Vorgeschichte I, 144; ähnlich auch II, 388. Die Stellen im Text sind von mir gesperrt. Uebrigens scheint W. über Mablys Leben nicht ganz im klaren zu sein, denn er schreibt im selben Werke zum Jahre 1788: „Sehr viel beachtet wurde zur selben Zeit auch die „Fortsetzung der Betrachtungen über die französische Geschichte“ des beliebten und viel schreibenden Mably.“ II, 299.

18. Taine I, 301, Fabre S. 605, Hoffmann-Linke S. 154.
19. Sée S. 272, Aulard I, 3.
20. Guerrier S. 115 ff.
21. Es wäre eine dankbare Aufgabe für eine spätere Untersuchung, Mablys Einfluß auf die vorrevolutionären Flugschriften zu untersuchen. — Die Tübinger Diss. 1931 von Kupfer über die Broschürenliteratur von 1786—92 behandelt unwesentliche Einzelfragen, ohne Mably zu erwähnen.

I. Kapitel.

1. Ueber die Familie Mablys vgl. Michoud S. 146 f.
2. Vgl. Rousseau: Bekenntnisse 7. B. S. 363.
3. Ueber das Leben Mablys vgl. Brizard S. 93 ff.
4. Parallèle des Romains et des Français. 2 vol. 1740. Vgl. Brizard S. 97 ff., Allix S. 3 ff. S. auch die Ankündigungen zu den „Obs. s. les Romains“ und den „Obs. s. l'hist. de France“.
5. Le droit public de l'Europe, fondé sur les traités, depuis la paix de Westphalie, en 1648, jusqu'à nos jours. 2 vol. 1748, 2. éd. 3 vol. 1754, 3. éd. 3 vol. Genève 1764. Vgl. Brizard S. 8 ff., 15, 98 ff. — Text: Mably V, 199 ff., VI, 1 ff., VII, 1 ff.
6. Vgl. „Le banquet des politiques“. Mably XIII, 66 u. 69 ff.
7. Mably V, 203 f.
8. Observations sur les Grecs. Genève 1749. Neue Aufl.: Obs. sur l'histoire de la Grèce. 1766. Vgl. Brizard S. 16 ff., 100 ff. — Text: Mably IV, 1 ff. Observations sur les Romains. Genève 1751. Vgl. Brizard S. 12 ff., 101. — Text: Mably IV, 223 ff.
9. Mably X, 202.
10. Principes des négociations pour servir d'introduction au droit public de l'Europe, fondé sur les traités. La Haye 1757. Vgl. Brizard S. 12 ff., 101 ff. — Text: Mably V, 1 ff.
11. Des droits et des devoirs du citoyen. Posth. Vgl. Brizard S. 69, 115. — Text: Mably XI, 245 ff. — Ich beabsichtige, eine deutsche Uebersetzung dieser Schrift herauszubringen.
12. Entretiens de Phocion. Amsterdam 1763. Vgl. Brizard S. 26 ff., 103 ff. — Text: Mably X, 1 ff.
13. Observation sur l'histoire de France. 2 vol. Genève 1765. Vgl. Brizard S. 21 ff., 104 ff. — Text: Mably I, 121 ff., II, 1 ff., III, 1 ff.
14. Diese Gedanken waren allerdings nicht neu. Vgl. Hölzle und Lemarié.
15. De l'étude de l'histoire. 1778. Vgl. Brizard S. 40 ff., 110 ff. — Ueber die Datierung vgl. Guerrier S. 141 f. — Text: Mably XII, 1 ff.
16. Doutes proposés aux philosophes économistes sur l'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques. 1768. Vgl. Brizard S. 69, 106 ff. — Text: Mably XI, 1 ff.
17. Du gouvernement et des lois de la Pologne. 1781. Vgl. Brizard S. 35 ff., 107 ff. — Text: Mably VIII, 1 ff.

18. *Principes de morale*. 1784. Vgl. Brizard S. 65 ff., 211 ff. Zur Datierung vgl. Guerrier S. 49 Anm. Zur Zensurgeschichte vgl. Belin S. 335. — Text: Mably X, 205 ff.

19. *De la législation, ou Principes des lois*. Amsterdam 1776. Vgl. Brizard S. 44 ff., 108 ff. — Text: Mably IX, 1 ff.

20. Brizard gibt S. 107 für die Reise das Jahr 1770 an. Das muß ein Irrtum sein, denn die beiden Denkschriften sind nach eigener Angabe 1770 und 1771 auf Schloß Liancourt geschrieben worden. Andererseits ergibt sich aus den Schriften „Das Gastmahl der Politiker“ und „Von der Lage Polens im Jahre 1776“ und aus einem Briefe Mablys aus Horocow (?) vom 3. 2. 1777 (vgl. Villeneuve-Guibert S. 447 ff.) einwandfrei, daß M. 1776—1777 in Polen weilte. Vgl. außerdem Mably XIII, 179, XV, 135.

21. Mably XIII: *De la situation politique de la Pologne en 1776*. (1 ff.) *Le banquet des politiques*. (66 ff.) *De l'étude de la politique*. (122 ff.) *Des maladies politiques et de leur traitement*. (180 ff.) *Du commerce des grains*. (242 ff.) *De la superstition*. (299 ff.) *Notre gloire ou nos rêves*. (355 ff.) *De la paix d'Allemagne*. (476 ff.) *De la mort de l'Impératrice-Reine*. (506 ff.) — Mably XIV: *L'oracle d'Apollon, ou de la connaissance de soi-même*. (1 ff.) *Des talents*. (87 ff.) *Du beau*. (187 ff.) — Mably XV: *Du développement, des progrès et des bornes de la raison*. (1 ff.) *Le compte-rendu*. (83 ff.) *La retraite de M. Necker*. (112 ff.) *Du cours et de la marche des passions dans la société*. (135 ff.)

22. *De la manière d'écrire l'histoire*. 1783. Vgl. Brizard S. 69 ff., 111 ff. — Text: Mably XII, 319 ff.

23. *Observations sur le gouvernement et les lois des Etats-Unis d'Amérique*. 1784. Vgl. Brizard S. 77 ff., 113 ff. — Ueber Mably und Adams vgl. Aulard: *John Adams, Mably et la révolution d'Amérique*. (*La Révolution Française* 1917. S. 555 ff.) — Text: Mably VIII, 283 ff.

24. Vgl. über das Folgende Brizard S. 118 ff.

25. Vgl. darüber Brizard S. 82 ff., 116 ff. Im übrigen habe ich versucht, auf Grund autobiographischer Stellen seiner eigenen Werke ein Bild seiner Persönlichkeit zu zeichnen.

26. Mably XIII, 140.

27. Mably XIII, 168.

28. Mably XIII, 231 ff.

29. Mably XIII, 3 ff.

30. Vgl. Mably XIII, 59.

31. Vgl. Mably X, 311 ff., 327 ff., 399 ff.

II. Kapitel.

1. Vgl. „*De la législation*“. Mably IX, 1 ff.

2. Mably IX, 23 ff.; vgl. auch X, 221.

3. Mably IX, 10.

4. Vgl. auch Mably XII, 83 ff., XV, 268 ff.

5. Mably IX, 202. Vgl. auch Mably XIII, 213.

6. Mably IX, 23.
7. Vgl. Mably X, 46 ff., 220 ff.
8. Mably X, 50.
9. Mably XI, 28.
10. Vgl. Mably X, 52.
11. Vgl. Mably X, 322.
12. Vgl. auch Mably XI, 10 ff.
13. Vgl. Mably XI, 23 u. 25.
14. Vgl. Mably XIII, 309; IV, 1 ff.
15. Vgl. Mably XI, 9.
16. Mably XI, 355.
17. Mably XIII, 273 ff.
18. Mably IX, 209.
19. Vgl. Mably IX, 260 ff.
20. Vgl. Mably X, 170.
21. Vgl. Mably IX, 254 ff.
22. Mably VI, 321.
23. Mably IX, 112.
24. Mably X, 113.
25. Mably VIII, 389; vgl. ferner Mably VI, 307 ff., V, 168, XIII, 257.
26. Mably VIII, 202.
27. Mably X, 148. Vgl. auch Mably IX, 69, XII, 283, IX, 237 ff.
28. Mably I, 231 ff.
29. Vgl. Mably VIII, 289.
30. Vgl. Mably XII, 56.
31. Vgl. hierzu Mably I, 399 u. 443, XII, 312 ff.
32. Mably VIII, 201.
33. Mably X, 152. Vgl. auch Mably IX, 257 ff.
34. Mably IX, 295 ff.
35. Vgl. Mably X, 372 ff.
36. Mably IX, 324.
37. Mably IX, 349. Vgl. auch Mably X, 281.
38. Mably VIII, 343.
39. Mably XIII, 337.
40. Vgl. Mably VIII, 343 ff.
41. Mably XIII, 446 f.
42. Vgl. Mably VIII, 350.
43. Vgl. Mably VIII, 354 ff.

III. Kapitel.

1. Vgl. „Des droits et des devoirs du citoyen“. Mably XI, 245 ff.
2. Mably XI, 259.
3. Vgl. Mably X, 222 ff., XI, 159 ff., XV, 27 ff.
4. Vgl. Mably XII, 274.
5. Mably X, 195.

6. Mably XIII, 156.
7. Mably XIII, 427.
8. Mably VIII, 41.
9. Vgl. Mably XII, 297, XI, 129 ff.
10. Mably XI, 184.
11. Vgl. Mably XI, 73.
12. Vgl. Mably IX, 239 ff., VIII, 292 ff., 296 ff., 308 ff., XI, 435 ff., XII, 81 ff.
13. Mably IX, 244.
14. Vgl. Mably VIII, 324.
15. Vgl. „Du gouvernement et des lois de la Pologne“. Mably VIII, 1 ff.
16. Vgl. auch Mably XII, 49 ff., XI, 437.
17. Mably X, 108.
18. Mably X, 105 ff.
19. Vgl. Mably VIII, 305 ff., 328 ff.
20. Mably XII, 28. Vgl. auch Mably X, 293, VIII, 326.
21. Vgl. Mably VIII, 305 ff.
22. Mably XI, 437. Vgl. Mably VIII, 21 ff.
23. Vgl. Mably XI, 437, XIII, 429 ff.
24. Vgl. auch Mably XI, 437 ff. Hier verlangt er dreimalige Lesung in Abständen von 10 Tagen. Vgl. ferner Mably IX, 244 f.
25. Vgl. Mably IX, 246; VIII, 16 ff.
26. Vgl. ferner Mably XII, 48 ff., XI, 461 ff.
27. Mably XI, 439.
28. Mably XII, 181.
29. Mably XI, 458.
30. Mably XII, 233.
31. Mably VIII, 324 ff.
32. Mably XI, 289.
33. Vgl. ferner Mably VIII, 317 ff.
34. Vgl. hierzu Mably IX, 260 ff., 267 ff., VIII, 294, 361 ff., XII, 144, XI, 441 ff.
35. Vgl. ferner Mably XI, 453 ff., VI, 232 ff.
36. Vgl. noch Mably XI, 443 ff.
37. Vgl. noch Mably XI, 448 ff., VIII, 371 ff.
38. Vgl. auch Mably XI, 446 ff., XII, 305.
39. Vgl. auch Mably XI, 466.
40. Vgl. Mably XI, 67 ff., 208 ff.
41. Mably XI, 455.

IV. Kapitel.

1. Das Verhältnis Mablys zu den Materialisten und zu Morelly ist von Guerrier, das zu den Physiokraten besonders von Serve, und das zu Rousseau und Montesquieu von Mellis untersucht worden. Diesen französischen Historikern fühle ich mich daher für das Folgende sehr verpflichtet. Die ausführ-

lichen Vergleiche mit Platon, Montesquieu, Rousseau, Sidney und Locke beruhen jedoch auf eigenem Quellenstudium.

2. Vgl. Mably XIII, 313 ff., XIV, 88, 99, 107, 198, XV, 26.
3. Vgl. „Principes de morale“, 3. Buch.
4. Vgl. „Phocion“ u. „Principes de morale“. Vgl. Guerrier S. 24 ff.
5. Vgl. „Principes de morale“, 2. Buch.
6. Vgl. Serve S. 73 ff., Mellis S. 272 ff., Guerrier S. 38 ff.; ferner Mably XIII, 149, 213, 242, 295 ff.
7. Vgl. „Doutes . . .“ u. „De la législation“. M. bekämpft hier hauptsächlich die Verfassungslehren der Physiokraten.
8. Vgl. Guerrier S. 50 ff.
9. Vgl. die „Obs. s. les Grecs“ von 1749.
10. Vgl. Platon, „Gesetze“ 1. B., 3. Abs. 11; Mably XI, 159 ff.
11. Vgl. Pl. 3. B. 1 ff.; Mably XI, 254.
12. Vgl. Pl. 3. B. 10 ff.; Mably XI, 67 ff.
13. Pl. 3. B. 10, Abs. 11.
14. Vgl. Pl. 1. B. 5, Schluß; 6, Schluß; 3. B. 8; Mably X, 50, 285.
15. Pl. 4. B. 8, Abs. 5; vgl. 12. B. 11.
16. Pl. 5. B. 10, Abs. 1; vgl. Mably IX, 54 ff.
17. Pl. 5. B. 10, Abs. 2; vgl. Mably XIII, 273 ff., XI, 12.
18. Pl. 5. B. 13.
19. Vgl. Pl. 5. B. 12; Mably IX, 96 ff.
20. Vgl. Pl. 6. B. 1 ff.; Mably IX, 170 ff.
21. Vgl. Pl. 7. B. 1 ff.; Mably IX, 297 ff.
22. Vgl. Pl. 8. B. 1 ff.; 12. B. 2; Mably IX, 157 ff., 195, 256 ff.
23. Vgl. Pl. 8. B. 11 ff., 11. B. 4; Mably IX, 112 ff.
24. Vgl. Pl. 9. B. 1 ff.; Mably IX, 267 ff.
25. Vgl. Pl. 10. B. 1 ff.; Mably IX, 321 ff.
26. Vgl. Pl. 11. B. 6 ff.; Mably IX, 116 ff.
27. Vgl. Pl. 12. B. 5 ff.; Mably IX, 125 ff.
28. Vgl. Mellis S. 233 ff.
29. Der Behauptung Asters (S. 38), daß „die Sympathien Montesquieus doch schließlich der Republik gelten“, vermag ich nicht beizustimmen.
30. Vgl. Mont. 1, II; Mably XI, 259.
31. Mont. 1, III. Abs. 1; vgl. Mably IX, 52, IV, 2, X, 222.
32. Vgl. Mont. 1, III. Abs. 12; Mably IX, 22, 209.
33. Vgl. Mont. 2, I; Mably XII, 77 ff. Einmal scheint er auch die platonische und einmal vielleicht die Einteilung Montesquieus zu benutzen. S. Mably VIII, 326 ff., IX, 229 ff.
34. Vgl. Mont. 2, II; Mably IV, 53 ff.; Mont. 2, III; Mably IV, 250 ff.
35. Vgl. Mont. 2, IV; Mably XI, 389 ff.
36. Vgl. Mont. 3, III, IV, VI, IX; Mably X, 50.
37. Mont. 5, I. Abs. 1; vgl. „De la législation“, passim.
38. Vgl. Mont. 5, IX. Abs. 3, X. u. XIX. Abs. 13; Mably IX, 178 f. In Aristokratien verdammt Mont. die Erblichkeit; vgl. 8, V Abs. 4.

39. Vgl. Mont. 6, XVI u. XVII; Mably IX, 267 ff.
40. Vgl. Mont. 6, I. Abs. 1, V. Abs. 8, XVI. Abs. 9, X.; Mably IX, 267 ff.
41. Mably IX, 263; Mont. 12, II. Abs. 2.
42. Vgl. Mont. 12, II. Abs. 3, IV. Abs. 1, XXII. Abs. 1; Mably IX, 267 ff.
43. Mont. 12, IV. Abs. 12.
44. Vgl. Mont. 25, X., 12, IV. Abs. 4; Mably IX, 321 ff.
45. Vgl. Mont. 7. B.; Mably X, 61.
46. Mont. 7, XVII.; Mably VIII, 63.
47. Mably VIII, 208; Mont. 8, VI. Abs. 1.
48. Mont. 9, I. Abs. 4; Mably IX, 166.
49. Mont. 11, V. Abs. 2; vgl. dagegen Mably VIII, 60 ff., 97 ff., 231, IX, 4 ff., 12 ff., 144 ff., 195 ff., XI, 289, XII, 202 ff., XIII, 434.
50. Mont. 11, VI. Abs. 32. Vgl. Abs. 55—56, ferner Abs. 1 u. 4—5.
51. Vgl. Mably XI, 73 ff.
52. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 22. Hier ist die Lehre von der Volkssouveränität aus der Quelle stehen geblieben und paßt nicht zu den übrigen Lehren. Dagegen Mably VIII, 41, XI, 184.
53. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 13—14; Mably VIII, 294.
54. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 24; Mably IX, 244.
55. Mably IX, 246; vgl. dagegen Mont. 11, VI. Abs. 25.
56. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 27; Mably XI, 437, X, 105 ff.
57. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 30, 31, 33; Mably VIII, 324.
58. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 36; Mably XI, 289, XIII, 434.
59. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 41, 42 u. 29; Mably VIII, 324 ff.
60. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 57 u. 44; Mably VIII, 202.
61. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 45, 59—61; Mably VIII, 94 ff., 317 ff.
62. Vgl. Mont. 11, VI. Abs. 62—66; Mably XI, 448 ff., VIII, 371 f.
63. Mably X, 203.
64. Mont. 11, VIII. Schluß; Mably I, 287.
65. Mably XI, 371. — Eine genaue Untersuchung würde wahrscheinlich ergeben, daß diese Grundgedanken auch widerspruchsvoll sind, da Mont. so widersprechenden Quellen wie Locke und Sidney kritiklos alles entnommen hat, was ihm für seine ständischen Ziele geeignet erschien. — Siehe auch Mablys wiederholte Kritik an Mont. in den Anmerkungen zu den „Obs. s. l'hist. de France“.
66. Vgl. Lichtenberger S. 34, Wahl I, 144.
67. Vgl. „Bekenntnisse“ S. 821 ff.
68. Vgl. „Bekenntnisse“ S. 536.
69. Vgl. Lichtenberger S. 154 ff.
70. Mably XIV, 183 ff. Vgl. auch Mably XIV, 178 ff.
71. Vgl. Fabre S. 604, Martin S. 148, Améline S. 89, Mettrier S. 9, Michoud S. 97.
72. Vgl. 2. Disc. Widmung.
73. Vgl. Mably XIII, 97 ff., 103, 190.
74. Vgl. 2. Disc. LVIII, 5 ff., 60 ff.

75. 2. Disc. 84 ff.
76. 2. Disc. 95.
77. 2. Disc. 118.
78. 2. Disc. 137.
79. 2. Disc. 164 ff.
80. Vgl. Mably IX, 23 ff., 56 ff., XI, 253 ff., 10 ff., 23 ff., XIII, 309, IV, 1 ff., X, 222 ff., XI, 159.
81. Mably XI, 257.
82. Mably IX, 56 ff.
83. Mably IX, 57.
84. Mably IX, 57 ff.
85. Vgl. GV. 1. B. Einl., 1. Abs.; 2. K., 3. Abs.; Mably XI, 253. — Vgl. hierzu auch Mellis S. 246 ff.
86. GV. 1. B. 6. K. 4. Abs.
87. Vgl. Mably XV, 27 ff.
88. GV. 1. B. 6. K. 9. Abs.
89. Mably XII, 274.
90. Vgl. GV. 3. B. 1. K. 19. Abs., 2. B. 6. K. 9. Abs., Anm. 17,
91. Vgl. GV. 2. B. 1. u. 2. K.; Mably XI, 253 ff., 317 ff., 172 ff.
92. GV. 2. B. 2. K. 2. Abs.
93. GV. 3. B. 1. K. 2. Abs.
94. GV. 3. B. 1. K. 3. Abs.
95. GV. 3. B. 1. K. 5. Abs.
96. GV. 3. B. 1. K. 6. Abs.
97. GV. 3. B. 1. K. 19. Abs.
98. Mably XI, 135 ff.
99. GV. 3. B. 3. K. 7. Abs.
100. GV. 3. B. 8. K. 7. Abs.
101. Mably XI, 215.
102. GV. 3. B. 15. K. 5. Abs.
103. Mably IX, 244.
104. Vgl. GV. 3. B. 17. K.
105. GV. 4. B. 5. K. 1. Abs.
106. Vgl. Mably IX, 466 ff.
107. Vgl. GV. 4. B. 8. K. 31. u. 32. Abs.
108. Vgl. Mably VIII, 343 ff., IX, 324 ff.
109. Vgl. Disc. s. l'Econ. polit. I, 229 ff.; Mably IX, 100 ff.
110. Vgl. Cons. s. le gouv. de Pol. II, 216 ff., 236 ff.
111. Vgl. Cons. s. le gouv. de Pol. II, 209; Mably VIII, 289.
112. Vgl. Cons. s. le gouv. de Pol. II, 218 ff.; Mably VIII, 16 ff.
113. Vgl. Sidney I, 2; II, 11, 31; III, 33.
114. Sidney II, 32; vgl. I, 8, 10, 11, 20, II, 21, 30.
115. Vgl. Sidney II, 3, III, 7.
116. Sidney III, 21; vgl. I, 1, II, 7, III, 9.
117. Vgl. Sidney I, 6.

118. Sidney II, 16; vgl. I, 1, 10, II, 21, 28, III, 21, 43.
119. Sidney II, 19; vgl. II, 16.
120. Sidney II, 30; vgl. II, 21, 22, 25, 28.
121. Sidney III, 28; vgl. III, 9.
122. Vgl. Sidney III, 10.
123. Sidney III, 11.
124. Sidney III, 20; vgl. III, 25.
125. Vgl. Sidney III, 22.
126. Vgl. Sidney III, 42.
127. Vgl. Sidney III, 6.
128. Vgl. Sidney III, 28, 31, 44, 45.
129. Vgl. Sidney III, 38, 44.
130. Vgl. Sidney II, 22, 23, 26.
131. Vgl. Mably VIII, 299, XV, 138 ff., XIII, 143.
132. Vgl. Locke II, 2. K.; I, 2. K. 15; 6.K. 51 u. 67; Mably XI, 253 ff., 264 ff.
133. Vgl. Locke II, 2. K. 14—15; 3. K. 19—21; 7. K. 77; 8. K. 95; I, 1. K, 6 u. 10; 4. K. 43; 9. K. 94; Mably XI, 159, IX, 24.
134. Locke II, 9. K. 124; vgl. II, 5. K.
135. Mably IX, 56.
136. Vgl. Locke I, 9. K. 92—93; II, 6. K. 57; 11. K. 137; Mably XI, 258, XII, 274.
137. Vgl. Locke II, 7. K. 88; 10. K. 127 ff.; Mably XI, 254.
138. Locke II, 19. K. 212; vgl. II, 11. K. 134; 13. K. 149; 150; Mably VIII, 41.
139. Locke II, 12. K. 143; vgl. II, 7. K. 94; 10. K. 132; 11. K. 134; 13. K. 154; Mably IX, 244.
140. Vgl. Locke II, 12. K.; Mably XI, 135 ff.
141. Locke II, 14. K. 159.
142. Mably XIII, 434.
143. Locke II, 13. K. 149.
144. Locke II, 19. K. 232; vgl. II, 13. K. 155; 14. K. 168; 18. K. 202; 204.
145. Mably X, 195.
146. Mably XI, 259 ff.
147. Siehe Kern, Gottesgnadentum u. H. Z. 120.
148. Siehe Wolzendorf, Staatsrecht
149. Siehe Gierke, Althusius.

V. Kapitel.

1. Vgl. AP. X, 46 ff.
2. Vgl. AP. VIII, 343 ff., XII, 172, XVI, 378; Mably I, 399.
3. Buchez III, 209.
4. Z. B. AP. XXVII, 181.
5. Vgl. AP. XV, 516 ff.; Buchez III, 126 ff.; Mably VI, 232 ff., XI, 448 ff.
6. Buchez III, 131.

7. Buchez III, 134 ff.
8. Vgl. AP. XV, 536 ff.
9. Buchez III, 136 ff.; vgl. Mably IX, 157 ff.
10. Vgl. Buchez III, 149 ff.; Mably XI, 448.
11. Buchez III, 154; AP. XV, 642.
12. Buchez III, 155 ff.; AP. XV, 643; vgl. Mably V, 22 ff., 32 f.
13. AP. XV, 653. (Der eingeklammerte Satz fehlt in den AP.)
14. Vgl. Hélie I, 115 ff.
15. Vgl. AP. XXVI, 617 ff.; Mably IX, 277 ff.
16. AP. XXVI, 618 ff.
17. AP. XXVI, 638.
18. Vgl. AP. VIII, 147; Mably VIII, 18.
19. Vgl. AP. VIII, 207; Mably IX, 246. S. Aster S. 102 ff.
20. Vgl. AP. XXVI, 111 ff., 203 ff., XXIX, 399 ff.; Mably VIII, 19 ff.
21. Vgl. AP. IX, 711 ff., 718; Mably VIII, 111.
22. Vgl. AP. VIII, 300 ff.; Mably VIII, 21 ff.
23. Vgl. AP. VIII, 221 ff. — Gleicher Ansicht sind im wesentlichen auch Schickhardt S. 143 ff. u. Aster S. 91 ff.
24. Vgl. AP. VIII, 222; Mably VIII, 243, IX, 466.
25. Vgl. AP. VIII, 422 ff.
26. Vgl. AP. VIII, 322; Mably VIII, 350 ff.
27. Vgl. AP. VIII, 340 ff.; Mably „Des droits et des devoirs du citoyen“.
28. Vgl. AP. VIII, 438.
29. AP. VIII, 215; vgl. Mably XI, 418 ff.
30. Vgl. AP. VIII, 407 ff.; 554 ff.
31. Vgl. AP. VIII, 504 ff., 522 ff.
32. Vgl. AP. VIII, 424 ff.
33. Vgl. Aster S. 102 ff.
34. Vgl. Hélie I, 44 ff.; AP. VIII, 522 ff., IX, 1 ff.
35. Buchez IV, 381; vgl. Mably XI, 435 ff.
36. Vgl. AP. XXVIII, 255 ff.
37. Vgl. Zweig S. 85, 89 ff.
38. AP. VIII, 611; vgl. Mably VIII, 100 ff.
39. Vgl. Mably VIII, 324 ff., IX, 195 ff.
40. Vgl. Hélie I, 243 ff.
41. Vgl. Hélie I, 268 ff.; AP. XXIX, 445 ff.
42. Vgl. AP. XXX, 35 ff.; Mably VIII, 243 ff. S. Zweig S. 89 ff.
43. Vgl. AP. XI, 191 ff., XXIX, 365 ff.; Mably VIII, 18 ff., X, 105 ff.
44. Vgl. AP. IX, 649; Hélie I, 125 ff.; Mably IX, 377 ff.
45. Vgl. Hélie I, 107; Mably VIII, 343 ff.
46. AP. X, 695 ff.
47. Buchez II, 303; vgl. AP. XI, 259 ff.; Mably VIII, 354 ff.
48. Vgl. AP. XI, 521 ff.; Hélie I, 103 ff.; Mably VIII, 171 ff.
49. Buchez II, 453.
50. Vgl. Hélie I, 192 ff.; AP. XXI, 235 ff.

51. Vgl. AP. XII, 543 ff.; Hélie I, 110 ff.; Mably VIII, 294.
52. Buchez II, 305.
53. Vgl. Hélie I, 95; Mably IX, 267 ff.
54. Vgl. Hélie I, 146 ff.; AP. XVI, 701 ff.; Mably VIII, 146 ff.
55. Buchez III, 438.
56. Vgl. AP. XX, 22 ff., XXI, 10 ff.; Mably XI, 442 ff.
57. Vgl. AP. XX, 22 ff.; Hélie I, 229 ff.; Mably XI, 73.
58. Vgl. AP. XXIV, 509 ff.; Mably IX, 116 ff.
59. Vgl. AP. XXIII, 716 ff.; Mably VIII, 97 ff.
60. Vgl. AP. XXIV, 609 ff.

Schluß.

1. Siehe Lemarié u. Hölzle.
2. Esmein S. 295.
3. Vgl. GV. 2. B. 6. K. 9. Abs., Anm. 17.

Literatur.

A. Bibliographien.

La Grande Encyclopédie. T. 22. Paris 1885—1901.

Quérard: La France littéraire. T. 5.

Langlois: Manuel de Bibliographie historique. 2 vol. 1901.

P. Caron: Manuel pratique pour l'étude de la Révolution française. Paris 1912.

G. Monod: Bibliographie de l'histoire de France. Paris 1888.

Répertoire Bibliographique de l'histoire de France. T. 1. (P. p. P. Caron et H. Stein. Paris 1923.)

G. Lanson: Manuel bibliographique de la littérature française moderne. 3 vol. Nouv. éd. Paris 1925.

C. du Peloux: Répertoire général des ouvrages modernes relatifs au XVIII^e siècle français. (1715—1789) (nebst Suppl.) Paris 1926—27.

Jahresverzeichnis der an den deutschen Universitäten erschienenen Schriften. Berlin 1887 ff.

B. Quellen.

Aristoteles Politik. Dtsch. v. Eug. Rolfes. Phi.Bi. Leipzig 1912.

Helvétius: De l'esprit. 1758.

Holbach: Système de la nature. 2 vol. 1750.

Locke: Zwei Abhandlungen über Regierung. Dtsch. v. H. Wilmanns. Halle a. S. 1906.

Mably: Oeuvres complètes. Lyon, 1792. 12 vol.

— Oeuvres complètes. Paris An III. 15 vol.

— — Oeuvres posthumes. Paris 1790. 4 vol.

Mercier de la Rivière: L'ordre naturel et essentiel des sociétés politiques. Londres 1767.

Montesquieu: Considérations sur les causes de la grandeur et de la décadence des Romains. Amsterdam 1734.

— L'esprit des lois. 2 vol. Genève 1748. (Oeuv. compl. p. E. Laboulaye. T. 3—6. Paris 1876—78.)

Morelly: Code de la nature. 1755.

Platons Staat. Dtsch. v. O. Apelt. Phi.Bi. 4. Aufl. Leipzig 1916.

Platon: Gesetze. Dtsch. v. O. Apelt. Phi.Bi. 2 Bd. Leipzig 1916.

Quesnay: Le despotisme de la Chine. 1778.

- Rousseau:** Discours sur l'origine et les fondemens de l'inégalité parmi les hommes. Amsterdam 1755.
- Der Gesellschaftsvertrag. Dtsch. v. Denhardt. Leipzig 1927.
- Discours sur l'économie politique. — Considérations sur le gouvernement de Pologne et sur sa réformation projetée. (Collect. compl. des OEuvres. Deux-Ponts 1782. T. 1, 195 ff., t. 2, 181 ff.)
- Bekenntnisse. Dtsch. v. E. Hardt. Berlin 1907.
- Sidney:** Discourses concerning government. London 1763.

Archives parlementaires de 1787—1860. 1. Série, t. 8—33. Paris 1875 ff.

Buchez: Histoire parlementaire de la Révolution française. 7 vol. Paris 1845—46.

Hélie: Les constitutions de la France. T. 1. Paris 1875.

C. Darstellungen.

- Allix, Edgar:** La philosophie politique et sociale de Mably. (Revue des Et. hist. 1899. S. 1 ff., 120 ff.)
- Améline, Léon:** L'idée de la souveraineté d'après des écrivains français du XVIIIe siècle. Thèse, Paris 1904.
- Aster:** Die französische Revolution in der Entwicklung ihrer politischen Ideen. Leipz. o. J.
- Aulard, A.:** Politische Geschichte der französischen Revolution. 2 Bd. Münch. u. Leipz. 1924.
- John Adams, Mably et la révolution d'Amérique. (La Révol. franç. 1917. S. 555 ff.)
- Barthélemy, Léon de:** Vie privée de l'Abbé Mably. Paris 1790.
- Belin, J.-B.:** Le mouvement philosophique de 1748 à 1789. (Etude sur la diffusion des idées des philosophes à Paris d'après les documents concernant l'histoire de la librairie.) Thèse, Paris 1913.
- Bérenger:** L'esprit de Mably et de Condillac relativement à la morale et à la politique. 2 vol. Grenoble 1789.
- Brizard:** Eloge historique de l'Abbé de Mably, 1787. (Mably I, 1 ff.)
- Denis, Hector:** Histoire des systèmes économiques et socialistes. T. 1, Paris 1904.
- Deymes, J.:** Les doctrines politiques de Robespierre. Thèse, Bordeaux 1907.
- Esmein, A.:** Elements de droit constitutionnel français et comparé. 8. éd. 2 vol. 1927—28.
- Espinass, Alfred:** La philosophie sociale du XVIIIe siècle et la révolution. Paris 1898.
- Fabre, Joseph:** Les pères de la révolution (de Bayle à Condorcet). Paris 1910.
- Franck:** Notice sur la vie et le système politique et social de Mably. (Séances et trav. de l'Acad. des Sciences morales et polit. Compte rendu. 2. série, t. IV, Paris 1848, S. 283 ff.)
- Gascheau, Marcel:** Les idées économiques chez quelques philosophes du XVIIIe siècle. Paris 1903.

- Gierke, Otto:** Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien. 2. Ausg. Breslau 1902.
- Girsberger, Hans:** Der utopische Sozialismus des 18. Jahrhunderts in Frankreich und seine philosophischen und materiellen Grundlagen. Diss. Zürich 1924.
- Guerrier, W.:** L'abbé de Mably, moraliste et politique. Etude sur la doctrine morale du jacobinisme puritain et sur le développement de l'esprit républicain au XVIIIe siècle. Paris 1886.
- Hettner, H.:** Geschichte der französischen Literatur im 18. Jahrhundert. 4. Aufl. 1881.
- Hintze, Hedwig:** Staatseinheit und Föderalismus im alten Frankreich und in der Revolution. Stuttg., Berl. u. Leipz. 1928.
- Hölzle, Erwin:** Die Idee einer altgermanischen Freiheit vor Montesquieu. H.Z. Beih. 9. 1925.
- Hoffmann-Linke, Eva:** Zwischen Nationalismus und Demokratie. Gestalten der französischen Vorrevolution. H.Z.Beih. 9. 1927.
- Janet, Paul:** Les origines du socialisme contemporain. Paris 1883.
- Kern, Fritz:** Recht und Verfassung im Mittelalter. H.Z. 120. 1 f.
— Gottesgnadentum und Widerstandsrecht im früheren Mittelalter. Leipz. 1914.
- Kupfer, Gerhart:** Studien zur Broschürenliteratur der französischen Revolution 1786—1792. Diss. Tübingen 1931.
- Lecocq, André:** La question sociale au XVIIIe siècle. 1908.
- Lévesque, Pierre-Ch.:** Eloge historique de M. l'abbé de Mably. Paris 1787.
- Lemarié, Louis:** Les assemblées franches et les historiens réformateurs du XVIIIe siècle. Thèse, Paris 1906.
- Lichtenberger, André:** Le socialisme au XVIIIe siècle. Etude sur les idées socialistes dans les écrivains français du XVIIIe siècle avant la Révolution. Thèse, Paris 1895.
- Martin, Henri:** Histoire de France. T. XVI. 4. éd. Paris 1860.
- Mellis, Paul de:** Le principe de la séparation des pouvoirs d'après l'abbé de Mably. Thèse, Toulouse 1907.
- Mettrier, Henri:** L'impôt et la milice dans J.-J. Rousseau et Mably. Thèse. Paris 1901.
- Michoud, L.:** Les théories sociales et politiques de Mably. (Disc. de réception à l'Acad. Delphin.) Bullet. de l'Acad. Delph. 4. série, t. XV. 1901. Grenoble 1902. S. 89 ff.
- Redslob, Robert:** Die Staatstheorien der französischen Nationalversammlung von 1789. Leipz. 1912.
- Rochéry, Paul:** Mably, ses théories sociales et politiques. Paris 1849.
- Schickhard, Bernhard:** Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789—91 in den Debatten der Nationalversammlung. Berlin 1931. Hist. Stud. 205.
- Sée, Henri:** L'évolution de la pensée politique en France au XVIIIe siècle. Paris 1925.

- Rousseau und Mably. (In: Rohden-Ostrogorsky: Menschen, die Geschichte machten. 3. Bd. Wien 1931. S. 25 ff.)
- Serve, Pierre**: Teyssendier de la: Mably et les Physiocrates. Thèse, Poitiers 1911.
- Sudre, Alfred**: Histoire du communisme, ou Réfutation historique des utopies socialistes. 5. éd. Paris 1856.
- Taine, H.**: Les origines de la France contemporaine. T. I. L'ancien régime. 2. éd. Paris 1876.
- Villeneuve-Guibert**: Le portefeuille de Madame Dupin. Paris 1884.
- Wahl, Adalb.**: Vorgeschichte der französischen Revolution. 2 Bd. Tübingen 1905 u. 1907.
- Wolzendorf, Kurt**: Staatsrecht und Naturrecht in der Lehre vom Widerstandsrecht des Volkes gegen rechtswidrige Ausübung der Staatsgewalt. Breslau 1916.
- Zweig, Egon**: Die Lehre vom Pouvoir Constituant. Ein Beitrag zum Staatsrecht der französischen Revolution. Tüb. 1909.
-

Meine Arbeit wurde durch Herrn Professor Dr. Otto Becker angeregt und gefördert. Ich bin Herrn Professor Becker für seinen stets gern gewährten Rat zu großem Danke verpflichtet.

